Schleswig-Holsteinischer Landtag
15. Wahlperiode

Plenarprotokoll 15/116
04-05-27

Plenarprotokoll

116. Sitzung

Kiel, Donnerstag, 27. Mai 2004

Zur Bahnreform und zum Schienenpersonennahverkehr in Schleswig-Holstein .. 9003

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3430

Gerhard Poppendiecker [SPD] 9003
Uwe Eichelberg [CDU] 9005, 9015
Christel Aschmoneit-Lücke [FDP] 9007
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 9010, 9016
Lars Harms [SSW] 9012
Martin Kayenburg [CDU] 9016
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr 9017

Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss 9019

Endlagerstätten für radioaktive Abfälle .. 9020

Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2998

Antwort der Landesregierung
Drucksache 15/3348

Dr. Brigitte Trauernicht-Jordan, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz 9020
Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU] ... 9022, 9034
Wilhelm-Karl Malerius [SPD] 9024, 9032
Christel Aschmoneit-Lücke [FDP] 9026, 9033
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 9028
Lars Harms [SSW] 9030
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], zur Geschäftsordnung 9034
Martin Kayenburg [CDU], zur Geschäftsordnung 9035
Konrad Nabel [SPD], zur Geschäftsordnung 9035

Beschluss: Überweisung der Antwort der Landesregierung an den Sozialausschuss, den Umweltausschuss und den Wirtschaftsausschuss 9035

Gemeinsame Beratung

a) Freiheit für Wassertouristen - gegen die „Sportbootvignette" 9035

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3385

b) Sportboot-Maut 9035

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3391

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP] 9035
Hans-Jörn Arp [CDU] 9037
Hermann Benker [SPD] 9038
Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 9039
Lars Harms [SSW] 9039
Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr 9039
Wolfgang Kubicki [FDP] 9039

Holger Astrup [SPD] 9040

Beschluss: 1. Antrag Drucksache 15/3385 zurückgezogen
2. Annahme Antrag Drucksache 15/3391 9040

Hochschulstudium im Bereich Elementarpädagogik 9041

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3429

Dr. Ekkehard Klug [FDP] 9041, 9046
Astrid Höfs [SPD] 9042
Sylvia Eisenberg [CDU] 9043
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 9044
Anke Spoorendonk [SSW] 9045
Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur 9047

Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss und den Bildungsausschuss 9049

Erste Lesung des Entwurfes eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes (HSG) - Hochschulmanagement 9049

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 15/3447

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur 9049
Jost de Jager [CDU] 9050, 9056
Jürgen Weber [SPD] 9051
Dr. Ekkehard Klug [FDP] 9052
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 9053
Anke Spoorendonk [SSW] 9055

Beschluss: Überweisung an den Bildungsausschuss 9056

Sozialhilfeausgaben in Schleswig-Holstein 9056

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3371

Werner Kalinka [CDU] 9056, 9069, 9069
Wolfgang Baasch [SPD] 9059, 9069
Veronika Kolb [FDP] 9061
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 9062
Silke Hinrichsen [SSW] 9064
Dr. Heiner Garg [FDP] 9065
Berndt Steincke [CDU] 9066
Torsten Geerdts [CDU] 9067
Helga Kleiner [CDU] 9068
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 9068
Dr. Brigitte Trauernicht-Jordan, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz 9070

Beschluss: Ablehnung 9073

Wirtschaftsbericht 2004 9073

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3451

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr 9073
Uwe Eichelberg [CDU] 9074
Klaus-Dieter Müller [SPD] 9076
Christel Aschmoneit-Lücke [FDP] 9077
Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] 9078
Lars Harms [SSW] 9079

Beschluss: Überweisung an den Wirtschaftsausschuss zur abschließenden Beratung 9081

* * * *

Regierungsbank:

Heide Simonis, Ministerpräsidentin

Anne Lütkes, Stellvertreterin der Ministerpräsidentin und Ministerin für Justiz, Frauen, Jugend und Familie

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Klaus Buß, Innenminister

Klaus Müller, Minister für Umwelt, Naturschutz und Landwirtschaft

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

Dr. Brigitte Trauernicht-Jordan, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz

* * * *

Beginn: 10:03 Uhr

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Guten Morgen, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die heutige Sitzung. Erkrankt sind Frau Abgeordnete Irene Fröhlich und Herr Abgeordneter Bernd Schröder, denen wir von hier aus gute Besserung wünschen.

(Beifall)

Beurlaubt sind der Herr Abgeordnete Dr. Johann Wadephul und wegen dienstlicher Verpflichtungen auf Bundesebene Herr Minister Dr. Stegner.

Ich möchte zunächst unsere Gäste auf der Besuchertribüne begrüßen, und zwar von der Erich-Kästner-Hauptschule aus Silberstedt. - Herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 22 auf:

Zur Bahnreform und zum Schienenpersonennahverkehr in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 15/3430

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Poppendiecker.

Gerhard Poppendiecker [SPD]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Heute Morgen beschäftigen wir uns wieder einmal mit einem Thema, das - ähnlich wie Schulthemen - hier im Landtag recht selten erörtert wird, die Bahn, die Bahnreform, der SPNV.

(Heiterkeit)

Die Bahn ist eine unendliche Geschichte, überlegt man, wie oft wir uns mit dem Thema befasst haben, wie oft wir Gespräche geführt haben. Uwe Eichelberg weiß das, Frau Aschmoneit-Lücke weiß das, wie oft wir in Berlin waren, wie oft wir mit Herrn Mehdorn - übrigens ein glasharter Mann - gesprochen haben. Es gab unzählige Schreiben, nicht allein von mir; es ist bekannt, dass ich gern einmal einen Brief schreibe. Viele Dinge haben nichts genutzt, obwohl wir gehofft hatten, dass einige Dinge in unserem Land - ich komme noch einmal darauf zurück - ein bisschen besser gelaufen wären.

Die Bahnreform, vor einigen Jahren eingeführt, sollte einige Dinge in Bewegung bringen, nämlich den Durchbruch, mehr Verkehre auf die Schiene zu bekommen. Sie sollte privatwirtschaftlich geführt werden. Sie sollte den Nimbus einer Behördenbahn ablegen. Es ist nicht überall gelungen.

Im **Fernverkehr** sind die Fahrgastzahlen zum Teil rückläufig. Im **Güterverkehr** sind sie rückläufig; da gibt es einen gewissen Ausgleich dadurch, dass inzwischen private Anbieter auf der Schiene sind. Im **SPNV** sieht es eigentlich ganz gut aus. Durch die Finanzierung der Länder, durch das, was die Länder gemacht haben, sind sehr viele Dinge ins Positive gekommen.

Man muss an dieser Stelle aber auch eines sagen. Die Bahn ist über Jahrzehnte vernachlässigt worden. Da lasse ich keine Bundesregierung aus. Die Bahn ist vernachlässigt worden. Es gab Jahrelang nur Stilllegungen, selten eine neue Strecke, die in Betrieb genommen wurde, keine Elektrifizierung in Schleswig-Holstein.

Wie sieht es heute aus? - Die Bahn ist wichtiger denn je. Sie ist nach wie vor ein wichtiger Verkehrsträger, zum Beispiel für **Massengüter**. Wie gesagt, hier schafft sie einige Dinge nicht.

Die Landesregierung hat vor einigen Jahren die Weichen gestellt, indem sie die **Elektrifizierung** Hamburg-Flensburg und Hamburg-Kiel vorangetrieben hat. Vorher war dieses Land ohne jegliche Elektrifizierung. In den letzten Jahren sind die Taktverkehre eingeführt worden, von den Menschen sehr gut angenommen. Es hat neue Streckeneröffnungen gegeben. Neue Haltepunkte wurden eingerichtet, die zum Teil besser angenommen werden, als man dachte.

Private Anbieter, die wir in unserem Land haben - ob es die NOB ist, ob es die AKN ist - zeigen der Deutschen Bahn AG inzwischen, wie es geht. 20 % mehr Fahrgäste sind das positive Fazit. Neue Fahrzeuge locken neue Kunden. Neue Angebote. Pünktlichkeit, Frühstück im Zug, Zeitung im Zug sind Dinge, die positiv angenommen werden. Aber, meine Damen und Herren, wir sind immer noch nicht zufrieden. Wichtige Ziele für die nächsten Jahre sind im landesweiten Nahverkehrsplan aufgeführt: neue Strecken im Takt, weitere Haltepunkte, um das Land bahnmäßig im SPNV weiter zu vernetzen.

Aber wir wollen auch ein Mitspracherecht beim Einsatz von **Bundesmitteln**. Wir wollen wissen: Wo lässt die Bahn eigentlich das Geld, das sie für all diese Dinge bekommt, für die Infrastruktur, für den Ausbau von Bahnhöfen? Das Thema ist ein besonderes Thema. Darüber müssen wir nicht reden, denkt man allein daran, wie lange die Restaurierung des Kieler Bahnhofs dauert. Das ist schon beschämend. Wir wollen sehen, wie lange Lübeck dauern wird.

(Gerhard Poppendiecker)

Dass der Bund im Moment die Mittel kürzt, ist natürlich ein bedauerlicher Schritt. Das ist genau das Gegenteil von dem, was wir eigentlich möchten. Es ist im Moment aber natürlich schwierig, die Mittel zur Verfügung zu stellen, die notwendig sind. Ich frage mich jetzt, Herr Minister: Sollen wir glücklich sein, dass wir die Elektrifizierung der Strecke Hamburg - Lübeck nun doch bis zum Jahr 2008 bekommen? Es wäre uns natürlich lieber gewesen, man hätte die ersten Masten jetzt im Mai aufstellen können.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen über diese Dinge hier nicht reden. Der Maut-Flop hat uns dies eingebracht. Das ist so.

Wir möchten in Zukunft ein bisschen mehr Transparenz beim Streckenausbau haben. Wir möchten als Land gewissermaßen dabei sein, wenn es darum geht, wo die Mittel verplant werden.

Für den Fernverkehr wünschen wir uns, dass die **Fernverbindungen** nach wie vor erhalten werden, die wir heute haben, und dass wir möglichst neue Fernverbindungen bekommen. Wir wünschen uns, dass Hamburg nicht der Endpunkt für Schleswig-Holstein ist, an dem alle Fahrgäste umsteigen müssen. Das Gleiche gilt für die Anbindung unserer Fremdenverkehrsgebiete - sei es Ostholstein, sei es die Nordseeküste, wo im Gegensatz zu Mecklenburg-Vorpommern noch einiges zu tun ist.

Zur Elektrifizierung hatte ich schon etwas gesagt. Wir hatten alle gehofft - ich wiederhole meine Bitte in dieser Hinsicht -, dass wir in diesen Fragen gemeinsam arbeiten, dass wir uns nicht zerstreiten, sondern unsere Forderungen nach wie vor gemeinsam erheben, um hier wirklich zu einer vernünftigen Lösung zu kommen.

(Beifall bei der SPD)

Weiterhin ist der Ausbau der Strecke Lübeck-Kiel notwendig, wobei irgendwann eine Elektrifizierung vorzunehmen ist. Die Strecke Pinneberg-Elmshorn mag ich schon gar nicht mehr in den Mund nehmen. Als ich vor 17 Jahren in den Landtag kam, hieß es, dass der Ausbau der Strecke Pinneberg-Elmshorn dringend notwendig ist. Das ist 17 Jahre her! Bis heute wurde mit diesem Ausbau noch nicht angefangen. Ich bin jetzt aber voller Hoffnung, dass es doch noch klappt.

Hinzu kommt, dass das Nadelöhr Hamburg - darauf muss auch dieses Land achten - beseitigt werden muss.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Es nützt schließlich alles nichts, wenn wir in Hamburg ankommen und dort nichts mehr durchgeht. Dort haben wir es bis heute mit erheblichen Problemen zu tun.

Lieber Günther, wir brauchen einen planerischen Anschub für eine Querung des Nord-Ostsee-Kanals im Bereich Rendsburg und - damit verbunden - unbedingt auch die Sanierung der jetzigen Hochbrücken Hochdonn und Rendsburg. Auch das ist inzwischen eine ewige Geschichte.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir brauchen auch die Anbindung der Flughafenbahn Neumünster-Hamburg/Flughafen-Hamburg/Hauptbahnhof. Das ist ein dringendes Bedürfnis.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Eine weitere Forderung ist für uns die **Trennung** von **Netz und Betrieb**. Obwohl sich die Situation in den letzten Jahren etwas verbessert hat, ist die Diskriminierung seitens der Bahn gegenüber **Privaten** immer noch vorhanden. Ich denke, hier muss etwas geschehen. Es ist übrigens auch eine europäische Forderung, das Netz vom Betrieb zu trennen. Dann könnten auch die privaten Bieter, die immer noch gewisse Schwierigkeiten haben, besser arbeiten.

Ganz wichtig - Herr Minister, Sie haben das mehrfach gefordert - ist auch die Abstimmung des **Fernverkehrs** im Fahrplanwesen mit dem **SPNV**. Es kann nicht angehen, dass für den Fernverkehr plötzlich ein neuer Fahrplan vorgelegt wird, ohne dass dabei darüber nachgedacht wird, welche negativen Konsequenzen sich dadurch für den Taktverkehr ergeben. Es sollte nicht so sein, dass alles nicht mehr passt, wenn plötzlich die Züge aus Hamburg, Kiel oder von sonstwo zu ganz anderen Zeiten fahren.

Zum **Börsengang** der Bahn brauche ich nichts zu sagen. Persönlich bin ich der Meinung, dass der Börsengang der Bahn im Jahre 2005, von Herrn Mehdorn forciert, zu früh ist. Bevor die Bahn an die Börse geht, müsste das **Netz** abgetrennt werden, sodass der Bund die Verantwortung dafür hat. Das Gleiche gilt für die **Trassenpreise**. Auch hier muss mehr Transparenz vorhanden sein. Es muss klar sein, zu welchen Kosten was im Angebot ist.

Meine Damen und Herren, ich denke, die Bahn hat Zukunft. Die Bahn hat in unserem Land besonders viel Zukunft, und zwar deshalb, weil die Regierung in den letzten Jahren die Weichen für ein gutes Angebot im SPNV gestellt hat. Ich denke, diese Linie werden wir weiter verfolgen. Mehr als 20 % Zuwachs bei den Fahrgästen beweist, dass die Schiene eine Zukunft

(Gerhard Poppendiecker)

hat. Im Güterverkehr gilt das Gleiche. Man muss in diesem Zusammenhang einmal an die Vereinigten Staaten denken, wo man im Güterverkehr teilweise zweistellige Zuwachsraten pro Jahr hat. Packen wir es also an! Wenn wir diese Aufgabe gemeinsam angehen, werden wir die Bahn noch besser, noch schneller, noch moderner, noch pünktlicher und noch sauberer in unserem schönen Land fahren lassen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Eichelberg.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lieber Gerhard Poppendiecker, deine Ausführungen stoßen bei uns natürlich auf Verständnis.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Wir kennen uns ja seit längerem. Das Ansinnen des Antrages ist uns aber trotzdem etwas verborgen geblieben. Es gibt hier im Landtag ganz klare Beschlüsse. Zu diesen stehen wir schon seit vielen Jahren. Das Einzige, was sich immer ändert, sind die Ankündigungen von Terminen, wann die Maßnahmen beginnen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir müssen doch feststellen, dass die Hauptfragen gerade in der Bahnpolitik über die Jahre hinweg von allen Parteien angegangen wurden. Es gibt natürlich keinen Grund, hervorzuheben, dass die Landesregierung besonders zu loben ist, denn es waren auch Fehler und Schwächen zu verzeichnen. Wir haben aber immer das uns Verbindende und nicht das uns Trennende gesucht. Es war insofern immer vernünftig, zu versuchen, gemeinsam Möglichkeiten zu finden.

Die CDU - das müssen wir klipp und klar sagen - hat bundesweit für die Bahnreform plädiert und im Bundestag vorgetragen, was sie für richtig hält. Dazu gehört die klare Trennung von Netz und Betrieb. Anders geht es schlichtweg auch nicht. Wer Wettbewerb auf der Schiene haben will, muss **Wettbewerb** in den **Dienstleistungen** suchen. Das Netz gehört zum Bund. So ist es immer schon gewesen. Auch wenn in den Vorschlägen der Pällmann-Kommission von Anfang an deutlich von einer Trennung von Netz und Bahn die Rede war, ist festzustellen, dass diesbezüglich bisher nichts getan wurde.

Man kann es daher auch nicht recht nachvollziehen, dass von der SPD nun noch ein Mitspracherecht der einzelnen Länder gefordert wird. Das kann nicht sein. Wenn wir eine **Trennung** von **Netz und Betrieb** fordern, handelt es sich beim Netz um eine Bundesangelegenheit. Dann wird dementsprechend auch vom Bund geplant und es werden die Prioritäten durch den Bund gesetzt. Natürlich werden wir, das Land, dabei, wie in der Vergangenheit auch, gefragt. Das gehört dazu. Schließlich gibt es auch den Bundesverkehrswegeplan. All diese Dinge sind dort mit eingebracht.

Wir können auch die Forderung nicht verstehen, den Finanzierungsanteil für **regionale Strecken** im Schienenverkehr durch den Bund noch weiter zu erhöhen. Ich finde, das ist nur ein frommer Wunsch. Man kann sich natürlich mehr Sonnenschein wünschen. Jeder weiß aber, dass das Geld schlichtweg nicht da ist. Ich weiß nicht, wie man in Berlin noch mehr Geld herauskitzeln will, wenn man noch nicht einmal Geld für die Elektrifizierung hat, mit der schon seit mehreren Jahren begonnen werden sollte. Ich kann mich daran erinnern, dass Herr Minister Steinbrück schon im Jahre 2000 zusammen mit mir die hier schon erwähnte Strecke nach ihrer Elektrifizierung befahren wollte. Das Projekt steht einfach immer wieder hinten an. Die wichtigsten Dinge kommen nicht voran. Die **Elektrifizierung** hat also sicherlich Priorität. Es sollte deshalb nicht so sein, dass wir bestimmte Dinge opportunistisch vor Ort immer wieder vortragen, obwohl wir genau wissen, dass die Maßnahmen überhaupt nicht zu finanzieren sind. Lassen Sie uns auf Kernpunkte konzentrieren, die durchgezogen werden müssen. Andere Dinge sollten demgegenüber in den Hintergrund treten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Es bleibt auch dabei: Die materielle **Privatisierung** der DB war der richtige Weg. Vieles ist allerdings nicht so gelaufen, wie es sein sollte. Die Schaffung einer gesonderten Infrastrukturgesellschaft war schon immer die Zielsetzung der CDU. Davon weichen wir auch nicht ab.

Zu Ziffer 4 des Antrages von SPD und Grünen können wir nur feststellen, dass die CDU die Qualität des **DB-Zugmaterials** auf den beklagten Strecken natürlich auch immer bemängelt hat. Wir gingen aber immer davon aus, dass es sich um eine Übergangssituation handelt. Dementsprechend ist von der Regionalbahn Nord auch eine Menge getan worden. Das müssen wir einfach einmal feststellen. Wenn in Hamburg oder Lübeck extra Züge für den Fall bereitstehen, dass einmal ein Zug ausfällt, bedeutet das, dass die DB Mordskosten übernommen hat, um in bestimmten Fällen helfen zu können. Die Situation ist jetzt aber natürlich völlig anders, wenn die Elektrifizierung jenseits aller Planungen nach 2008 stattfinden soll.

(Uwe Eichelberg)

Ich verstehe das nicht. Wir müssen mit der Bahn deshalb erneut über dieses Thema reden. Auf der anderen Seite frage ich mich aber, wer den Verkehrsvertrag mit der DB abgeschlossen hat. Wenn er so schwammig formuliert ist, dass das schlechte Zugmaterial bis 2015 fahren kann, haben wir doch einen Fehler gemacht. Sollen wir die Landesregierung nun deswegen anklagen? Insofern verstehe ich diesen Punkt des Antrages überhaupt nicht.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch daran erinnern, dass das Land schon eine ganze Menge getan hat. Das Redesign, wie man so schön sagt, der alten Silberlinge, die heute noch auf der Strecke fahren, bedeutete schon einen Mordsaufwand, den das Land mitgetragen hat. Ebenso haben wir Kosten für die Renovierung von Bahnstationen mit übernommen. Wir haben also bestimmte Dinge schon mit eingebracht. Ich hätte gedacht, dass darauf ein bisschen mehr Rücksicht genommen würde.

Zu Punkt 5 Ihres Antrages! Wenn man DB Betrieb und Netz trennt, erübrigt sich das.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wichtig ist natürlich auch, das der Fahrplan, Fahrplanauskunft, Fahrkartenverkauf, wo es ja Schwierigkeiten gegeben hat in der Situation, wenn man Wettbewerb auf den Strecken hat, funktioniert. Das macht deutlich, was die CDU bundesweit schon immer gefordert hat: Das gehört zum Netzbetrieb dazu. Dann ist die Neutralität gegeben. Deswegen muss es so sein. Es kann nicht sein, dass man hier Abhängigkeiten einklagen muss, um überhaupt in den Fahrplan reinzukommen. Das hat nichts beim DB Betrieb zu suchen.

Natürlich gehören auch **Gewährleistungsansprüche** zu einem Netzbereitsteller. Mir ist nicht zu Ohren gekommen, auch nicht in den Gesprächen mit der NOB, dass es hier große Probleme gibt. Jeder kann Gewährleistungsansprüche stellen. Die DB hat auch selbst gegenüber Kunden die Möglichkeit eingeräumt, Fahrkostenerstattungen und Ähnliches vorzunehmen. Da ist schon Flexibilität im Wachsen und Werden. Wir müssen der DB auch gewisse Chancen geben, in die Wettbewerbssituation hineinzuwachsen. Man hat ihr nämlich eine Menge Ballast mit auf den Weg gegeben. Da muss ich klipp und klar sagen: Wenn die eigenen Genossen in Berlin die Bahn immer wieder vor die Wand fahren lassen, indem sie das Geld wegnehmen, das für wichtige Investitionen notwendig ist, dann müsst ihr die einmal anklagen und nicht uns und darüber sprechen.

(Beifall bei CDU, FDP und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Ihr Genossen untereinander müsst euch einmal einig werden, was Priorität hat. Das kann der Bürger nicht mehr verstehen und das wird langsam peinlich.

(Gerhard Poppendiecker [SPD]: Wir haben uns doch nie zurückgehalten!)

- Ja, warum behandeln wir das denn hier? Geht nach Berlin, kommt mit konkreten Themen, beschimpft eure Genossen und sagt: Freunde, so geht es nicht mehr weiter! - Wir reden hier doch in den Wind hinein, das bringt doch überhaupt nichts!

(Beifall bei CDU, FDP und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Wir wurden damals aufgefordert, nach Niedersachsen zu gehen und mit Ministerpräsident Wulff zu reden, und was macht ihr? - Ihr stellt Anträge hier im Landtag. Das juckt doch kein Schwein. Das ist doch wirklich unmöglich.

(Beifall bei CDU, FDP und des Abgeordneten Lars Harms [SSW] - Gerhard Poppendiecker [SPD]: Das ist wie bei der Milchquote!)

Natürlich wollen auch wir die ganzen **Ausbaumaßnahmen**, die in dem Katalog gefordert werden - wer will die nicht! Nur muss man den Bürgern einmal klipp und klar sagen, was geht, und es und nicht wie der Minister machen, der jedes Jahr sagt: 2000, 2003, 2006, 2010. Wir müssen sagen: Kurzfristig ist das möglich, ab 2015 ist das möglich.

(Beifall bei CDU und FDP)

Klipp und klar ist gesagt worden: Die Rendsburger Hochbrücke kommt erst nach 30 Jahren. Das habt ihr immer noch nicht verstanden. Da hat er jedenfalls Recht.

(Beifall bei CDU und FDP)

Anders geht es doch nicht. Man kann den Bürgern doch nicht Dinge erzählen, die gar nicht kommen.

(Gerhard Poppendiecker [SPD]: Die CDU hat uns verlacht, als wir die Forderung gestellt haben!)

- Gerhard, lass dir einmal eines erzählen: Alle Projekte - wenn du dir die einmal genauer durchguckst -, die von Wichtigkeit sind, stehen immer in Abhängigkeit zu der festen **Fehmarnbelt-Querung**. Ich möchte einmal die klipp und klare Aussage der Regierung in diesem Jahr sehen, vom Bundesminister: Jawohl, wir stehen zur festen Fehmarnbelt-Querung und die wird gebaut.

(Uwe Eichelberg)

Das wird wieder so ein Larifari-Wischwasch. Dann wissen die Leute immer noch nicht, was passiert und was davon abhängt. Die Infrastruktur in Schleswig-Holstein wird vor die Wand gefahren, weil keine Entscheidungen gefällt werden. Das ist das Problem. Man muss doch einmal sagen, was los ist.

(Beifall bei CDU und FDP)

Lieber Gerhard, uns hat es wirklich gefreut, dass ihr flexibel geworden seid in dem Punkt **Ausbau** der weiteren **Zugverbindungsachse**, der Hauptstadtexpress zwischen Hamburg über Kaltenkirchen nach Kiel. Der Minister war lange dagegen. Wenn sich da etwas bewegt, dann trifft das genau die Vorstellungen, die die CDU hat. Das ist eine Entwicklungsachse, die in Schleswig-Holstein zusätzlich entstanden ist. Die muss entsprechend untermauert werden. Ich kann hier klipp und klar sagen: Nach dem Regierungswechsel werden wir dieses Projekt mit Hamburg forciert vorantreiben.

(Ursula Kähler [SPD]: Ihr wollt bis 2020 warten?)

- Sie sind ja sowieso nicht mehr dabei.

(Heiterkeit und Beifall)

- Ich mit Leserbriefen.

Wir sind fest davon überzeugt, dass sich gerade diese Strecke als PPP-Projekt anbietet, bei dem Einzugsbereich, den es dort gibt, und insbesondere die Option für den Flughafen Kaltenkirchen mit untermauert. Das ist uns ganz wichtig.

(Beifall bei CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, wichtig ist auch, darauf hinzuweisen: Die Bahn hat nur auf **Langstrecken** und in **Ballungsgebieten** eine Zukunft. In Ballungsgebieten müssen wir viel mehr tun. Wir können nicht immer abwehren und sagen: Das lässt sich nicht finanzieren. Wenn wir die Straßen entlasten wollen - das ist ja unser aller Wunsch -, dann müssen wir die Straßen vom Quellverkehr entlasten, damit der Transitverkehr durchgeht. Deswegen müssen auch U-Bahn-Strecken wie nach Glinde genauso berücksichtigt werden wie das dritte Gleis nach Ahrensburg und genauso nach Pinneberg.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Solche Maßnahmen verhindern Engpässe. Dann können wir durchaus darüber sprechen, inwieweit wir andere Ausbaumaßnahmen verschieben können. Aber das müssen wir auch wirklich anpacken. Anders kommen wir nicht voran. Diese Verantwortung liegt bei uns und nicht bei der DB und mit denen muss man darüber sprechen, dann funktioniert das auch.

Meine Damen und Herren, die Stärkung der Schiene ist leider nicht so gekommen. Durch die vielen Verzögerungen hätte manches rechtzeitig gebracht werden können. Der logische Trend, der in den Prognosen immer wieder eingebracht wurde, wird nicht durchgehalten, indem die **Finanzmittel** nicht bereitgestellt werden. Die haben Fakten geschaffen, die wir gar nicht mehr umdrehen können. Deshalb muss die Straße in Schleswig-Holstein weiter ein wichtiger Punkt bleiben. Anders geht es nicht.

Schluss und endlich schlage ich vor, den Antrag an den Ausschuss zu überweisen und zu versuchen, das Gemeinsame herauszuarbeiten, um den Trend herauszubringen.

(Gerhard Poppendiecker [SPD]: Das ist in Ordnung!)

Aber viel mehr appelliere ich an SPD und Grüne, intensiver mit ihrer Bundesregierung zu sprechen, damit wir in Schleswig-Holstein etwas bekommen. Denn mit Appellen und Anklagen schaffen wir nur ein schlechtes Klima und das brauchen wir nicht für solche Investitionen.

(Anhaltender Beifall bei CDU, FDP und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen! Die Regierungsfraktionen legen uns schon wieder ihren alten eisenbahnpolitischen Wunschzettel vor. Das Einzige, was wie üblich fehlt, sind die Hinweise, wer all die schönen Wünsche bezahlen soll und wann. So ist das mit Wunschzetteln: Die Kinder schreiben auf, was ihnen Tolles einfällt, und die Eltern sollen es besorgen. Eines machen Kinder allerdings besser, selbst wenn sie noch an den Weihnachtsmann glauben: Sie schreiben auf, welcher Wunsch ihnen am wichtigsten ist. Das fehlt hier leider völlig.

(Beifall bei FDP und CDU)

Warum die Antragsteller das unterlassen haben, bleibt offen - vielleicht sind ja die unterschiedlichen Schriftgrößen im Antragstext ein Hinweis. So liegt uns ein ungeordnetes Menü eisenbahnpolitischer Wünsche vor. Ich ordne es für mich so: Schwerpunkt ist das Schienennetz mit den Punkten 2, 3, 5, 8, 9 und

(Christel Aschmoneit-Lücke)

10. Dann kommt der Schienenpersonennahverkehr mit den Punkten 1, 4 und 7. Übrig bleibt Punkt 6: Die Deutsche Bahn soll kundenfreundlicher werden - für Fahrgäste und Netznutzer.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Diese Forderung - wir hören es gerade von dem Kollegen Kubicki - kommt immer gut an. Bei den Fahrgästen sollte es ureigenes Interesse der Deutschen Bahn sein, bei den Netznutzern nicht, denn das sind ja Konkurrenten der DB. Hier liegt der erste Anhaltspunkt, dass und warum Netz- und Fahrbetrieb organisatorisch streng getrennt werden sollten.

Meine Damen und Herren, zum Schienennetz! Wir fordern - wie übrigens alle in diesem Hause - seit langem, **Fahr- und Netzbetrieb** organisatorisch zu trennen. Wir stimmen mit den Antragstellern überein, dass der Staat die Verantwortung für die Netze behalten soll.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn wir ganz ehrlich sind, müssen wir feststellen, dass das in Artikel 87 e des Grundgesetzes auch so festgehalten ist. Insofern ist das eigentlich keine besondere Forderung. Aber, wie gesagt, wir stimmen mit den Antragstellern überein.

(Beifall bei der FDP)

Das Schienennetz für den **Fernverkehr** sollte in der Kompetenz des Bundes verbleiben, aus Gründen der Effizienz sollte sich Erhalt und Ausbau dieses Netzes nach der Nachfrage der **Trassennutzung** richten. Deshalb ist es widersinnig, gerade hierbei stärkere Mitsprache der Länder über den Einsatz von Bundesmitteln zu fordern - so wie die Antragsteller dies in Punkt 2 tun.

Warum widersinnig? Allerorten wird immer deutlicher, dass starke Vermischung politischer Kompetenzen und Verantwortlichkeiten Deutschland eher bremst als voranbringt. Um diese Blockaden zu beseitigen, beteiligt sich auch der Schleswig-Holsteinische Landtag an einer großen Kommission zur Reform des deutschen Föderalismus.

Eindeutige Zuordnung von Verantwortung und Kompetenz ist das Prinzip, nach dem Deutschlands politisches System für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts fit gemacht werden sollte. Und gerade bei den Eisenbahnen soll das Gegenteil richtig sein? Das glaube ich nicht. Wir sollten eindeutig abgrenzen, wer für welches Schienennetz zuständig ist, und dann die Mitbestimmungsrechte anderer weitgehend streichen. Denn auch im Eisenbahnföderalismus gilt: Viele Köche verderben den Brei.

(Beifall)

Folglich wären die Länder für die **regionalen Netze** zuständig - zuständig und verantwortlich für den Erhalt, den Betrieb, den Vertrieb und den Ausbau der regionalen Schienennetze für den Schienenpersonennahverkehr. Dabei sollten wir nicht vergessen: Wer bestellt, bezahlt, also nicht der Bund.

(Beifall bei FDP und CDU)

Selbstverständlich sollte es den Ländern erlaubt sein, untereinander oder mit dem Bund auf streckenbezogener Vertragsbasis zusammenzuarbeiten, aber auf eigene Verantwortung und eigene Kosten.

Damit das klappt, muss auch die **Finanzierung der Netze** entschärft werden. Sie sollte auf zwei Säulen beruhen: Erstens auf der „Schienenmaut". Jeder Netzbetreiber erhebt von allen Netznutzern **Gebühren**, die mindestens die variablen Kosten der Netzbereitstellung decken sollten, wann immer möglich selbstverständlich auch mehr. Die zweite Säule der Finanzierung sind **Steuergelder**. Es wäre utopisch zu glauben, wir könnten den Verkehrsanteil der Schiene steigern und gleichzeitig den Nutzern der Schiene die von ihnen verursachten Kosten voll anlasten, während die Nutzer aller anderen Verkehrswege zum großen Teil aus allgemeinen Steuermitteln subventioniert werden.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deshalb werden die **öffentlichen Haushalte** auch bei den Schienennetzen noch lange einen großen Teil der **Investitionskosten** zu tragen haben. Dabei sollten wir sauber trennen. Jede staatliche Ebene subventioniert das Netz in ihrer Verantwortung und Kompetenz. So wenig Mischfinanzierung wie möglich!

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das wird sich allein für die Eisenbahn nicht verwirklichen lassen. Das wird nur verwirklicht, wenn die Kompetenzen und Verantwortungen zwischen Bund, Ländern und Gemeinden entzerrt, insgesamt geordnet und eindeutig neu zugewiesen werden. Insoweit sind die Probleme unseres Schienennetzes die Probleme unseres Föderalismus im Kleinen.

Meine Damen und Herren, am deutlichsten werden diese Probleme übrigens beim Bundeshaushalt. Keine andere Demokratie hat so viel Angst vor der sozialstaatlichen Regierungsmehrheit, dass sie ihr zumutet, ihr zentrales politisches Instrument, den Haushalt, der nächst niedrigeren staatlichen Ebene zur Genehmi-

(Christel Aschmoneit-Lücke)

gung vorzulegen, und damit im Zweifel sogar der nationalstaatlichen Opposition. Nun werden viele sagen: Bei einer rot-grünen Bundesregierung ist das ganz in Ordnung so. Dann dürfen wir uns allerdings auch nicht beschweren, wenn wir demnächst die Regierung stellen und es dann umgekehrt auch so gemacht wird.

(Beifall bei der FDP)

Also besser klare Verhältnisse. Jede staatliche Ebene bekommt grundsätzlich Kompetenz, Verantwortung und eigenständige Finanzierungsquellen für ihre Aufgaben und nur für ihre Aufgaben.

Zurück zur Eisenbahn! Damit die **Trennung** von **Fahr- und Netzbetrieb** klappt, sollte die DB AG in zwei völlig getrennte Organisationen gespalten werden. Erstens in die private DB AG, die ihr Geld im internationalen, nationalen und regionalen Fahrbetrieb verdient und dafür Trassen mietet. Zweitens in eine wie auch immer organisierte staatliche Organisation - Behörde, Anstalt oder auch Gesellschaft -, die für das Bundesschienennetz verantwortlich ist.

(Beifall)

so wie die Länder ihre regionalen Schienennetze verwalten würden. Wir sollten vermeiden, für das Bundesschienennetz zwei Organisationen zu schaffen, eine für das Netz und dann noch eine zur Regulierung desselben. Ich meine, das wäre wirklich übertrieben.

(Beifall bei FDP und CDU)

Jetzt zu einer rot-grünen Politposse in der Gegenwart, aufgeschrieben in Punkt 8 des Antrages. Hier fordern die Antragsteller von der DB AG alle die Projekte für den Ausbau des Schienennetzes in Schleswig-Holstein, die damalige Landesregierungen schon vor 1988 verwirklichen wollten. SPD-geführte Landesregierungen sind seitdem kaum weitergekommen. Ich glaube, ich brauche dazu nicht viel mehr zu sagen, weil dankenswerterweise der Kollege Poppendiecker schon darauf hingewiesen hat, dass selbst die Elektrifizierung der Strecke Lübeck-Hamburg, die ja nun von einigen jedenfalls groß gefeiert wird, durchaus nicht befriedigend gelöst ist und dass auch der Engpass Pinneberg-Elmshorn - ich bin zwar noch nicht so lange hier im Landtag wie Herr Poppendiecker, der das gesagt hat - schon 17 Jahre lang diskutiert wird. Leider sind wir keinen Schritt weitergekommen.

(Beifall bei FDP, CDU und SSW - Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ebenso, Herr Kollege Neugebauer, sind wir bei den Kanalbrücken keinen Schritt weitergekommen. Sagen Sie mir doch bitte, wann was auf wessen Kosten hier wirklich umgesetzt wird. Darum geht es ja.

(Beifall bei der FDP)

Es geht doch nicht darum, dass wir hier Forderungen erheben. Es geht darum, dass die Dinge passieren!

(Günter Neugebauer [SPD]: Aber Ihre Partei hat doch bis 1998 in Berlin regiert!)

- Lassen Sie mich erst einmal ausreden, Herr Kollege Neugebauer. - Jetzt hat die dilettantische Finanz- und Verkehrspolitik der Bundesregierung das Geld für Investitionen im Schienennetz noch weiter zusammengeschmolzen. Das deutlichste Beispiel Ihres Versagens ist das Maut-Desaster. Ihr Bundesverkehrsminister versucht übrigens, die Schuld dafür auf die Koch-Steinbrück-Liste zu schieben. Ich bin dem Kollegen Poppendiecker sehr dankbar dafür, dass er heute darauf hingewiesen hat, dass es der Maut-Flop und nicht etwa die Koch-Steinbrück-Liste ist.

(Beifall bei FDP, CDU und SSW)

Zum Stopfen der Löcher nimmt die Bundesregierung der bundeseigenen DB AG Geld weg. Rot-Grün bei uns beschwert sich nun indirekt über die DB AG, weil die das Geld nicht mehr bei uns ausgeben kann, das die Bundesregierung der DB AG weggenommen hat. Die richtige Adresse für Ihre Beschwerde ist die Bundesregierung. Die hat das Geld verplempert und ist für den Investitionsausfall verantwortlich.

Trotzdem sind alle die aufgezählten Projekte selbstverständlich wünschenswert; das ist keine Frage. Kollege Eichelberg. Sie haben das auch gesagt. Dass Rot-Grün sie nun nach 16 Jahren von anderen fordert, ist typisch.

Meine Damen und Herren, abschließend zum **SPNV**! Mehr **Wettbewerb** in den regionalen Schienenverkehr zu bringen, ist die einzige seiner vielen Ankündigungen, denen der Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr ziemlich erfolgreich hat Taten folgen lassen. Das ist die rühmliche Ausnahme in seiner ansonsten schmählichen Bilanz. Trotzdem ist diese Bahnpolitik ein Erfolg für Schleswig-Holstein. Ich sage das ganz deutlich. Diesen Weg sollte das Land weiter gehen und sich auch durch Vorgänge um die FLEX-Strecken davon nicht abhalten lassen.

(Beifall)

Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. - Ich will nicht behaupten, die Ausschreibung beziehungsweise die Vergabe sei in diesem Fall problemlos oder ohne Fehler verlaufen; keineswegs. Aber der Weg in den Wettbewerb auf der Schiene ist trotzdem richtig. Da-

(Christel Aschmoneit-Lücke)

von beißt die Maus keinen Faden ab, nicht einmal Herr Carstensen.

(Beifall)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Trotz einiger polemischer Bemerkungen, die ich gleich richtig stellen werde, bedanke ich mich für den Beitrag von Ihnen, Frau Aschmoneit-Lücke, weil das, was Sie gesagt haben, ein klares Bekenntnis zum Wettbewerb, aber auch ein Bekenntnis zur staatlichen Infrastruktur war. Das ist natürlich der Kern grüner Bahnpolitik. Insofern kann ich da eine weitgehende Übereinstimmung feststellen.

Ich kann übrigens auch Übereinstimmung mit dem verkehrspolitischen Sprecher der CDU-Fraktion feststellen, was mich in dieser Frage freut, der genau diese Positionen vertreten hat. Es wundert mich aber außerordentlich, dass in einer Presseerklärung vom 23. April mit Herrn Mehdorn - das ist ja nun gar nicht so lange her - die Spitze der CDU in Schleswig-Holstein - Peter Harry Carstensen, Martin Kayenburg und Dietrich Austermann - genau das Gegenteil vertreten hat. Sie hat erstens der Landesregierung vorgeworfen, dass sie Wettbewerbspolitik macht, und hat ihr zweitens sogar Rambo-Mentalität vorgeworfen, wenn sie in den Wettbewerb geht. Ich frage mich, was es mit Rambo-Mentalität zu tun hat, wenn jemand in einer Marktwirtschaft freien Wettbewerb macht.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Lesen Sie das doch mal vor!)

Sie sprechen von tölpelhaften Privatisierungsbemühungen und von Millionenschäden.

(Martin Kayenburg [CDU]: So ist es!)

Sie hätten sich einmal mit den Zahlen beschäftigen sollen. Im Verkehrsausschuss haben wir das getan. Sie hätten sich da bei Ihrem verkehrspolitischen Sprecher informieren sollen. Tatsache ist, dass die **Vergabe an die FLEX** trotz der Pleite dem Land 7 Millionen € gespart hat.

(Beifall beim SSW)

Das Angebot der DB AG zu dem Zeitpunkt, als wir die FLEX gemacht haben, lag fast beim doppelten Preis. Hätten wir das Angebot der DB AG gegeben, hätten wir unter Berücksichtigung aller zusätzlichen Zahlungen, die wir durch die Pleite gehabt haben, insgesamt 7,6 Millionen € mehr gezahlt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich finde, wenn man so etwas in einer Pressemeldung in die Welt setzt, müsste man sich vorher mit den Zahlen beschäftigen.

Noch erstaunlicher ist es, wenn Sie über die Verweigerung des **Bundes** bei der Erfüllung der Mittelzulage für **Schieneninvestitionen** in den nächsten fünf Jahren klagen und sagen, es werde beim Bund zu viel gespart. Sie sagen aber nicht, wer diese Sparbeschlüsse vorgeschlagen und vereinbart hat. Das war das Koch-Steinbrück-Papier im Vermittlungsausschuss. Das heißt, die Kürzungen bei der Bahn sind von der CDU im **Vermittlungsausschuss** gefordert und durchgesetzt worden.

(Martin Kayenburg [CDU]: Das ist doch Unsinn!)

Was wir erreicht haben, Herr Kayenburg, war, dass wir die Kürzungen bei der Bahn um die Hälfte reduziert haben und die andere Hälfte als Kürzungen im Straßenverkehr aufgebracht haben. Das heißt, wir haben dafür gesorgt, dass die **Kürzungen** zumindest gleichmäßig auf Schiene und Straße verteilt werden. Das war der grüne Anteil an dieser Geschichte. Die Kürzungen sind von der CDU in den Vermittlungsausschuss eingebracht worden. Deshalb stehlen Sie sich aus der Verantwortung, wenn Sie jetzt hier über die Kürzungen klagen. So geht das nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Noch absurder ist, wenn Sie Mehdorn das Wort reden, dass die Gefahr drohe, dass laufende Vorhaben der Sanierung der Bahnhöfe in Kiel und Lübeck, der Kanalbrücken und der Beseitigung des Problems Owschlag jetzt gestreckt werden müssten.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Diese Mittel werden nicht aus Bundesgeldern finanziert. Das muss man wissen. Diese Maßnahmen werden aus den **Trassengebühren**, die in Schleswig-Holstein gezahlt werden, finanziert. Sie werden aus dem laufenden Betrieb in Schleswig-Holstein gezahlt. 170 Millionen € jährlich an Trassengebühren aus Schleswig-Holstein sollen zur Finanzierung der Wartung, Pflege und des Erhalts der bestehenden Strecken eingesetzt werden. Diese Gelder werden jährlich von der Landesregierung an die DB AG überwiesen. Wenn die DB AG diese Mittel nicht im Netz einsetzt,

(Karl-Martin Hentschel)

ist das ein Verstoß gegen die Pflichten der DB AG. Deshalb ist es richtig, wenn sich der Landtag Schleswig-Holstein dagegen wendet und es ist völlig falsch, wenn Sie als Spitze der CDU auch noch auftreten, sich mit Mehdorn vor die Presse stellen und dem das Wort reden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD] - Zurufe von der CDU)

- Das geht nicht, Herr Kayenburg! Das ist Verrat am Land.

(Zurufe von der SPD: Oh, oh!)

Die Absurdität Ihrer Position - und da kann ich mich auch auf Ihren verkehrspolitischen Sprecher beziehen -, zeigt sich, wenn Sie sagen, die privatwirtschaftliche Ausrichtung der Bahn mit einem baldigen Börsengang wird von der CDU unterstützt. Gegensätzliche Bestrebungen, die das Ziel einer Rückführung zur Staatsbahn zum Gegenstand haben, wurden von den CDU-Vertretern strikt abgelehnt.

Worum geht es? - Es geht um die Frage der **Trennung** von **Schiene und Netz**. Es geht also um die Frage, ob der **Börsengang** mit dem Netz oder ohne das Netz geschieht. Wenn der Börsengang mit dem Netz geschieht, dann heißt das, dass wir eine Gesellschaft als Aktiengesellschaft schaffen, deren sämtliche Neuinvestitionen von zirka 4 Milliarden € im Jahr aus dem Bundeshaushalt gezahlt werden. Was ist das für eine absurde Vorstellung, eine Gesellschaft als private **Aktiengesellschaft** zu organisieren, aber zu sagen, dass sämtliche Investitionen über Jahrzehnte hinaus vom Bundeshaushalt finanziert werden. Das ist doch keine private Aktiengesellschaft, das ist Unsinn.

Deshalb ist es richtig, was übrigens alle Parteien im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages jetzt gefordert haben, dass es keinen Börsengang mit dem Netz geben kann, sondern dass es eine Trennung zwischen Schiene und Netz geben muss. Das hat Frau Aschmoneit-Lücke hier auch dargestellt und das ist auch von Herrn Eichelberg glücklicherweise so unterstützt worden. Das **Netz** muss eine staatliche Infrastruktur wie die Straßen auch sein. Der **Fahrbetrieb** muss privatisiert werden. Das ist eine völlig klare Logik. Ich freue mich, dass das hier so vorgetragen worden ist. Ich bin aber höchstgradig erstaunt, dass die Spitzen der CDU von Schleswig-Holstein genau das Gegenteil erzählen.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Günter Neugebauer [SPD] und Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Ich möchte jetzt den Rest meiner Zeit nutzen, um Ihnen die Vorstellung meiner Fraktion - und zwar aller grünen Fraktionen in allen Ländern und im Bundestag - zur Weiterentwicklung der Bahnreform darzulegen.

Der erste Punkt ist schon genannt worden, nämlich wir wollen die Trennung von Schiene und Netz. Die **Fernstrecken** sollten in einer Bundeseisenbahngesellschaft untergebracht werden und die reinen **Regionalstrecken** mit reinem Regionalverkehr sollten in Länderverkehrsgesellschaften untergebracht werden, damit die Länder in der Lage sind, schnell und flexibel auf aktuelle Situationen zu reagieren. Das ist die gleiche Organisationsstruktur, wie wir sie im Straßenbau haben: Landesstraßen, Kreisstraßen und Bundesstraßen. Das hat sich bewährt.

Entsprechend - das ist der zweite Punkt - sollten auch die Baumaßnahmen nicht mehr von der Bahn durchgeführt werden, sodass sozusagen die Bahn entscheidet, wie die staatlichen Mittel ausgegeben werden, sondern die **Baumaßnahmen** sollten in den Ländern - wie beim Bund im Straßenbau auch - von den Straßenbauämtern durchgeführt werden, sodass die **Länder** selber über den Bau und die Planung der Maßnahmen entscheiden können.

Drittens. Wir wollen eine komplette Privatisierung des rollenden Bahnbetriebes. Das bedeutet, dass alle fahrenden Gesellschaften privatisiert werden. Denn nur so ist eine Ausschreibung möglich, in der sie gleichberechtigt sind. Es geht nicht, wenn staatliche Gesellschaften bei einer Ausschreibung konkurrieren, die im Zweifelsfall - wenn sie nämlich pleite gehen - vom Steuerzahler subventioniert werden müssen.

Viertens. Wir schlagen vor, eine unabhängige **Trassenvergabeagentur** für das Gesamtnetz zu gründen. Bei der Trassenvergabe handelt es sich nämlich um die Verwaltung eines natürlichen **Monopols**. Das muss neutral durch eine unabhängige Agentur im Auftrag der verschiedenen Infrastrukturgesellschaften, privaten und öffentlichen, verwaltet werden. Das ist schrittweise schon im Gesetzentwurf des neuen allgemeinen Eisenbahngesetzes vorgesehen. Der erste Schritt ist damit getan, das müsste noch in diese Richtung weiterentwickelt werden.

Fünftens. Wir glauben, dass für den gesamten Bereich Service - Buchungssysteme und Verkauf von Fahrkarten, Herstellung von Fahrkarten, Information und Fahrplanauskunft - eine gemeinsame Gesellschaft der fahrenden Unternehmen eingerichtet werden sollte, wie wir das im Flugverkehr auch haben. Das würde

(Karl-Martin Hentschel)

bedeuten, dass wir herstellerneutrale Buchungssysteme einführen, mit denen ich sämtliche Fahrkarten für die gesamte Bundesrepublik lösen kann, egal ob es sich um eine Privatbahn, um regionale Netze oder staatliche Netze handelt, in denen ich unterwegs bin. Das heißt auch, alle Unternehmen, die informieren, informieren über die gesamten Fahrpläne und das komplette Netz. Es kann nicht sein, dass die DB AG Fahrpläne für sich selber macht und die Fahrkarten anderer Unternehmen als Fahrkarten zweiter Klasse behandelt oder dass man in manchen Bereichen überhaupt keine Fahrkarte von bestimmten Unternehmen bekommt.

Sechstens. Wir brauchen dementsprechend auch ein transparentes **Tarifsystem.** Meine Vorstellung ist, dass wir in den Regionen jeweils Regionaltarife einführen, das heißt **Verkehrsverbünde** Hamburg, Schleswig-Holstein und so weiter. Übergangstarife zwischen den Verkehrsverbünden haben und für den Fernverkehr, der eigenwirtschaftlich ist, ein eigenes Tarifsystem eingeführt wird. Das heißt, jede Bahngesellschaft, die fährt, kann ihre eigenen Preise machen, so wie im Flugverkehr auch. Sie muss allerdings garantieren, dass es Übergangstarife gibt, das heißt, jeder muss von Husum nach Dinkelsbüttel oder sonst wo durchbuchen können.

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Das kennst du gar nicht oder?

(Holger Astrup [SPD]: Das heißt Dinkelsbühl!)

- Das habe ich auch frei erfunden.

Siebtens. Wir wollen die **Bahnhöfe** kommunalisieren. Denn ich glaube, dass die Bahnhöfe das Tor zur Welt der Kommunen sind. Die Kommunen haben das größte Interesse daran, eine vernünftige Infrastruktur als Zugang zu ihrer Welt zu haben. Das hat sich auch an dem großen Interesse der Kommunen bei den bisherigen Privatisierungsbemühungen gezeigt.

Achtens. Wir glauben, wir brauchen eine Neuordnung der **technischen Standards**. Denn die technischen Standards sind seit über einhundert Jahren ständig gewachsen, ohne jemals auf ihre betriebswirtschaftliche Rationalität hin überprüft worden zu sein. Ein Triebwagen kostet etwa das Fünffache wie ein vergleichbarer Bus. Das ist aus dem einfachen Grund so, weil die technischen Standards bei der Bahn im Laufe der Geschichte inzwischen so überdimensioniert sind, dass ein Bus, der nach den Bahnstandards gebaut würde, etwa das Fünffache kosten würde. Das muss man wissen. Auch das ist mittlerweile etwas, das sich historisch überholt hat.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, bitte kommen Sie zum Schluss.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Oh, nur fünf Minuten Zeit, Entschuldigung!

Neuntens. Wir fordern eine gesetzliche Regelung der Fahrgastrechte und zehntens brauchen wir eine engere Zusammenarbeit mit Hamburg.

Schluss: Ich freue mich, dass wir uns in vielen Punkten, die hier die verkehrspolitischen Sprecher der CDU und FDP, natürlich auch der SPD, gesagt haben, einig sind. Ich hoffe, dass die CDU-Spitze in Schleswig-Holstein, die offensichtlich eine völlig andere Bahnpolitik im Auge hat, von ihrer eigenen Partei zur Besinnung gebracht wird. Vielleicht trägt diese Debatte dazu bei. Wir fordern hier von Schleswig-Holstein aus eine moderne Bahnpolitik. Wir sind Spitze im ganzen Bundesgebiet. Das weiß jeder, der an den Bahnkonferenzen teilgenommen hat. Wir haben die höchsten Zuwachsraten im Regionalverkehr, Frau Aschmoneit-Lücke, 30 % seit die Grünen mit an der Regierung sind.

(Glocke der Präsidentin)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, bitte Ihren letzten Satz!

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich glaube, dass wir auf einem guten Weg sind, und hoffe, dass die Forderungen an Berlin, die natürlich von uns intensiv vertreten werden, von diesem Parlament auch gemeinsam vertreten werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Harms.

Lars Harms [SSW]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Uns liegt heute ein sehr umfassender Antrag zur Zukunft der Bahn und der Schieneninfrastruktur vor, der viele Dinge enthält, die wir auch schon in

(Lars Harms)

anderen Debatten angesprochen haben. Der Kollege Eichelberg hat das vorhin auch schon dargestellt. Deshalb glaube ich, dass wir inhaltlich sicherlich in vielen Punkten übereinstimmen. Aber je umfangreicher ein Antrag ist, desto eher ist man natürlich auch geneigt, jede Formulierung genau zu betrachten und natürlich auch noch einmal zu schauen, ob nicht hier und da noch etwas ergänzt werden kann.

Betrachten wir die Formulierungen, so wird unter Punkt 4 festgestellt, dass die Qualität des **SPNV** auf den Hauptstrecken - wie Lübeck-Hamburg oder Kiel-Hamburg - weiter verbessert werden muss. Dies ist sicherlich nur eingeschränkt richtig, weil nur ein Teil der Hauptstrecken genannt ist. Auch die Qualität auf den Strecken Hamburg-Flensburg und insbesondere an der Westküste muss natürlich weiter verbessert werden.

Die durch das Land Schleswig-Holstein begonnenen **Ausschreibungen** haben schon in einem erheblichen Umfang dazu beigetragen, dass die Qualität auf einzelnen Strecken verbessert werden konnte. Das bezieht sich allerdings nur auf das Wagenmaterial und das Personal, aber nicht auf die Infrastruktur. Gleichwohl lässt sich festhalten, dass die Praxis der Ausschreibung dazu geführt hat, dass die Leistung der Verkehrsunternehmen besser geworden ist und gleichzeitig die Kosten für das Land gesunken sind. Dies ist eindeutig ein Erfolg der schleswig-holsteinischen Verkehrspolitik.

Trotzdem bleiben Wünsche offen. Was bisher fehlt, ist nämlich eine Abstimmung zwischen Fern- und Nahverkehr. Am deutlichsten wird dies in der Tarif- und Fahrplangestaltung sichtbar. Da werden verschiedene Ticketautomaten benötigt, um verschiedene Tickets unterschiedlicher Tarife lösen zu können und dann gibt es da auch immer wieder Schwierigkeiten zwischen Nah- und Fernverkehr in Bezug auf die Fahrplangestaltung.

Während der **Nahverkehr** als Landesaufgabe über Ausschreibungen geregelt wird, stellt sich die Finanzierung des **Fernverkehrs** natürlich anders dar. Da die Bereiche Nah- und Fernverkehr in der Deutschen Bahn AG in zwei unterschiedlichen Tochtergesellschaften verankert sind, gibt es aber erst einmal keine direkte Verbindung untereinander, was zu den gerade eben beschriebenen Schwierigkeiten mit beiträgt.

Schlimmer noch: Geht für die Bahn ein Nahverkehrsauftrag verloren, stellt sich immer gleich die Frage, wie sich nun die DB AG als Träger des Fernverkehrs gegenüber dem neuen Nahverkehrsträger von der Konkurrenz verhält. Wir führen diese Diskussionen gerade an der **Westküste**, nachdem die **NOB** die Ausschreibung für den Nahverkehr gewonnen hat. Diese Diskussion wird es gegebenenfalls auch auf anderen Strecken geben. Uns fehlt hier das Signal der Deutschen Bahn AG, dass sie auch mit anderen **privaten Verkehrsträgern** vernünftig zusammenarbeitet, um so das Produkt Bahnverkehr gemeinsam gut vermarkten zu können.

Ein solches Signal würde die absolute Sicherheit geben, dass der Nah- und der Fernverkehr gut aufeinander abgestimmt gefahren wird und dass man trotz der Tatsache, dass man im Ausschreibungsverfahren Konkurrent war, beiderseitig an einer guten Bahnanbindung interessiert ist, weil man nur gemeinsam den Verkehrsträger Bahn konkurrenzfähig gegenüber der Straße erhält.

An diesem kleinen Beispiel zeigt sich aber auch, wie schwierig die Thematik ist. Im Antrag wird festgestellt, dass zur Fortsetzung einer zukunftsfähigen **Bahnreform** weitergehende Maßnahmen erforderlich sind. Was sind das für Maßnahmen? Ist es eine Privatisierung oder geht es hierbei um die Zusammenlegung von bisher selbstständigen Tochtergesellschaften oder sollen hier die für den Nahverkehr zuständigen Einheiten in den Ländern zu einer Einheit auf Bundesebene zusammengeschlossen werden? - Dies sind sicherlich nur einige und zudem sehr grob formulierte Optionen, die denkbar sind.

Wenn man aber weitgehende Maßnahmen fordert, muss man auch sagen, in welche Richtung es gehen soll und wie es gehen soll. Hierüber findet sich aber kaum etwas im Antrag. Deshalb wird es auch für die Landesregierung schwer werden, diesen Aspekt in den anstehenden Beratungen zur Änderung eisenbahnrechtlicher Vorschriften mit einzubringen.

Wenn wir den Passus „weitergehende Maßnahmen für eine Bahnreform" ernst meinen, müssen wir als Parlament auch sagen, was wir wollen; das lässt sich möglicherweise noch im Ausschuss genauer beschreiben.

Doch nicht nur die Unternehmensstruktur der Deutschen Bahn AG ist im Umbruch, sondern auch die **Finanzierung der Infrastruktur** steht zunehmend auf wackeligen Beinen. Der Antrag fordert eine Anhebung des Finanzierungsanteils für regionale Schienenstrecken durch den Bund.

Nun konnten wir aber gerade vernehmen, dass durch die Haushaltslöcher auf Bundesebene damit zu rechnen ist, dass wir erst mit rund einer halben Milliarde Euro und später sogar mit mehr als einer Milliarde Euro weniger für die Schieneninfrastruktur rechnen müssen. So brechen uns rund 20 % der Mittel in Zu-

(Lars Harms)

kunft weg, was eine Vielzahl von Projekten bedrohen würde.

Die Forderung ist somit gut und berechtigt, aber aufgrund des finanziellen Chaos auf Bundesebene wohl nicht umzusetzen. Und so werden dann viele der wichtigen im Antrag genannten Projekte wohl bestenfalls nur wesentlich später umgesetzt werden können. Wohl oder übel werden wir Prioritäten setzen müssen. Der schwarze Peter wird somit von der Bundesregierung direkt an die Bundesländer weitergereicht.

Bei Betrachtung der wichtigsten **Schienenverkehrsprojekte**, die im Antrag genannt sind und die wir alle wollen, fällt doch eines und die dafür gewählte Begründung besonders auf. Gefordert wird der Ausbau der Strecke von Neumünster zum Flughafen Hamburg-Fuhlsbüttel und weiter zum Hauptbahnhof.

Das Projekt selber ist natürlich völlig in Ordnung, aber die Begründung, die angegeben wird, ist etwas unvollständig. Begründet wird der Ausbau nämlich nur damit, dass die Stadt Norderstedt angeschlossen werden soll. Das ist schön für Norderstedt, aber bestenfalls die halbe Wahrheit. In Wirklichkeit ging und geht es immer noch darum, die K.E.R.N.-Region an den Flughafen Fuhlsbüttel anzubinden.

Das heißt, sowohl Rendsburg als auch Kiel sollen bessere Verbindungen zum Hamburger Flughafen bekommen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Dies will man anscheinend nicht so deutlich in einem Antrag sagen, da sonst die ganze Argumentation für einen **Flughafenausbau in Holtenau** zusammenbrechen würde. Trotzdem ist die schnelle Schienenverbindung nach Fuhlsbüttel genau der richtige Weg, um kurzfristig die K.E.R.N.-Region an das internationale Verkehrsnetz anzuschließen.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Hier hätte ich mir allerdings mehr Mut auch von den Kollegen Müller und Hentschel bei der Formulierung dieser Passage gewünscht.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

weil ich glaube, dass mit dieser hervorgehobenen Forderung nach einem **Ausbau der Strecke** nach **Fuhlsbüttel** endlich auch von den regierungstragenden Fraktionen dokumentiert würde, dass wir uns von der Startbahnverlängerung in Holtenau verabschieden und die bestehenden Flughäfen nutzen sollten.

(Beifall beim SSW)

Betrachten wir die einzelnen wünschenswerten Infrastrukturmaßnahmen, so kommen wir an einem Grundproblem nicht vorbei. Schon früher haben wir als Landtag gefordert, dass die **Schieneninfrastruktur** in öffentlicher Hand verbleiben und nach Möglichkeit in **regionale Verantwortung** übergeben soll.

Dies wird auch jetzt wieder deutlich gemacht. Die Einrichtung einer **Trassenagentur** ist dabei nur ein erster Zwischenschritt, den wir zwar unterstützen, der das Problem aber nicht grundsätzlich löst. Die Trassenagentur kann nur ein Hilfsmittel für den Übergang sein. Erst wenn die Schieneninfrastruktur aus dem Konzern Deutsche Bahn AG herausgelöst wird, werden sich auch sämtliche konkrete und denkbare Abhängigkeiten zwischen der DB-Netz und der Muttergesellschaft auflösen.

Deshalb stellt der mögliche **Börsengang** der Deutschen Bahn AG auch ein Risiko dar. Wenn mit der Muttergesellschaft auch die Tochter DB-Netz quasi an die Börse geht, wird die Infrastruktur, die alle Bahnanbieter nutzen müssen, völlig privaten Interessen ausgesetzt. Jetzt kann man immerhin noch davon ausgehen, dass der Bund als alleiniger Gesellschafter der Deutschen Bahn AG immer auch noch gesamtgesellschaftliche Ziele verfolgt. Dies wird sich eine völlig privatisierte Bahn mit privatisierter Infrastruktur nicht leisten können.

Wie sich so etwas auswirkt, kann man in Großbritannien sehen. Investitionen in die Strecke werden auf das Allernotwendigste beschränkt und der Zugang zum Netz für alle könnte auch eingeschränkt werden. Dies ist nicht die Entwicklung, die wir anstreben sollten. Unserer Meinung nach muss das **Netz** deshalb vorher vom Mutterkonzern getrennt werden, bevor die Deutsche Bahn AG an die Börse geht.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben glücklicherweise noch Zeit und wir erwarten, dass die Landesregierung in diesem Sinne tätig wird, zumal es hierzu schon einen Landtagsbeschluss gibt. Wir sollten diesen schönen und breit gefassten Antrag im Ausschuss auf das wirklich Wesentliche eindampfen und zu einem gemeinsamen Antrag kommen.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Eichelberg das Wort.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich möchte der Legendenbildung unseres lieben Kollegen Karl-Martin Hentschel etwas Einhalt gebieten, und zwar im Hinblick auf die Äußerungen, die die Führung der CDU während des Besuchs von Herrn Mehdorn gemacht hat. Ich empfehle Ihnen, die gesamte Presseinformation und nicht nur die paar Passagen, die in dieser oder jenen Zeitung abgedruckt wurden, zu lesen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe die Presseinformation gelesen!)

Ich habe vorhin klipp und klar gesagt: Die Haltung der CDU zur Bahnpolitik ist bundeseinheitlich gleich. Wir wollen die **Trennung** von **Gleis und Betrieb** und die anderen Punkte sind ebenso klipp und klar; darüber müssen wir nicht weiter diskutieren.

Gehen Sie die einzelnen Punkte durch. Der erste Paragraph enthält das weitgehende Einvernehmen über die Bahninvestitionen dieses Landes. Was ist dagegen zu sagen? - Klipp und klar wird dargelegt, dass die Mittel im **Bundeshaushalt** reduziert werden; das steht im zweiten Absatz. Und es wird beschrieben, dass sich eine fatale Lage daraus ergibt. Was ist daran zu beklagen?

Daraus ergibt sich, dass Herrn Mehdorn dieses Jahr nur 16 Millionen € für vorbereitende Maßnahmen der **Elektrifizierung** hat; mehr Geld steht nicht zur Verfügung. Herr Mehdorn hat ganz deutlich gesagt, was er nicht machen kann. Was gibt es daran zu beklagen?

(Rainer Wiegard [CDU]: Woher soll der Hentschel das wissen?)

Dann geht es mit der **privaten Ausrichtung** der Bahn weiter. Das ist doch gewollt worden; das ist doch der zweite und dritte Schritt der Bahnreform. Natürlich soll die Bahn an die Börse gehen, aber nicht inklusive der DB-Netz. Darauf ist gar nicht eingegangen worden. Was gibt es daran zu beklagen?

Zum nächsten Absatz! Da steht, das von Frau Simonis regierte Land sei kein Partner für eine optimale Zusammenarbeit. Die Zusammenarbeit zwischen dem Bund und dem Land Schleswig-Holstein ist mies. Das kann Herr Poppendiecker beschreiben. Das muss verbessert werden. Was gibt es daran zu beklagen?

Meine Damen und Herren, ich will Ihnen einmal sagen, was Herr Steenblock dazu gesagt hat: „Solange das Land Schleswig-Holstein nicht entscheidet, was es von der Bahn will, tut die Bahn gar nichts."

(Beifall bei der CDU)

Das stellen selbst die Grünen in Berlin fest! Was sollen wir dann hier noch groß beklagen?

(Beifall bei der CDU)

Das kann man auch in der Zeitung lesen. Vielleicht lassen Sie sich von Herrn Steenblock auch einmal die Presseberichte zuschicken!

(Beifall bei der CDU)

Wir wollten ja nicht vertiefen, was hinsichtlich der Strecke Flensburg/Hamburg passiert ist. Wir haben gemeinsame Erfahrungen gesammelt und Gott sei Dank haben sie sich aufgerechnet. Aber als Mann aus der Wirtschaft muss ich Ihnen ehrlich sagen: Da sind uns einige Dinge unterlaufen, die so nicht hätten laufen dürfen.

Dass die Trägerfirma schon damals Probleme hatte, wussten wir monatelang. Diesen Hinweisen muss entsprechend scharf nachgegangen werden. Wir haben uns dahingehend täuschen lassen, dass die Situation nicht so kritisch ist. Wir haben gemeinsam daraus gelernt, aber man muss dies ansprechen können. Wir haben in Schleswig-Holstein keinen großen Schaden genommen. Das ist wichtig. Es hat uns aber etwas gekostet. Das ist nun einmal so.

In dem nächsten Paragraphen steht, dass in den nächsten fünf Jahren statt mehrerer Milliarden Euro nur einige Hundert Millionen Euro für Investitionen zur Verfügung stehen werden. Dass dies die Maßnahmen weiter verzögert, ist klar. Was wollen wir denn? Es droht die Gefahr, dass die angesprochenen Projekte in den nächsten Jahren nicht durchgeführt werden können. Was ist daran zu beklagen? Es bleibt der Aufruf: Wenn Heide Simonis irgendeinen Einfluss in Berlin hat, dann soll sie ihn jetzt geltendmachen! Frau Simonis, gehen Sie los! Das ist unsere Meinung.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Hentschel das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Kürzungen im Bundeshaushalt betragen etwa 16 %. Diese Kürzungen sind im Vermittlungsausschuss so beschlossen worden. Wenn die Grünen nicht interveniert und dafür gesorgt hätten, dass ein Teil dieser Kürzungen zum Straßenbau verlagert wird, dann wären die Kürzungen doppelt so hoch gewesen. Kürzungen von 16 % können nach meiner Rechnung Kürzungen des Investitionsvorhabens um 16 % begründen. Sie begründen keine Androhung, dass sämtliche Investitionen Schleswig-Holsteins gestoppt werden. Vor allen Dingen dürfen diese Kürzungen nicht die **laufenden Sanierungsmaßnahmen** betreffen, weil diese aus den **Trassengebühren** bezahlt werden müssen. Diese werden von der DB AG selber finanziert und werden nicht vom Bundeshaushalt getragen. Von daher ist die Argumentation, was die gesamten Renovierungs- und Ausbaumaßnahmen in diesem Bereich betrifft, nicht zutreffend. Herr Eichelberg, das zu dem, was Sie zu den Ausbauten gesagt haben.

Zum Thema **Trennung** zwischen **Schiene und Netz** stelle ich fest, dass es eine Debatte darüber gibt, ob man die Bahn als Ganzes privatisieren soll, oder ob man das Netz reverstaatlichen soll beziehungsweise einer staatlichen Infrastrukturgesellschaft übereignen und den Fahrbetrieb privatisieren soll. In dieser Debatte äußert sich die CDU-Spitze. Dabei handelt es sich nicht um eine Zeitungsmeldung, sondern es handelt sich um eine Pressemitteilung der CDU selber. Darin steht: Die privatwirtschaftliche Ausrichtung der Bahn mit einem baldigen Börsengang wird von der CDU unterstützt. Gegensätzliche Bestrebungen, die das Ziel einer Rückführung zur Staatsbahn haben, wurden von den CDU-Vertretern strikt abgelehnt. Es gibt keine gegensätzlichen Bestrebungen, die das Zurückführen in eine Staatsbahn haben, aber es gibt einen Beschluss aller Fraktionen im Deutschen Bundestag, in dem gesagt worden ist, dass es keinen Börsengang mit dem Netz gibt. Diesen Beschluss meint Herr Mehdorn mit seiner Äußerung. Entgegen dem Votum Ihrer eigenen Bundestagsfraktion sprechen Sie sich für einen baldigen **Börsengang** aus.

(Zuruf des Abgeordneten Uwe Eichelberg [CDU])

Das ist genau das Gegenteil dessen, was im Verkehrsausschuss des Deutschen Bundestages fraktionsübergreifend beschlossen worden ist.

(Wortmeldung des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Sie unterstützen damit die Position von Mehdorn für eine Privatisierung des Netzes. Anders ist das nicht zu interpretieren. Wenn Sie sich darüber empören, dann fühlen Sie sich getroffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Oppositionsführer, Herrn Abgeordneten Kayenburg, das Wort.

Martin Kayenburg [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Hentschel, das kennen wir von Ihnen schon. Sie bauen einen Popanz auf, hauen drauf und verdrehen so die Wahrheit.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Lars Harms [SSW])

Die Wahrheit ist, dass wir uns für eine **Privatisierung** ausgesprochen haben. Die Wahrheit ist aber auch: Wenn man Ihren Antrag anschaut, dann sieht man, dass Sie zum Beispiel unter Ziffer sechs die Vertriebsstrukturen so fassen wollen, dass den Fahrgästen künftig zum Beispiel optimiert Fahrkarten zur Verfügung gestellt werden sollen. Ich frage Sie: Wie wollen Sie das machen? Das ist rückwärtsgerichtet. Das ist eine Verstaatlichung. Das heißt doch, dass Sie der Bahn, dem Betreiber, die Chance nehmen wollen, das, was wesentliches Merkmal des Wettbewerbs ist, nämlich Fahrkarten zu verkaufen, nicht mehr möglich machen wollen. Das ist ein unmittelbarer Eingriff.

Weiter sagen Sie, Sie wollen Schiene und Netz von dem Betrieb trennen. Da sind wir bei Ihnen. Sie müssen dann aber auch sagen, wie Sie das Minus von 15 %, das bei der Bewertung des Unternehmens, das zurzeit noch ein Gesamtunternehmen ist, herauskommt, zahlen wollen. Hier liegt das Problem. - Sie nicken. Prima, dass Sie das einsehen.

Genau an dieser Stelle müssen wir miteinander ringen, denn der Kollege Eichelberg hat es deutlich gemacht: Wir wollen die Trennung, aber wir müssen die **Trennung** so gestalten, dass sie auch machbar bleibt. Diese Trennung darf nicht den einen Teil, nämlich den Betrieb, in die Situation bringen, dass das Finanzvolumen, das eigentlich hinter dem Betrieb steht, an der Börse nicht mehr untergebracht werden kann. Dann haben wir das Problem, dass wir erneut eingreifen müssen. Vor diesem Hintergrund bitte ich darum, dass Sie uns - wenn Sie uns zitieren - so zitieren, dass

(Martin Kayenburg)

wir gemeinsam und miteinander weiter beraten können. Darauf freue ich mich.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile Herrn Minister Dr. Rohwer das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da offenbar noch Missverständnisse bestehen, will ich einen weiteren Beitrag dazu leisten, um die Legendenbildung nicht weiter entstehen zu lassen. Ich halte es für eine Peinlichkeit sondergleichen, wie desinformiert diese Presseerklärung vom 23. April formuliert worden ist. Herr Kayenburg, sie ist unter Ihrer Beteiligung formuliert worden. Dass Herr Carstensen so etwas macht, kann ich noch nachvollziehen, weil er sich mit diesem Thema hier nicht beschäftigt hat. Wenn Sie aber dabei sind, dann finde ich es bedenklich, in welcher Weise Sie mit dieser Presseerklärung einem wichtigen Verkehrsunternehmen - wohlgemerkt nicht allen - „in den Arsch kriechen". Ich zitiere:

> „Die privatwirtschaftliche Ausrichtung der Bahn mit einem baldigen Börsengang wird von der CDU unterstützt."

An dieser Stelle steht kein Satz über das, was Sie eben gesagt haben. Es steht kein Satz zu dem, was Herr Eichelberg gesagt hat, da. Diese Presseerklärung war wahrscheinlich nicht mit Ihnen abgestimmt. Da müsste stehen, dass wir klipp und klar bei der **Trennung** von **Netz und Betrieb** bleiben.

(Martin Kayenburg [CDU]: Unsere Presseerklärungen machen wir schon selber!)

- Herr Kayenburg, seien Sie doch so ehrlich und sagen Sie hier, dass Sie mit dieser Presseerklärung einen „massiven Bock" geschossen haben!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich finde es nett, dass Sie den Wirtschaftsminister zitieren und sagen: Er provoziert ständig das bundeseigene Unternehmen und fordert gleichzeitig mehr Engagement im Land. Wenn man versucht, mit Herrn Mehdorn auf Augenhöhe zu verhandeln, dann ist das - so glaube ich - wichtig für unser Land. Ich erwarte, dass Sie uns hier unterstützen und für das Land Schleswig-Holstein - und nicht nur für ein Unternehmen - kämpfen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Jetzt kommt der Gipfel. Im nächsten Absatz sagen Sie: Bei den tölpelhaften Privatisierungsbemühungen auf der Schiene wurde bisher ein Millionenschaden angerichtet. Das schreiben Sie, statt darzustellen, dass wir bis zum Jahr 2015 durch unser Wettbewerbskonzept 270 Millionen € für das Land einsparen. Das müssen Sie doch richtigstellen! Das kann so doch nicht im Raum stehen bleiben!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie können so etwas doch nicht mit einer Presseerklärung verkaufen. Wen verkaufen Sie eigentlich für blöd? - Leider sind wenige Leute da. Wer aber soll das glauben?

(Martin Kayenburg [CDU]: Es scheint, dass Sie sich maßlos ärgern!)

Das Einzige, was mir an Ihrer Presseerklärung richtig gefällt, ist, dass Sie von unserer „Rambo-Mentalität" sprechen. Ich glaube, in der Bahnpolitik ist manchmal ein bisschen „Rambo-Mentalität" nötig, weil es darum geht, schleswig-holsteinische Interessen bundesweit zu vertreten. Das sollte man ruhig mit Stärke machen und nicht mit diesem Weichmacher in dem Gespräch, das ich - wie gesagt - für eine Peinlichkeit hoch drei halte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Sache! Die **Bahnreform** war richtig und sie ist richtig. Man kann es gar nicht oft genug sagen: Sie ist eine einzige Erfolgsstory für den **Personennahverkehr**. Leider ist sie es nicht für den Personenfernverkehr und den Güterverkehr. Das ist unser Problem. Warum ist das unser Problem? Es ist unser Problem, weil wir mit der Bahnreform die richtigen Strukturvoraussetzungen für den Nahverkehr, aber nicht für den **Fernverkehr** und den **Güterverkehr** gelegt haben, obwohl wir genau wissen, dass der Güterverkehr das größte Zukunftsproblem ist, wenn wir in Deutschland ernsthaft Verkehrspolitik machen wollen.

Unsere Nahverkehrspolitik war deshalb erfolgreich, weil wir auf **Wettbewerb** gesetzt und damit Qualität erreicht haben und weil wir neue Strecken und Stationen eröffnet haben. Frau Aschmoneit-Lücke, Sie haben vorhin gefragt, was seit 1988 eigentlich erreicht worden sei. Die **Elektrifizierung** haben wir erstmals in Schleswig-Holstein umgesetzt; wohlgemerkt als Bundesmaßnahme mit Landeszuschüssen. Frau Aschmoneit-Lücke, dort, wo wir selbst Möglichkeiten hatten, nämlich bei der **Reaktivierung** von

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

Strecken und bei der Reaktivierung von **Bahnhöfen**, haben wir das mit Landes- beziehungsweise Regionalisierungsmitteln gemacht.

Das ist für mich das beste Beispiel dafür, dass etwas in der Struktur nicht stimmt. Deswegen plädiere ich ja für einen gemeinsamen Strukturantrag. Wir brauchen klare Entscheidungen, wer was klärt. - Da bin ich völlig bei Ihnen, Frau Aschmoneit-Lücke; diesbezüglich haben wir tatsächlich einen sehr schönen Konsens. Dort, wo das Land im **Regionalverkehr** etwas entscheiden konnte, haben wir richtig entschieden. Dort aber, wo eine Vermischung besteht, wo wir auf **Bundeszuschüsse** angewiesen sind, hatten wir Probleme, und dort, wo die Bundesregierung zusammen mit der Bahn ausschließlich über das **Fernnetz** entscheidet, können wir ohnehin direkt nichts machen.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Deswegen bin ich dankbar, dass Frau Aschmoneit-Lücke das noch einmal klipp und klar gesagt hat, wie ich übrigens auch dankbar bin, dass Ihr Abgeordnetenkollege Friedrich auf Bundesebene eine sehr vernünftige Bahnpolitik macht, die sich voll und ganz auf der Linie von Rot-Grün im Parlament befindet - leider nicht auf der Linie des Bundesverkehrsministeriums. Das ist ein Problem für sich. Das ist richtig.

Von der CDU würde ich mir allerdings noch klarere Aussagen wünschen. Herr Eichelberg, das, was Sie hier gesagt haben, war ein bisschen wischi-waschi. Insofern wäre es wichtig, dass Sie im Ausschuss noch einmal ganz klar sagen, ob wir im Kern einen gemeinsamen **Strukturantrag** zustande bringen können, der noch einmal unsere Forderungen formuliert. Wir müssen doch auch sagen, was wir wollen. Unser Antrag muss vor allen Dingen die Strukturpunkte - also die Ziffern 3, 5, 9 und 10 - enthalten, damit wir auf Bundesebene geschlossen auftreten können. Die anderen Forderungen müssen wir natürlich auch aufnehmen. Sonst würde man in Berlin denken, wir wollten jetzt nur Strukturen, hätten aber keine Projekte, und das geht auch nicht.

Ich sage also: Heute geht es nicht um die Frage, welche Projekte wir fordern. Das sage ich auch zu Frau Aschmoneit-Lücke, weil sie den Begriff des Wunschkatalogs erwähnt hat. Das ist, glaube ich, heute gar nicht das Entscheidende.

Die **Prioritäten** sind übrigens auch klar benannt. Es ist keineswegs so, dass wir nicht wüssten, welche Prioritäten wir setzen. Diese haben wir ja auch in unseren Verkehrskonzepten deutlich gemacht. Das Problem besteht vielmehr darin, dass wir im Kern einen **diskriminierungsfreien Zugang** haben müssen, im Nahverkehr sowieso, aber auch im Fernverkehr und im Güterbereich. Dazu brauchen wir die Trennung von Netz und Betrieb. Insoweit freue ich mich über eine offensichtlich weitgehende Einigung. Diese **Trennung** reicht aber nicht. Wir brauchen zugleich - vor Börsengang - eine klare Vereinbarung darüber, dass **Investitionen** in das Bestandsnetz und in das Bedarfsnetz, also in das Ausbaunetz, nicht nach rein wirtschaftlichen Interessen des DB-Konzerns, sondern nach verkehrlichen Anforderungen erfolgen. Das ist das Hauptproblem, das wir lösen müssen, das wir aber allein mit der Trennung noch nicht erreichen. Deswegen brauchen wir zusätzliche Maßnahmen. Diese sind im Antrag auch formuliert. Wenn noch ein erklärender Satz angefügt werden soll, so sind wir schnell dabei. Wichtig ist, dass Sie diese Position bundesweit stützen.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Deswegen stört mich auch der Satz aus Ihrer Presseerklärung, Sie unterstützten den Börsengang. Man kann das ja sagen. Wir können sagen: Grundsätzlich können wir uns einen **Börsengang** ebenfalls vorstellen. Aber man muss die Bedingungen klarer formulieren, Herr Kayenburg. Wir müssen deutlicher sagen, was vor dem Börsengang noch passieren muss.

Herr Hentschel hat netterweise darauf hingewiesen, dass es nicht nur um die Sicherung nachhaltiger Gewinne geht. Das ist natürlich bei einem Börsengang immer wichtig. Aber das Entscheidende ist, dass die angesprochene Trennung vor dem Börsengang vollzogen wird. Denn nachher ist es zu spät. Was wir vorher nicht klären, werden wir nachher nicht mehr lösen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Was ich darunter verstehe, habe ich deutlich gesagt: erstens die Trennung von Netz und Betrieb, zweitens den Netzausbau nach gesamtverkehrlichen und nicht nach anderen Interessen. Der dritte Punkt ist heute ein wenig zu kurz gekommen, aber von Herrn Poppendiecker, Herrn Hentschel und Frau Aschmoneit-Lücke bereits angesprochen worden: Die Verantwortlichkeit für die **Regionalnetze** muss klar von der Verantwortlichkeit für **Fernnetze** getrennt werden. Ich habe im Ausschuss schon einmal darüber berichtet, dass ein Gutachten dargestellt und untermauert hat, dass wir, wenn wir ausgewählte Regionalnetze selbst in Betrieb hätten und bewirtschaften könnten,

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

per saldo Geld sparen würden. - Das sind - jedenfalls für mich - die drei wichtigsten Punkte.

Da ich noch zwei Minuten Zeit habe, zwei weitere Anmerkungen zu dem, was gesagt worden ist! - Das andere können wir dann im Ausschuss besprechen.

Zunächst zur **Bahnverbindung Neumünster-Kaltenkirchen-Norderstedt-Flughafen**. Es ist gesagt worden: Der Minister will nicht so richtig. Darum geht es gar nicht. Ich habe auch im Ausschuss gesagt, dass dies ein interessanter Gedanke ist, weil wir damit Norderstedt und andere Regionen anbinden würden. Sie sollten aber wissen, das das erstens sehr teuer ist - 100 Millionen € plus X -, dass es zweitens kein Bundesnetz ist, sodass wir es zurzeit ausschließlich selbst finanzieren müssten, wobei ich mich frage, wie. Das müssten wir also ändern. Drittens müssten wir auch die verkehrliche Konkurrenz zu der Strecke Hamburg-Elmshorn-Kiel sehen. Ich finde es witzig, dass Herr Carstensen diese Forderung erhoben hat. Das erinnert mich an seine Forderung, einen neuen Großflughafen Kaltenkirchen zu errichten. In dem nächsten Interview, das er drei Tage später gegeben hat, wurde er gefragt: Wollen Sie denn, falls Sie an die Regierung kommen, dieses auch umsetzen? Da hat er geantwortet: Nein, nach der Wahl hätte ich Wichtigeres zu tun als dieses.

(Heiterkeit bei der SPD)

Das wirft ein Licht auf seine Argumentation. So wird es vermutlich auch bei diesem Vorschlag sein.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Frau Aschmoneit-Lücke, ich finde es nett, dass Sie den Wirtschaftsminister wenigstens an einer Stelle lobend erwähnen. Ich würde mich freuen, wenn wir das Gleiche hörten, wenn wir hier über Mittelstandspolitik und andere Themen reden. Denn es gibt bekanntlich keine Alternative zu unserer Politik. Das ist in den Ausschüssen immer deutlich geworden. Ich freue mich, wenn Sie das auch an anderer Stelle so deutlich sagen.

Damit hier keine weiteren falschen Informationen in die Öffentlichkeit gehen, möchte ich noch auf etwas hinweisen. Bei Herrn Eichelberg - das war auch vorhin in Ihrer Rede so, Herr Eichelberg - und bei anderen schimmert immer durch, vergaberechtlich wäre dies vielleicht nicht 100-prozentig gewesen.

(Uwe Eichelberg [CDU]: Das habe ich nie gesagt! - Weitere Zurufe von der CDU)

- Es war missverständlich. Gehen Sie vielleicht noch einmal ans Mikrofon und sagen Sie: Der Wettbewerb in Schleswig-Holstein ist **vergaberechtlich** zu 100 % sauber abgewickelt worden. Dabei gab es keine finanziellen Verluste, sondern es gab Gewinne von insgesamt 270 Millionen €.

(Glocke der Präsidentin)

- Ich bin sofort fertig. - Das wurde alles im Wirtschafts- und im Finanzausschuss abgestimmt. Der Landesrechnungshof war dabei.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW] - Rainer Wiegard [CDU]: Hören Sie doch wenigstens zu!)

Beim **FLEX**, den Sie ebenfalls angesprochen haben, spart das Land per saldo 7 Millionen €. Das ist dargestellt worden. Wenn Sie diesbezüglich von einer Fehlplanung reden, so ist das einfach nicht sauber. Das sollten Sie richtig stellen. Dafür wäre ich Ihnen dankbar.

(Beifall bei der SPD)

Es ist schon richtig, so etwas klarzustellen; denn es könnte den Eindruck erwecken, wir machten eine Wirtschaftspolitik, die nicht sauber zu Ende gedacht ist. Das ist nicht der Fall. Das möchte ich hier einmal deutlich sagen. Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie das auch unterstützten.

Fazit: Dieser Antrag ist eine hervorragende Grundlage. Ich verstehe auch die Debatte so, dass Sie fast alle Punkte im Prinzip mittragen können. Wir sollten einen Antrag formulieren, der geschlossen getragen wird. Sonst werden wir in Berlin und anderswo nicht gehört. Geben Sie sich einen Ruck - ich glaube, Frau Aschmoneit-Lücke ist schon fast dabei -, damit wir hier einen gemeinsamen Antrag zustande bringen. Ich glaube, Herr Harms, auch wir sind uns, von einzelnen Punkten einmal abgesehen, im Kern einig. Ich plädiere sehr stark dafür, dass wir das so machen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag dem Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Nun begrüße ich auf der Tribüne unsere nächsten Besuchergruppen. Das sind Schülerinnen, Schüler

(Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau)

und Lehrkräfte des Gymnasiums Sylt sowie der Hannah-Arendt-Berufsschule in Flensburg. - Herzlich willkommen.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 auf:

Endlagerstätten für radioaktive Abfälle

Große Anfrage der Fraktion der CDU
Drucksache 15/2998

Antwort der Landesregierung
Drucksache 15/3348

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Zur Beantwortung der Großen Anfrage erteile ich der Ministerin für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz, Frau Dr. Trauernicht-Jordan, das Wort.

Dr. Brigitte Trauernicht-Jordan, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich begrüße die Anfrage der CDU-Fraktion zu Endlagerstätten für radioaktive Abfälle sehr, weil mir ihre Beantwortung die Gelegenheit gibt, einmal mehr die Position der Landesregierung zum Thema Kernenergie deutlich zu machen und zu Beginn meiner politischen Tätigkeit in Schleswig-Holstein einige zentrale Aspekte vorab zu betonen.

Erstens. Grundsätzlich müssen wir uns vergegenwärtigen, dass die **Kernenergie** in ihren **Risiken** nicht beherrschbar ist. Das gilt für die Erzeugung ebenso wie für die Entsorgung. Deshalb ist für mich der geordnete **Ausstieg** aus der **Atomenergienutzung** der richtige politische Weg, und ich möchte auch Sie von der Opposition ganz herzlich bitten, Ihre Position dazu zu überprüfen. Denn in der Kernenergiepolitik der nächsten Jahre ist nichts schlimmer als ein Zick-Zack-Kurs.

(Beifall bei der SPD)

Zweitens möchte ich deutlich machen, dass ein Land wie Schleswig-Holstein mit seinen Schätzen an Wind, Wasser und Sonne die Chance zur **ressourcenschonenden**, sozialverträglichen **Energiepolitik** für seine Bürgerinnen und Bürger nutzen muss.

(Jost de Jager [CDU]: Das sind gerade einmal 4 %!)

Deshalb beschreiten wir den Weg einer neuen Energiepolitik und machen den Bürgern und Bürgerinnen damit deutlich, wie die Energiepolitik der Zukunft aussieht, und machen ihnen keine Angst.

Wir mischen bei dem geordneten Ausstieg aus der Kernenergienutzung mit. Wir lassen dabei in unserer Aufmerksamkeit um den Schutz der Bevölkerung und ihre **Sicherheit** nicht nach. Hierzu gehören drei Aspekte.

Erstens. Wir haben auch jetzt noch ein früheres Abschalten alter Kernkraftwerke durchaus im Blick. Ich glaube, es wäre eine Beruhigung für die Bevölkerung in Schleswig-Holstein, wenn wir sagen könnten, ein altes Kernkraftwerk kann vom Netz, unabhängig davon, ob die Restlaufzeit von den anderen beiden übernommen würde. Auch da können wir im Interesse der Bevölkerung Schleswig-Holsteins gemeinsam voranschreiten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Wir müssen mit Verve auf möglichst hohe Sicherheitsstandards bei Interims- und Zwischenlagern drängen, denn diese Problematik ist nicht zu vernachlässigen.

Drittens. Unser Interesse gilt einer zügigen Bearbeitung der Endlagerproblematik. Dies ist Kern der Anfrage, auf die ich im Einzelnen eingehen will.

Eines möchte ich vorweg stellen - dies sage ich mit Blick auf die Opposition -: Wir lassen uns nicht zu einer vorschnellen Lösung treiben. Eine vorschnelle Lösung ist keine Lösung, die nützt niemandem. Deswegen müssen wir uns sehr systematisch vor Augen führen: Was sind die Schritte in der nächsten Zeit, um nach jahrzehntelangem Versäumen der Behandlung dieser Frage jetzt endlich zu einer Antwort zu kommen? - Ich beginne mit einem Bild von Erhard Eppler, das er vor vielen Jahren gezeichnet hat. Er hat gesagt, die Nutzung der Kernkraftenergie ist so etwas wie die Starterlaubnis für ein Flugzeug, für das man noch keine Landebahn gebaut hat. Dies ist tatsächlich so, denn über Jahrzehnte hinweg hat man ein **Atomgesetz** als ausreichend empfunden, das in diesem Zusammenhang nur so genannte Entsorgungsvorsorgenachweise gefordert hat. Die Betreibergesellschaften mussten darin den Verbleib der abgebrannten Brennelemente lediglich für den Zeitraum weniger Jahre darlegen. Es genügte die Planung, abgebrannte Brennelemente in **Zwischenlager** zu verbringen und, wie wir alle wissen, vorübergehend sogar ins Ausland. Wir haben damit nicht nur gute Erfahrungen, sondern wir wissen, dass die **Wiederaufbereitung** zum Teil unter höchst fragwürdigen Bedingungen erfolgt ist.

Milliardenschwere Großprojekte wie ein nukleares Entsorgungszentrum in Gorleben, die Wiederaufbereitungsanlage in Wackersdorf oder der Schnelle Brüter in Kalkar sind Projekte, die in dieser Zeit gescheitert sind, Projekte, die angeblich die Lösung der

(Ministerin Dr. Brigitte Trauernicht-Jordan)

Entsorgungsfrage voranbringen sollten, aber am Ende nur sehr viel Geld und auch wertvolle Zeit gekostet haben und uns keinerlei Gewinn gebracht haben.

Dies ist inzwischen allgemein bekannt, aber ich erwähne es deshalb, weil aus den Fragen der CDU-Fraktion auch Kritik am Zeitplan der Bundesregierung deutlich wird. Diese Kritik halte ich schon für erstaunlich, insbesondere deshalb, weil die bis 1998 verantwortliche CDU-geführte Bundesregierung keinerlei Lösung der Entsorgungsfrage zustande gebracht hat. Die **Betriebsgenehmigungen** für die drei schleswig-holsteinischen Kernkraftwerke sind, wir wissen es alle, unter der Verantwortung der CDU-Landesregierung erteilt worden, und zwar - man muss es so sagen - im Bewusstsein der ungeklärten Entsorgung. Hieran kann es keinen Zweifel geben.

Was ist die Konsequenz? - Die Konsequenz ist, dass sich die Menge des endzulagernden hoch radioaktiven Materials Tag für Tag erhöht. Die jetzige Landesregierung hat deshalb unterstützt, dass die amtierende rot-grüne **Bundesregierung** sehr frühzeitig den „**Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstandorte**" ins Leben gerufen hat, unbestritten ein pluralistisches Gremium von Experten. Was sind nun die Ergebnisse dieser von der Bundesregierung ins Leben gerufenen Arbeitsgruppe? Sie weisen - so unsere Bewertung - einen Weg, wie die **nukleare Endlagerung** in Deutschland sowohl sicherheitstechnisch vertretbar als auch sozial vertretbar geregelt werden kann.

Dieses Ergebnis eines unabhängigen Expertenkreises ist eben auch, dass die **Sozialverträglichkeit**, das Arbeiten an der Akzeptanz der Bevölkerung eine zentrale Voraussetzung ist, um zu einer erfolgreichen Endlagerung zu kommen. Ich erinnere deswegen noch einmal an das nukleare Entsorgungszentrum in Gorleben. Es ist nämlich auch deshalb ein Projekt auf dem Reißbrett geblieben, weil versäumt wurde, der betroffenen Bevölkerung seine Notwendigkeit so zu vermitteln, dass sie damit leben konnte.

Es ist aber nicht nur ein deutsches Problem, sondern ein weltweites Problem. Wir können zurzeit in die USA blicken. Dort ist in Nevada ein Endlagerprojekt ins Auge gefasst, aber auch dort hat man versäumt, die Bevölkerung mitzunehmen, und nimmt dieses Projekt eher gegen ihren Widerstand in Angriff. Auch dort sehen wir, dass es wahrscheinlich nicht zu einem Ergebnis kommen wird. Ich sehe eine weitere Parallele zu der Situation in Deutschland, nämlich die Zustimmung der allermeisten Bundesstaaten in den USA zu diesem Projekt in Nevada scheint damit begründet zu sein, dass niemand anders das Endlager haben will.

Wie sieht das denn bei uns aus? - Die Zweifel an der Eignung des Standortes in **Gorleben** hat die Bundesregierung in einer Anlage zu der Atomkonsensvereinbarung mit den Energieversorgungsunternehmen schriftlich fixiert. Bis heute ist dieser Zweifel nicht ausgeräumt. Die Bundesregierung hat auch deutlich gemacht, dass es sich dabei um Fragestellungen handelt, die durch eine weitere Erkundung des Salzstocks in Gorleben nicht beantwortet werden können. Insofern verwundert es schon sehr, wenn verantwortliche CDU-Politiker, vor allem aus dem süddeutschen Raum, immer wieder die These vertreten, es habe sich bisher nicht herausgestellt, dass Gorleben ungeeignet sei, deshalb müsse zügig weiter erkundet werden. Was die süddeutschen Länder angeht, ist diese Haltung zwar fragwürdig, aber nach dem Sankt-Florians-Prinzip auch nachvollziehbar. Endlagerung ja, aber nicht vor meiner Haustür!

(Zuruf von der SPD: So sind die Bayern!)

Wir hier im Norden wollen aber nicht das Atomklo der Nation sein.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vor diesem Hintergrund halte ich die von diesem unabhängigen Expertenkreis vorgeschlagene weiße Landkarte im Ansatz grundsätzlich für richtig. Dem Auswahlverfahren muss die Gesamtfläche Deutschlands zugrunde gelegt werden. Eine ergebnisoffene Prüfung kann von vornherein nicht gewährleistet werden, wenn nur ein einziger Standort erkundet wird, gegen den es überdies noch Vorbehalte gibt. Dass der jetzige niedersächsische Umweltminister für ein Atommüllendlager in Gorleben und ein Weiteres im Schacht Konrad ist, macht die Lage auch nicht besser.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dies zeigt nämlich nur, dass Rechtssicherheit, Sicherheit und Bevölkerungsinteressen missachtet werden, um die Pro-Atom-Politik der CDU durchzusetzen. Lösungen kommen so nicht zustande.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir in Schleswig-Holstein halten es mit dem Prinzip „Sicherheit vor Schnelligkeit und differenzierte Lösungen für diffizile Probleme". So stellt sich zum Beispiel die Frage, ob es überhaupt gelingen wird, einen Standort zu finden, der den unterschiedlichen Eigenschaften von abgebrannten Brennelementen und radioaktiven Abfällen aus Forschung, Medizin und Industrie gleichermaßen gerecht wird. Im Interesse

(Ministerin Dr. Brigitte Trauernicht-Jordan)

einer sachgerechten Entscheidung hat Schleswig-Holstein deshalb das Bundesumweltministerium im **Länderausschuss für Atomenergiepolitik** nachdrücklich aufgefordert, den Ländern einen Bericht mit einer vergleichenden Darstellung der Vor- und Nachteile eines **Ein-Endlagerstandort-Konzepts** beziehungsweise eines Zwei-Endlagerstandort-Konzepts vorzulegen, diesen mit den Ländern zu diskutieren, die Ergebnisse des Arbeitskreises Endlagerung ergebnisoffen zu sehen und eine fachlich begründete Entscheidung herbeizuführen. Wie Sie wissen, hat sich die Bundesregierung bereits eher ein Ein-Endlagerstandort-Konzept ausgesprochen. Ich denke, hier tut eine Diskussion Not.

Meine Damen und Herren, die schleswig-holsteinische Landesregierung unterstützt die Bemühungen, findet den Weg der Bundesregierung richtig, tut alles in ihrer Macht stehende, damit es zu sichtbaren qualitativen Fortschritten bei der Lösung der nuklearen Entsorgungsfragen kommt. Wir tun dies in Verantwortung für unser Land und ungeachtet der Tatsache, dass wir für die drei Atomkraftwerke in diesem Land keine Verantwortung tragen, aber die Entwicklung verschärft sich und wir wollen zu Lösungen beitragen. Dazu gehört der sensible Umgang mit der Endlagerproblematik, mit der Zwischenlagerproblematik, aber auch, damit nicht Ängste entstehen, die Endwicklung einer zukunftsweisenden Energiepolitik, für die wir hier in Schleswig-Holstein stehen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Trutz Graf Kerssenbrock.

Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Ministerin, es wäre eine Chance zum Neuanfang in der Energiepolitik gewesen. Die haben Sie leider nicht genutzt.

(Beifall bei der CDU)

Sie sind auf den ausgetretenen Faden weitergegangen, die energiepolitisch ins Niemandsland führen. Wir sind energiepolitisch in der Tat völlig unterschiedlicher Auffassung. Wir sind der Auffassung, dass die Kernenergien zu dem notwendigen **Kernenergienmix** weiter ihren Beitrag leisten muss, schon aus Klimaschutzgesichtspunkten.

(Minister Klaus Müller: Quatsch!)

Sonst werden wir der **Klimaschutzproblematik** nicht Herr. Mit Glaubensbekenntnissen, dass Sie gegen die Kernkraft sind, werden Sie das Problem nicht beseitigen können, vor dem Sie energiepolitisch stehen. Wie wollen Sie eigentlich eine Energiepolitik betreiben, die die Klimaschutzproblematik löst?

(Beifall bei der CDU)

Das werden Sie ohne die Kernenergie leider nicht hinkriegen.

Die Debatte um die Endlagerung hat schon in den 70er-Jahren nach dem Ölschock zu Zeiten, als die SPD im Bund mit Helmut Schmidt an der Spitze im Bund regiert hat, eine große Rolle gespielt. Sie ist damals von allen politischen Kräften im Bundestag als entscheidende Voraussetzung für die dauerhafte Beherrschbarkeit und Akzeptanz der Kernenergie angesehen worden. Die Bedeutung war allen eigentlich immer klar. Hier ist die Regierung Kohl unter Töpfer und Merkel schon sehr viel weiter gewesen, weiter als die heutige Bundesregierung. Die hat erst einmal einen Rückschritt gemacht.

Es ist der Präsident des Deutschen Atomforums, Gerd Maichel, gewesen, der in diesen Tagen gesagt hat - das steht in offenem Gegensatz zu dem, was Sie hier verkündet haben, Frau Ministerin -:

> „Die einzige Strategie, die ich zurzeit erkennen kann, heißt Verzögerung. Warum wurde sonst in der Entsorgungspolitik auf Schneckentempo heruntergebremst? Worauf warten wir also?"

(Beifall bei CDU und FDP)

Diese **Bundesregierung** aus Rot-Grün ist es, die die Endlagerfrage mit dem **Atomkonsens** von Juni 2000 auf die lange Bank schieben will. Sie haben das **Moratorium** für **Gorleben** verfügt. Sie haben auf 2030 vertröstet und alles eingestellt. Angeblich wollten Sie mit dem **AkEnd** schon in der Phase II sein. Das sollte alles Ende des Jahres 2004 sein. Darauf werden wir wohl auch vergeblich warten müssen.

Der **Planfeststellungsbeschluss** zum **Schacht Konrad** liegt vor, Frau Ministerin. Er ist ausführungsfähig. Es ist der ehemalige Bundeswirtschaftsminister Müller gewesen, der heute in der Energiepolitik als Vorstandsvorsitzender eines bedeutenden Unternehmens eine nicht unwesentliche Rolle spielt, hat ausdrücklich erklärt: Die Bundesregierung entzieht dem von ihr selbst erwirkten Planfeststellungsbeschluss die Notwendigkeit und erhöht das Prozessrisiko einer Klage gegen diesen Planfeststellungsbeschluss, wenn sie davon keinen Gebrauch macht. Das ist wie bei einer Baugenehmigung, von der Sie auch keinen

(Dr. Trutz Graf Kerssenbrock)

Gebrauch machen. Genau das machen Sie. Sie wollen von diesem Planfeststellungsbeschluss, der vorliegt, nach Prüfung offensichtlich keinen Gebrauch machen.

Frau Ministerin, in der Antwort auf die Große Anfrage belaufen Sie schlichtweg die Unwahrheit. Es gibt keine fachlich begründeten Zweifel an der Eignung des Salzstockes Gorleben. Das ist im Atomkonsens 2000 ausdrücklich erklärt worden. Es steht schriftlich drin, ist nachzulesen, Frau Ministerin.

(Beifall bei der CDU)

Sie können nicht einfach das Gegenteil behaupten. Sie sollten der Bevölkerung nicht Sand in die Augen streuen und sagen, dass es irgendwelche Zweifel gebe. Es gibt bisher keine sachlich begründeten Zweifel. Ich komme noch auf die angeblichen Zweifel zurück.

Die Fixierung der Bundesregierung auf ein einziges Endlager - stattdessen haben Sie nun 12 Zwischenlager eingerichtet - kann aus sicherheitspolitischer Sicht eigentlich nur Kopfschütteln auslösen.

(Claus Ehlers [CDU]: Das kann man nach zwei Tagen auch nicht alles wissen!)

So muss dieses eine **Endlager** möglicherweise noch Jahrzehnte, Jahrhunderte, für schwach wärmeentwickelnde Abfälle offen bleiben und kann nicht verschlossen werden, weil es beispielsweise aus Krankenhäusern immer noch schwach radioaktive Abfälle geben wird. Es kann nicht verschlossen werden, weil Sie an diesem einen Endlager festhalten.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben keine Ahnung von Technik! - Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Obwohl Sie aus der Kernenergie aussteigen wollen, erhöhen Sie das **Risiko**, indem Sie ein solches Endlager immer noch offen halten wollen. Meine Damen und Herren, das ist ein Widerspruch in sich und das ist sicherheitspolitisch überhaupt nicht vertretbar.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist ein technischer Eiertanz! Sie haben keine Ahnung von Atomtechnik!)

Die Bundesregierung hat durch die Einrichtung von Zwischenlagern - - Herr Kollege Matthiessen, Sie dürfen noch reden. Sie kommen noch dran.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da müssen Behälter ausgetauscht werden! Das muss gekühlt werden! Sie haben doch keine Ahnung!)

Die Bundesregierung hat durch die **Einrichtung von Zwischenlagern** die Gefahren für die Bevölkerung eher noch erhöht.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben doch keine Ahnung! - Claus Ehlers [CDU]: Herr Matthiessen steht auf der Lohnliste der Windenergie!)

- Sind Sie so freundlich und bremsen den Kollegen einmal, Frau Präsidentin? Das wäre sehr freundlich.

(Glocke der Präsidentin)

Sie wollen offenbar durch Vertagung der Entscheidungen sich selbst unbequeme Entscheidungen vom Halse halten und die zukünftig Regierenden unter Druck setzen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Das ist eine hinterhältige Strategie, die hier betrieben wird.

(Konrad Nabel [SPD]: Unglaublich!)

Überdies schafft die Bundesregierung **Haushaltsrisiken** für den **Bundeshaushalt**, für den Steuerzahler, wenn die Endlagerstätten Schacht Konrad und Gorleben trotz ihrer geologischen und sonstigen Eignung nicht ausgewählt werden, weil sie dann die von den Betreibern für die Erkundung aufgewandten Summen einschließlich Zinsen zurückzahlen müssen. Wir reden dabei nicht über Peanuts. Inzwischen sind schon über 2 Milliarden €, die zurückgezahlt werden müssen, wenn man davon abstimmt, 2 Milliarden €! Der Bundesrechnungshof hat im November 2003 genau darauf hingewiesen. Darüber müssen Sie auch einmal reden.

Die Kosten für ein künstlich verlängertes Auswahlverfahren einschließlich politischer Akzeptanz können im Übrigen nicht auf die Betreiber umgelegt werden. Herr Coosters, ein Mitarbeiter, der beim Deutschen Atomrechtsforum in Köln mit war, weiß das sehr genau. Das ist verfassungsrechtlich nicht darstellbar. Das werden Sie nicht hinkriegen, selbst wenn Herr Trittin das noch so gern möchte. Der Steuerzahler wird für die Unwilligkeit der Bundesregierung, zu entscheiden, eines Tages bitter zu bezahlen haben, mehr als die 2 Milliarden €, wenn es so weitergehen sollte, wenn wir in der Energiepolitik nicht doch eine Wende hinbekommen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Konrad Nabel [SPD]: Müder Beifall bei der CDU!)

Sie in Land und Bund schaffen dadurch das Risiko, dass eines Tages ganz andere Stätten als Schacht Konrad und Gorleben ausgewählt werden. Darüber

(Dr. Trutz Graf Kerssenbrock)

müssen wir in der Tat einmal reden. Der Kollege Harms freut sich über dieses Thema ja immer so.

Deshalb haben wir in der Großen Anfrage so sorgfältige Anfragen hinsichtlich der geologischen Standorte gestellt. Darauf haben wir von der Landesregierung überhaupt nichts gehört. Die Risiken bestehen besonders für Schleswig-Holstein, meine Damen und Herren. Es reicht nicht, die Ergebnisse des AkEnd als „akzeptable Diskussionsgrundlage" - wörtliches Zitat aus der Antwort auf die Große Anfrage - zu bezeichnen. Sie müssen endlich einmal Ihre Auffassung äußern. Sie werden Ihrer Aufgabe, die Interessen des Landes in dieser Frage zu vertreten, durch Ihre Untätigkeit und die Untätigkeit der Bundesregierung nicht gerecht.

(Beifall bei der CDU)

Im **Atomkonsens** ist den Energieversorgungsunternehmen ausdrücklich zugestanden worden: Es gibt keine sachlich begründeten Anhaltspunkte für die Nichteignung von Gorleben als Endlager. Auch der AkEnd hat bisher keinerlei Substanz für die Nichteignung zu Tage gefördert. Bisher kein Wort dazu. Der einzige Punkt, der neu sein soll, ist die fehlende Akzeptanz der Bevölkerung und der Öffentlichkeit, die dazugekommen sein soll. Frau Ministerin, offen gestanden: Bei jedwedem Anlagenbau brauchen Sie entweder die Akzeptanz der Bevölkerung oder Sie müssen möglicherweise einmal gegen die Bevölkerung entscheiden. Wenn aus Allgemeinwohlinteresse eine Standortentscheidung sein muss, muss sie sein.

(Widerspruch bei der SPD)

Beifall können Sie für solche Standortscheidungen - wo immer Sie sie zu fällen haben - erwarten. Das hat bei Müllverbrennungsanlagen auch der heilige Minister Hydemann schon kennen lernen müssen.

Seitenlang geben Sie die Meinung des AkEnd wieder - auf 16 von 35 Seiten. Haben Sie eigentlich keine eigene Meinung? Ich kann das Ihnen persönlich, Frau Ministerin, nicht anlasten, weil Sie die Antwort nicht geschrieben haben können. Das weiß ich sehr genau. Aber Sie vertreten diese Landesregierung nun einmal.

Sie wollen vor allen Dingen deshalb keine eigene Meinung haben, weil die Herren Trittin und Schröder - mit denen haben Sie ein bisschen mehr zu tun - schon immer gegen Gorleben und Schacht Konrad gekämpft haben und diesen Kampf lieber ihren politischen Nachkommen, wenn Sie eines Tages nicht mehr regieren, überlassen wollen.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die Tatenlosigkeit dieser Bundesregierung schadet nicht nur dem ganzen Land, sondern mittelbar auch ganz besonders Schleswig-Holstein, weil sie die Gefahr erhöht, dass auch Standorte in Schleswig-Holstein ins Blickfeld geraten. Deshalb schaden auch die Ruhe und die Stille dieser Landesregierung bei diesem Thema diesem Land, unserem Land. Wenn wir vermeiden wollen, dass **Standorte** in Schleswig-Holstein in eine Auswahlentscheidung geraten, muss Schleswig-Holstein im Fall der Eignung von Gorleben und Schacht Konrad für die Auswahl der Standorte eintreten. Das erwarten wir von dieser Regierung.

Das ist auch aus übergeordneten Gründen richtig. Dr. Derek Taylor - das ist der Leiter des Bereiches Kernenergie, Abfallwirtschaft und Transport bei der EU-Kommission - hat am 7. Oktober 2003 in einem Vortrag in Köln - Sie bestätigen das Zitat - ausgeführt - mit Genehmigung der Frau Präsidentin zitiere ich wörtlich; ich bin auch gleich fertig; ich sehe, dass gerade die Zeit abläuft -:

> „In der Europäischen Union - wie auch in anderen Regionen der Welt - werden die gefährlichsten und höchststrahlenden Materialien zurzeit in Zwischenlagern aufbewahrt. Eine endgültige Entsorgung steht bisher aus. In der Zwischenzeit wachsen die Mengen dieser Materialien weiter an. Diese Situation muss sich ändern, da sie nicht mehr tragbar ist. Was in der Vergangenheit aus technischen Gründen hinausgezögert worden sein mag, ist mittlerweile zur Entschuldigung dafür geworden, dass kein Fortschritt erzielt wird."

Daraus folgt das Nuklearpaket der **EU**, das von den Mitgliedstaaten klar definierte Programme für die Entsorgung verlangt. Sie dürfen es nicht auf das Jahr 2030 vertagen. Die Ablehnung beispielsweise des **Stilllegungsfonds** durch den Bundesrat, die Sie lauthals beklagen, ist nicht das eigentliche Problem. Die Untätigkeit von Bundes- und Landesregierungen ist ein wirklich großes Problem sicherheitspolitischer Art.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Malerius das Wort.

Wilhelm-Karl Malerius [SPD]:

Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Kerssenbrock, ich erinnere Sie an den 30. März

(Wilhelm-Karl Malerius)

2001. Damals haben Sie als energiepolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion ein atomares Endlager vor der Westküste in der Nordsee vorgeschlagen. Der Kollege Klug, der heute leider nicht hier ist, bezeichnete den Vorschlag als völlig gaga. So kann ich Ihren Beitrag, den Sie eben hier geleistet haben, eigentlich auch nur beurteilen: völlig gaga.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrte Damen und Herren, die Verantwortung für die Einrichtung von **Endlagern für radioaktive Abfälle** liegt wegen der enormen langfristigen Risiken rechtlich wie politisch eindeutig beim Bund und nicht bei den Ländern. Die Entsorgung der radioaktiven Abfälle, deren letzter Schritt die Endlagerung ist, bildet einen Kern des gesellschaftlichen Konfliktes um die Nutzung der Atomenergie. Die Wahrnehmung der Aktivitäten in Deutschland zur Endlagerung radioaktiver Abfälle ist bei vielen Menschen auch von sehr persönlichen Erlebnissen geprägt. Es sind Wege eingeschlagen worden, die gescheitert sind. Es sind Ideen entwickelt und Projekte durchgeführt worden, die nicht nur nukleare Abfälle, sondern auch viele Fragen hinterlassen. Der so genannte **Kernbrennstoffkreislauf** wurde nie realisiert. Der Schnelle Brüter in Kalkar und die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf blieben milliardenschwere Fehlinvestitionen.

Wo stehen wir bei der Endlagerung heute? Das erste Forschungsbergwerk **Asse** droht abzusaufen. Heute muss der Bund jährlich Millionenbeträge für die Stilllegung der Asse ausgeben. **Morsleben**, dem einzigen in Deutschland betriebenen Endlager für schwach- und mittelradioaktive Abfälle, droht das mechanische Versagen von Teilen des Salzstocks. **Schacht Konrad** ist 2002 für nicht wesentlich Wärme entwickelnde Abfälle genehmigt worden. Der Antrag auf Sofortvollzug ist mit Recht zurückgenommen worden. Vor einer gerichtlichen Entscheidung sollen keine Fakten geschaffen werden.

Zwischen der Bundesregierung und den Energieunternehmen ist vereinbart worden, die Erkundung des **Salzstocks Gorleben**, der für die Lagerung hochradioaktiver Abfälle untersucht wurde, bis zu zehn Jahre durch ein Moratorium zu unterbrechen, um grundsätzliche Sicherheitsfragen zu beantworten, zu denen die weitere Erkundung keinen Beitrag leisten kann.

Meine Damen und Herren, mit der 2002 auch im Atomgesetz festgelegten geordneten Beendigung der Nutzung der Kernenergie zur Stromerzeugung wird erstmals seit Beginn des atomaren Zeitalters in der Bundesrepublik die zu entsorgende Menge des radioaktiven Abfalls begrenzt und damit die Entsorgung besser planbar.

(Beifall bei der SPD)

Bis zum geplanten Ende der nuklearen Stromerzeugung fallen in der Bundesrepublik insgesamt 16.000 t abgebrannter **Brennelemente** an. Dazu kommen 300.000 m³ schwach- und mittelradioaktive Abfälle.

(Günter Neugebauer [SPD]: Wenn es nach der CDU ginge, wäre es noch mehr!)

- Das ist nicht abzustreiten, Herr Neugebauer. Dann würden wir daran ersticken.

Die Bundesregierung hat entschieden, dass nach dem inhaltlichen Scheitern des Entsorgungskonzeptes für die Endlagerung aller Arten radioaktiver Abfälle ein einziges Endlager in tiefen geologischen Schichten ausreicht und jeder Betreiber eines Atomkraftwerkes am Kraftwerksstandort Zwischenlagerkapazitäten zu schaffen hat, die nicht zum Zweck der Endlagerung genutzt werden dürfen. Dieses **neue Entsorgungskonzept** wird schrittweise verwirklicht. Wesentliche Elemente sind die Beendigung der Transporte zur ausländischen Wiederaufarbeitung und die Beschränkung der Entsorgung auf die direkte Endlagerung.

In demokratischen Staaten erfordert die Realisierung von Großprojekten eine intensive Beteiligung der Bevölkerung bereits bevor eine formelle Planung beginnt. Seit der **Umweltkonferenz von Rio** wird diesem Gedanken Rechnung getragen. Die Übereinkunft von Aarhus beinhaltet das Recht der Öffentlichkeit auf Zugang zu Informationen sowie die Beteiligung an Entscheidungen im Zusammenhang mit Eingriffen in die Umwelt und damit möglichen Auswirkungen auf die Gesundheit. Viele Länder, die auf der Suche nach Endlagerstandorten sind, haben erklärt, die Öffentlichkeit zu beteiligen.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Es ist klar, Herr Kayenburg, dass Sie das nicht mehr hören mögen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Im Rahmen der neuen Entsorgungspolitik der Bundesregierung ist 1999 der Arbeitskreis „Auswahlverfahren Endlagerstandorte" durch den Bundesumweltminister eingerichtet worden. Es ist darauf geachtet worden, dass ein breites Spektrum der in der Fachwelt zur Endlagerung vertretenen Meinungen und Kenntnisse in ihm vertreten ist. Der Auftrag dieses Arbeitskreises war, ein nachvollziehbares Verfahren für die Suche und die **Auswahl von Standorten**

(Wilhelm-Karl Malerius)

zur Endlagerung aller Arten radioaktiver Abfälle in Deutschland zu entwickeln. Dieses Verfahren soll auf wissenschaftlich fundierten Kriterien beruhen und die Beteiligung der Öffentlichkeit in geeigneter Form vorsehen. Die Vorgehensweisen und Erfahrungen in anderen Ländern - dabei ist der Blick besonders nach Schweden und Finnland gerichtet - waren bei der Erarbeitung zu berücksichtigen.

Als Randbedingungen für die Verfahrensentwicklung wurden folgende Vorgaben genannt. Alle radioaktiven Abfälle sollen in tiefen geologischen Formationen in Deutschland eingelagert werden. Für die Endlagerung aller Arten und Mengen radioaktiver Abfälle reicht ein Endlager aus, das ab 2030 betriebsbereit sein soll. Es war weder die Aufgabe des AkEnd, das Auswahlverfahren durchzuführen, noch war es seine Aufgabe, das zu entwickelnde Verfahren auf die Beurteilung der Eignung der Standorte Gorleben oder Konrad anzuwenden.

Meine Damen und Herren, die Auswahl von Endlagerstandorten ist eine Aufgabe in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung. Deshalb hat der AkEnd die Öffentlichkeit über seine Arbeit informiert. Am 19. September 2002 haben auch die energiepolitischen Sprecher der in diesem Hause vertretenen Parteien mit Vertretern des Arbeitskreises hier in Kiel diskutiert. Herr Kerssenbrock, Sie haben an dieser Diskussion leider nur sehr kurze Zeit teilgenommen.

Der Weg bis zum **betriebsbereiten Endlager** umfasst drei Phasen des Auswahlverfahrens, das sich daran anschließende atomrechtliche Genehmigungsverfahren sowie die Errichtung eines betriebsbereiten Endlagers. Mit der Empfehlung des AkEnd für ein Auswahlverfahren für Endlagerstandorte ist Ende 2002 die Phase I abgeschlossen worden. Die Empfehlung des Arbeitskreises soll in Phase II in einem gesellschaftlichen und politischen Verhandlungsprozess unter Beteiligung der Länder erörtert werden. Darauf aufbauend soll das Auswahlverfahren durch eine politische und rechtliche Festlegung abgeschlossen werden.
Die Ängste und Befürchtungen der Bevölkerung müssen ernst genommen werden. Vorrang der Sicherheit, Beteiligung der Bevölkerung in allen Verfahrensschritten, Einbindung des Endlagers in die Regionalentwicklung und Transparenz des Auswahlverfahrens sind die leitenden Prinzipien in Phase III.

Weltweit gibt es bis heute keine Endlager für abgebrannte Brennelemente aus Kernkraftwerken und für hochradioaktiven Abfall aus der Wiederaufarbeitung. Wir befinden uns in der Frage der Endlagerung radioaktiver Abfälle vor einer entscheidenden Weichenstellung. Alle bekennen sich zumindest verbal zur Verantwortung für eine sichere Entsorgung hochradioaktiver Abfälle. Der eine Weg ist die ausschließliche Verfolgung des Endlagerprojektes Gorleben ohne Berücksichtigung der grundlegenden Kritik an der Auswahl und Umsetzung des Projektes. Bei dem anderen Weg der Öffnung der Standortsuche wird der Versuch gemacht, aus Fehlern der Vergangenheit zu lernen. Bei diesem anderen Weg wird der Stand der internationalen Diskussion nicht nur aus naturwissenschaftlicher, sondern auch aus gesellschaftspolitischer Sicht reflektiert. Vor dem Hintergrund der internationalen Erfahrungen und der selbstverständlichen Grundprinzipien einer demokratischen Gesellschaft sollten wir uns alle für den richtigen Weg, den zweiten Weg entscheiden und diesen Weg unterstützen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Kernkraft birgt zwei große Probleme: erstens das Risiko unkontrollierter radioaktiver Strahlung und zweitens die unbeantwortete Frage: Wohin mit dem atomaren Müll?

Das erste Problem haben wir in deutschen Kernkraftwerken sehr gut im Griff. Das zweite Problem hat noch niemand gelöst. Diese Bundesregierung wird es auch nicht schaffen.

Denn die hierfür entscheidenden Mitglieder der Bundesregierung sind gegen den einzigen Standort, von dem wir bereits wissen, dass er die bisherigen Kriterien für ein mögliches Endlager für atomaren Müll wahrscheinlich erfüllt: Gorleben.

Das eine hierfür entscheidende Mitglied der Bundesregierung ist Jürgen Trittin aus Niedersachsen. Bundesminister für Reaktorsicherheit. Er hat einen großen Teil seiner politischen Laufbahn mit dem Kampf gegen die Kernkraft und besonders gegen ein Endlager in Gorleben verbracht. Solange er am Hebel sitzt, passiert in **Gorleben** gar nichts, völlig unabhängig von wissenschaftlichen Erkenntnissen.

Das zweite, noch entscheidendere Mitglied der Bundesregierung kommt auch aus Niedersachsen und will in seinem Bundesland auch kein atomares Endlager. Schließlich hat der Bundeskanzler es schon als niedersächsischer Ministerpräsident abgelehnt.

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Deshalb ist auch niemand in der Bundesregierung dagegen, dass in Gorleben bis auf weiteres nicht geforscht wird. So einfach kann Politik sein!

Weil die Bundesregierung aber nicht den berechtigten Eindruck verstärken möchte, sie täte nichts, griff sie auf ein bewährtes Mittel zurück: Wenn du nicht mehr weiter weißt, gründe einen Arbeitskreis. Der hat den Auftrag, Deutschland in den nächsten Jahrzehnten nach möglichen Endlagern abzusuchen, mindestens so lange, bis Schröder und Trittin auf keinen Fall mehr verantwortlich gemacht werden, wenn das Endlager doch in Gorleben gebaut werden sollte.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU - Zurufe)

So drückt man sich vor unangenehmen politischen Entscheidungen - und das beherrscht diese Bundesregierung meisterlich.

Sie sehen, beim Thema Endlager spielt die Frage der Endlagerung nicht die Hauptrolle. Politisch am wichtigsten ist es, keine unangenehmen Entscheidungen über kerntechnische Anlagen treffen zu müssen. Denn die Genehmigung solcher Anlagen ist das sicherste Mittel, bei der nächsten Wahl Stimmen zu verlieren - noch vor Subventionskürzungen oder Kürzungen im Sozialbudget.

Deshalb managt unser politisches System die Frage des Endlagers nach dem Prinzip „Management by Pingpong": Das Problem wird so lange hin und her gespielt, bis es sich von selbst löst oder bis man nicht mehr an der Regierung ist. So einfach kann Politik sein!

Wäre es anders, gäbe es wahrscheinlich längst ein Endlager, wenigstens ein vorläufiges.

(Zurufe von der SPD)

Beim atomaren Müll hat das System Pingpong nur einen Nachteil - das ist viel ernster, als Sie sich das offensichtlich vorstellen, liebe Kolleginnen und Kollegen - : Das Problem löst sich nicht von allein, jedenfalls nicht in den nächsten paar zehntausend Legislaturperioden. - Ich finde es erstaunlich, dass Sie darüber lachen, Herr Nabel.

Unabhängig davon, ob man die Kernkraft für eine saubere, beherrschbare Energietechnik mit großen Vorteilen bezüglich der Vermeidung von Treibhausgasen hält oder ob man die Kernenergie für die gefährlichste Technik hält, die die Menschheit bis jetzt erfunden hat - am Problem des **Endlagers** kommt keiner vorbei.

(Beifall)

Bis jetzt hat es auch niemand gelöst. So forscht man in den USA zum Beispiel an einer Symbolsprache, die Archäologen in 250.000 Jahren vermutlich noch entziffern könnten. Denn auch dann sollte niemand ein atomares Endlager einfach öffnen. Es wird immer noch lebensgefährlich sein.

Einige Philosophen sind der Meinung, die einzige Chance, das Wissen um die Orte und die Gefährlichkeit der Endlager über lange Zeiten zu gewährleisten, sei ein Priesterorden, denn religiöse Organisationen haben in der bisherigen Kulturgeschichte der Menschheit die längste Lebensdauer. Diese Kulturgeschichte ist übrigens erst zehntausend Jahre alt und wir brauchen nach derzeitigem Wissensstand ein Konzept für die nächsten paar Hunderttausend Jahre.

(Beifall)

Selbstverständlich kann niemand ausschließen, dass in den nächsten hundert Jahren ein einfaches und sicheres Verfahren für den Umgang mit atomarem Müll gefunden wird. Aber darauf zu hoffen, ist keine überlegene Strategie.

(Günter Neugebauer [SPD]: Sind Sie nun für oder gegen Kernenergie?)

- Hören Sie bitte zu, Herr Neugebauer, dann werden Sie es gleich hören. - Der ältere Moltke wusste für solche strategischen Probleme einen besseren Rat: Von den realistischen Möglichkeiten wähle die nachteiligste und bereite dich darauf vor. Neudeutsch heißt das Worst-case-Szenario.

Bezüglich des atomaren Endlagers ist das Worst-case-Szenario, dass den Wissenschaftlern nichts Besseres einfällt, als den Müll einzuschweißen, tief zu vergraben, die Tür zuzumauern und Warnhinweise an die Tür zu nageln.

Wie viel näher bringt uns die Antwort der Landesregierung der Lösung des Problems? - Gar nicht. War es zu erwarten? - Nein.

Dafür gibt es drei Gründe: erstens die Fragen. Zum Beispiel: Kennt die Landesregierung die einschlägigen Berichte und, wenn ja, was steht da drin?

Eine Regierung, die sich diese Kenntnis nicht spätestens nach Eingang der Großen Anfrage aneignete, wäre mit dem Klammerbeutel gepudert. Dankbarere Fragen als die Aufforderung, offizielle Berichte nachzuerzählen, kann eine Regierung noch nicht einmal von der eigenen Mehrheit verlangen.

(Beifall bei der FDP)

Der zweite Grund, warum die Antwort der Landesregierung uns der Lösung des Problems nicht weiter-

(Christel Aschmoneit-Lücke)

bringt, ist die **Zuständigkeit**. Die Landesregierung ist für die Suche und die Entscheidung über ein Endlager nicht zuständig.

(Beifall der Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD], Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie wird daher den Teufel tun, sich auf irgendetwas festzulegen, was ihr nachteilig ausgelegt werden könnte, besonders, weil die zuständige Bundesregierung das Problem in eine jahrzehntelange politische Warteschleife geschoben hat.

Daraus ergibt sich der dritte Grund: Es gibt für die Landesregierung keinen dringenden politischen Handlungsdruck. Die Entscheidung über ein Endlager ist in den nächsten zehn Jahren nicht zu erwarten. Warum sollte sich die Landesregierung diesen Klotz zehn Monate vor einer schwierigen Landtagswahl ans Bein zu binden?

Nicht, dass ich das alles begrüßen würde, aber ich würde auch keinen Landtagswahlkampf mit der Forderung bestreiten wollen, im eigenen Land ein atomares Endlager aufbauen zu wollen. Während meiner Zeit als Politikerin ist mir bis jetzt nur ein Fall begegnet, wo sich jemand vorstellen konnte, Atommüll möglicherweise in Schleswig-Holstein endgültig zu lagern - unter dem Wattenmeer sollte er verbuddelt werden.

Als Landesregierung würde ich mir diesen Vorschlag eines politischen Konkurrenten sehnlichst als Wahlkampfthema wünschen.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Spieltheoretisch betrachtet müssten die politischen Konkurrenten der Landesregierung genau dieses Thema also tunlichst vermeiden. Ob Große Anfragen dazu der richtige Weg sind - dessen bin ich mir nicht sicher.

Sei es, wie es sei. Auch ich habe selbstverständlich keine Lösung für die Frage des atomaren Endlagers. Ich halte es allerdings für falsch, dass die Bundesregierung die Forschung in Gorleben eingestellt hat. Denn wenn sich Gorleben nicht als endgültiges Lager eignen sollte, so deuten die bisherigen wissenschaftlichen Erkenntnisse doch darauf hin, dass sich **Gorleben** als **Zwischenlager** für mehrere Jahrzehnte eignet und auf jeden Fall besser als die Standortzwischenlager an den Kernkraftwerken.

Angesichts der zu erwartenden Mindestlagerzeit des Mülls sind ein paar Jahrzehnte selbstverständlich nicht viel, aber es ist viel Zeit, um bessere Plätze und/oder technische Verfahren zu suchen und zu finden.

Vielleicht täuschen wir uns mit dem Begriff „Endlager" alle selbst. Denn damit suggerieren wir uns und den Menschen, wir wollten und könnten eine unterirdische Deponie für atomaren Müll bauen die mehrere Hunderttausend Jahre dichthält. Das ist wahrscheinlich eine abwegige Vorstellung. Ich glaube, es ist viel wahrscheinlicher, dass es für die restliche Lagerzeit des atomaren Mülls niemals ein Endlager, sondern immer nur Zwischenlager geben wird.

Vielleicht würde diese Einsicht es ja auch uns Politikerinnen und Politikern einfacher machen, dieses Thema nicht immer nur in die nächste Legislaturperiode zu verschieben, sondern verantwortungsvoller damit umzugehen.

(Beifall bei FDP, SPD und CDU)

Aber selbst dann werden die Niedersachsen Schröder und Trittin während ihrer Regierungszeit keine atomare Müllhalde in Niedersachsen beschließen.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! In den Grundannahmen des Arbeitskreises Endlager - AkEnd - der Bundesregierung wird ein Isolationszeitraum von 1 Million Jahren für erforderlich gehalten. Wie kommt es zu dieser Annahme?

Zunächst möchte ich an dieser Stelle allerdings der Landesregierung und den Mitarbeitern der Verwaltung für den sauber abgearbeiteten Bericht in Beantwortung der Großen Anfrage danken. Er ist gut lesbar, enthält alle wichtigen Informationen und unterstreicht einmal mehr das hohe Niveau der Reaktoraufsicht hier in Schleswig-Holstein. Ich empfehle allen Kolleginnen und Kollegen, sich diesen Bericht einmal zu Gemüte zu führen. Der Bericht führt uns sehr deutlich vor Augen, was wir mit dem Atomprogramm angerichtet haben. Darum sollten ihn alle lesen. Er ist auch öffentlich zugänglich.

Ein **Isolationszeitraum** von 1 Million Jahren - wie kommt es zu dieser Annahme? Das hat im Wesentlichen physikalische Gründe. Plutonium kommt in der Natur nur in sehr geringen Mengen in Uranerzen vor. Das silberweiße Metall gehört zu den Transuranen

(Detlef Matthiessen)

und damit zu den giftigsten Stoffen, die die Welt kennt. Durch den radioaktiven Prozess in Atomkraftwerken entsteht Plutonium, das, wie gesagt, natürlicherweise nicht vorkommt. Wenn wir von Kernbrennstoffen reden, handelt es sich um das Isotop 239. Es kann auch zur Herstellung von Atombomben verwendet werden. Das Plutonium-Isotop 239 ist ein Alphastrahler und hat eine Halbwertzeit von 24.360 Jahren. Es wird in sehr großen Mengen beim Atomprozess in den AKWs erzeugt. Mit den bereits erzeugten und in Zukunft noch hinzukommenden Mengen lässt sich die Menschheit vielfach ausrotten.

Nicht ohne Grund wurde dieser 1941 entdeckte Stoff nach dem griechischen Gott Pluton benannt. Das ist der Gott der Unterwelt!

Aus der sehr langen Verfallszeit ergibt sich der sehr lange Zeitraum zur Isolation aus der Biosphäre. Es kann sein, meine Damen und Herren, dass ein so genannter sicherer Einschluss und damit verbunden eine **Endlagerung** technisch einigermaßen machbar ist. Das Material bleibt allerdings zugänglich und muss auch zugänglich bleiben. Der radioaktive Abfall muss gekühlt werden. Die Behältnisse, in denen er aufbewahrt wird, müssen technisch ertüchtigt werden. Durch Revision muss das Lager periodisch geprüft werden. Dieses Lager wird zu bewachen und zu kontrollieren sein. Gleichzeitig müssen die Gesellschaft und der Staat der Zukunft, die gezwungen sind, diese Hinterlassenschaft von zwei oder drei Generationen auf ewige Zeiten zu bewachen und zu kontrollieren, politisch stabil sein.

Ich sprach von zwei bis drei Generationen Nutzungsdauer von Atomstrom. Unsere jungen Zuhörer dort auf der Zuschauertribüne werden in der Mitte ihres Lebens keinen Atomstrom mehr beziehen; er wird bis dahin konsumiert sein. Außerdem reicht das Uran als energiepolitische Lösung mit einer Reichweite von 40 Jahren auch nicht weiter als die endlichen anderen fossilen Energieträger; 40 Jahre auf jetzigem Verbrauchsniveau, das 6 % des Stromverbrauchs weltweit abdeckt.

Ich sagte, die Gesellschaft der Zukunft, die die Verantwortung für die Endlagerung übernehmen muss - nicht freiwillig übernimmt, sondern übernehmen muss -, muss politisch stabil sein. Dies ist für mich nicht vorstellbar für einen Zeitraum von 1 Million Jahren, auch nicht für einen Zeitraum von 100.000 Jahren, nicht für einen Zeitraum von 10.000 Jahren und nicht für einen Zeitraum von 1.000 Jahren. Es ist keine 60 Jahre her, dass unser Land eine Diktatur des Nazi-Regimes durchlitten hat. Hitler hat intensiv versucht, mit einer Wunderwaffe doch noch den Endsieg zu schaffen. Präsident Putin redet in diesen Tagen davon, dass Russland neue Atomwaffen braucht, um nicht erpressbar zu werden. In Hamburg ist plötzlich ein durchgeknallter Amtsrichter mit 18 % gewählt worden, glücklicherweise inzwischen wieder abgewählt worden. In Amerika fühlt sich der Präsident von Gott beauftragt, in den Irak einzumarschieren. Das alles in unserer Zeit, die wir überschauen können.

Das Atomprogramm zur so genannten friedlichen Nutzung der Kernenergie ist einer der größten Fehler, der jemals in der Menschheitsgeschichte gemacht wurde. Man hat neben dem hohen Risiko **atomarer Unfälle** vor allem das Problem der Endlagerung schlicht ignoriert. So reicht bereits zur Erlangung der Betriebserlaubnis für ein Atomkraftwerk der Nachweis der so genannten Entsorgungsvorsorge für sechs Jahre. Die Ministerin hat es bereits ausgeführt. Hinter dieser Regelung stand die Erwartung, dass sich das Endlagerproblem in kurzer Zeit lösen werde.

Wir reden heute von Entsorgung, etwa beim Abfallwirtschaftsplan und zum Beispiel auch bei radioaktiven Abfällen. Wissen Sie, wie dieser Begriff „Entsorgung" entstanden ist? Er entstand Anfang der 80er-Jahre. Im Konflikt um das Erkundungsprojekt Gorleben war von einem Lager für radioaktive Abfälle die Rede. Die Anti-AKW-Bewegung redete schlicht vom „Atomklo der Republik". In dieser hoch konfliktreichen politischen Situation beauftragte die Atomindustrie eine Werbeagentur, und es wurde der Begriff „Entsorgungspark" kreiert. So weit zu Worten.

Zu dem Inhalt des Berichtes der Landesregierung möchte ich so viel sagen: Die Arbeit des AkEnd ist vernünftig. Es arbeiten dort ja auch lauter Fachleute: Geologen, Physiker, Verwaltungsleute, Gesellschaftswissenschaftler. Die Arbeit wird sehr transparent durchgeführt. Die bisher vorliegenden Ergebnisse sind in der Sache nachvollziehbar. Es geht um geologische Voraussetzungen und Grundlagen der Umsetzung. Die Erkundung, Planung, Feststellung und Errichtung sollten ohne zeitlichen Vollzug angegangen werden. Insofern teilt meine Fraktion die Stellungnahme der Landesregierung hierzu in allen Punkten.

Es zieht sich wie ein roter Faden durch die Große Anfrage - Frau Aschmoneit-Lücke hat ja schon darauf hingewiesen -: Immer wieder ist von **Zuständigkeiten** die Rede. Zuständig ist der **Bund**, während der Fragesteller eigentlich gern die Landesregierung vorführen möchte. Ich sage nochmals: Die Reaktorsicherheit in Schleswig-Holstein arbeitet vorbildlich und auf dem denkbar höchsten fachlichen Niveau.

(Detlef Matthiessen)

In Ihren beeindruckenden Ausführungen, Frau Aschmoneit-Lücke, haben Sie festgestellt: Die Endlagerung hat bisher niemand gelöst. Deshalb - das ist jetzt meine Schlussfolgerung - befürwortet die FDP die Kernenergie. Ich frage mich, in welchem absurden Theater wir uns hier eigentlich befinden.

(Zurufe von der FDP)

Eine Lösung des Problems ist zurzeit weltweit nicht vorhanden. Dennoch befürworten wir alle kräftig die Atomindustrie. Das ist doch ein logischer Gegensatz, wie er offensichtlicher nicht sein kann, meine Damen und Herren!

(Zurufe von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, ich kenne noch Bücher von dem ZDF-Magazin-Moderator mit einer Überschrift wie „Mit dem Atom werden wir leben". In den 50er- und 60er-Jahren gab es eine Euphorie. Man wollte Kartoffeln keimfrei machen. Man wollte sogar Stromzähler abschaffen, weil man die Illusion hatte, Strom werde in Zukunft so billig und so reichlich vorhanden sein, dass man nur noch eine Grundgebühr nehmen muss und auf Zähler verzichten könne.

Unter dem Eindruck auch des Zweiten Weltkrieges, wo wir ja die Hiroshima- und Nagasaki-Ereignisse mit den Atombomben hatten, war es natürlich für die Menschheit verlockend, diese Erfindung, die dann zur Atombombe führte, auch friedlich nutzen zu können.

(Zuruf von der CDU: Was ist denn die Alternative? Sagen Sie uns das mal!)

- Alternativen gibt es jede Menge. - Nun hat man im Laufe der langen Diskussion - die Debatte heute zeigt es überdeutlich - erkannt, dass dies ein Irrweg ist. Wenn daran immer noch festgehalten wird, kann man nur sagen: Atomideologe Kerssenbrock.

Genauso utopisch wie die Annahme, man könne über sehr lange Zeiträume von politisch stabilen Verhältnissen ausgehen, ist mein Vorschlag zur Lösung des Problems. Er lautet: Wir ändern die Verfassung. In einem Bundesland erhält die CDU das Recht auf ewige Zeiten regieren zu dürfen, ohne sich ständig lästigen Wahlen aussetzen zu müssen. In diesem Bundesland wird das Endlager für radioaktive Abfälle gebaut. In diesem Bundesland werden alle Atomkraftwerke, Anreicherungsanlagen, Zwischenlager, Interimsanlagen, Konditionierungsanlagen, Kastoren und so weiter aus der ganzen Republik konzentriert.

(Glocke des Präsidenten)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Matthiessen, kommen Sie bitte zum Schluss.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Dann sollen diese Atomenthusiasten dort glücklich werden.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN], Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Friedrich-Carl Wodarz [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Beantwortung der Großen Anfrage geht sehr umfassend auf die Arbeit des „Arbeitskreises Auswahlverfahren Endlagerstätten" ein. Bevor ich aber auf einzelne Ergebnisse und Zielsetzungen, die sich aus der Arbeit dieser Arbeitsgruppe ergeben haben, eingehe, möchte ich vorweg eine politische Aussage treffen. Die fehlte ja bisher. Es ist ersichtlich, dass die Endlagerung von atomaren Hinterlassenschaften eine der größten und schwierigsten Aufgaben im Bereich der **Abfallentsorgung** ist. Es müssen lebensgefährliche Stoffe entsorgt werden, die laut Antwort auf die Große Anfrage über eine Million Jahre isoliert eingelagert werden müssen. Das ist ein unglaublicher Zeitraum, der für einen normalen Menschen in keinster Weise überschaubar ist. Neben den bisher nur betrachteten Problemen mit einem „normalen" Atomunfall, müssen wir neuerdings mit **terroristischen Angriffen** rechnen. Das, was früher undenkbar war, ist heute nicht mehr so abwegig, als dass man es völlig außer Acht lassen könnte. Somit ist die **Endlagerung** von radioaktiven Abfällen nicht die Lösung unseres Atomproblems, sondern nur die Fortsetzung. Politisch lässt sich feststellen, dass der Einstieg in die Kernenergie eine der größten - vielleicht sogar die größte -politischen Fehlentscheidungen in der Geschichte der Bundesrepublik war. Diese Fehlentscheidung müssen Tausende und Zehntausende von Generationen ausbaden.

Dies wird auch deutlich, wenn man sich ansieht, was in der Abwägung zwischen der dauerhaften Endlagerung und einer möglichen längerfristigen Zwischenlagerung eine Rolle gespielt hat. Für eine endgültige

(Lars Harms)

Endlagerung spricht unter anderem, dass eine längerfristige Prognose der gesellschaftlichen Entwicklung nicht möglich ist. Das heißt, man weiß nicht, wer in fünfzig oder hundert Jahren regiert und wie dann mit dem Atommüll umgegangen wird. Deshalb ist es besser, jetzt vollendete Tatsachen zu schaffen - wird gesagt. Von der Aussage her ist dies natürlich richtig, aber man bekommt schon einen gewaltigen Kloß im Hals, wenn man sich solche Überlegungen vergegenwärtigt. Vor diesem Hintergrund bekommt die Aussage, dass wir hier auf Kosten kommender Generationen leben, eine noch viel umfassendere Aussagekraft.

Gleichwohl müssen wir uns jetzt dem Problem der Atommüllentsorgung stellen und wir haben eigentlich auch nur wenig Zeit, diesem Problem Herr zu werden. Rein formell ist das vorgeschlagene Auswahlverfahren sicherlich in Ordnung und auch transparent. Aber trotzdem hat es natürlich einen faden Beigeschmack, denn man weiß natürlich genau, dass es irgendwann eine Region treffen wird. Und die Sorgen der Menschen sind natürlich größer als die Chancen, die für die Entwicklung einer Region suggeriert werden.

Es ist aller Ehren wert, wenn versucht wird, mögliche Entwicklungspotentiale für die Regionen, die für ein **Endlager** ausgewählt werden könnten, zu ermitteln und dann entsprechende Förderangebote zu machen. Aber wenn es zu einer Entscheidung kommt und die Bürgerinnen und Bürger vor Ort an den Standorten nach ihren Voten zur Errichtung eines Endlagers am jeweiligen Standort gefragt werden, wird das Ergebnis natürlich eine breite Front der Ablehnung sein. Trotzdem werden wir um ein Endlager nicht herum kommen und deshalb bleibt es ja auch dem Deutschen Bundestag vorbehalten, eine Standortentscheidung zu treffen. Die Frage, die sich stellt ist, ob eine Bürgerbeteiligung in Form einer Abstimmung wirklich Sinn macht, wenn dann trotzdem über dieses Votum hinweggegangen werden kann.

Es ist aber auch erstaunlich, was an möglichen Chancen für eine Region mit Endlager angedacht wird. Nachvollziehbar ist sicherlich, dass dauerhaft - über eine Million Jahre - Arbeitsplätze im technischen Bereich entstehen, schließlich muss das Endlager ja betrieben werden. Auch Arbeitsplätze in der Wissenschaft lassen sich denken. Aber dass sich ein verstärkter Tourismus entwickeln könnte, ist nun wirklich sehr gewagt. Möglicherweise denkt man da an eine Art Gruseltourismus, der in Endzeitstimmung das Ende der Welt beschwört, wenn im Endlager einmal etwas passiert. Man kann nicht allen Ernstes meinen, dass ein Atommüllendlager positive Effekte für den Tourismus haben wird. Im Gegenteil, die Region, in der das Endlager gebaut wird, ist touristisch tot und muss damit rechnen, dass das negative Atomimage sich auch auf die allgemeine wirtschaftliche Entwicklung der Region durchschlägt.

(Veronika Kolb [FDP]: Das ist bei einer „Verspargelung" einer Region auch so!)

Wer investiert schon in einer Region mit einem Atommüllendlager? Ich glaube, man sollte mit den Menschen etwas ehrlicher umgehen und die Chancen auf das reduzieren, was wirklich möglich ist. Das ist alles das, was in direktem Zusammenhang mit dem Endlager steht.

Ziel ist es, bis zum Jahr 2030 ein betriebsbereites Endlager zu haben.

Vergleicht man dieses **Ziel** mit den ursprünglichen Vorgaben, die die **EU-Kommission** seinerzeit machen wollte, so muss man feststellen, dass hier die nationale Politik bremst. Die Kommission wollte schon 2018 **betriebsfähige Endlager** haben und so übermäßig viele Zwischenlager vermeiden. Dieser Sichtweise konnte man sich leider nicht anschließen. Ähnliches gilt auch für die so genannten Stilllegungsfonds. Es sollten Fonds gebildet werden, in denen Finanzmittel für die zukünftige Stilllegung von Atomkraftwerken angesammelt werden. Das hätte sicherlich manchen nationalen Ausstieg beschleunigt oder auch erst als energiewirtschaftliche Alternative möglich gemacht, denn mit der zurückgelegten Geldmenge hätte sich sicherlich auch die Bereitschaft zum Ausstieg erhöht. Auch diese Initiative ist an nationalen Egoismen gescheitert und selbst der Deutsche Bundesrat hat diese sinnvolle Maßnahme blockiert.

Wirklich schlimm in diesem Zusammenhang ist aber, dass hierdurch keine Rücklagen für den Abbau der alten osteuropäischen Atommeiler gebildet werden und somit die Gefahren, die mit diesen Atomkraftwerken verbunden sind, auch langfristig nicht gebannt werden. Im Gegenteil! Diese ehemals staatlichen Altanlagen haben so einen Wettbewerbsvorteil gegenüber den Anlagen in den Ländern, die einen Atomausstieg mit entsprechenden kostenpflichtigen Maßnahmen beschlossen haben. Dieser Wettbewerbsvorteil bezieht sich nicht nur auf den Vergleich zwischen den Atomanlagen untereinander, sondern der Atomstrom aus Osteuropa genießt so zudem auch noch einen Wettbewerbsvorteil gegenüber dem Strom aus **erneuerbaren Energien**. Damit hat die ideologiegesteuerte Politik im Bundesrat gerade der heimischen Wirtschaft, gerade auch in Schleswig-Holstein, geschadet. Das ist für mich ein riesiges Ärgernis.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Lars Harms)

Es bleibt aber zumindest festzuhalten, dass die europäische Politik hier fortschrittlicher gedacht hat als die nationale Politik und dass man dort erkannt hat, dass wir eben nicht ewig Zeit haben, sondern durchaus schnell und zielgerichtet zu Lösungen kommen müssen.

In Deutschland werden wir nun aber den **Atomkompromiss** über mehrere Jahrzehnte abarbeiten. Dabei werden unsere schleswig-holsteinischen Atomkraftwerke 40 Jahre lang **Zwischenlager** betreiben, bevor auch der letzte Atommüll ins Endlager überführt wird. Zwischen Betriebsfähigkeit des Endlagers im Jahr 2030 und dem Ablauf der Genehmigungen für unsere Zwischenlager - rund 15 Jahre später - liegt sicherlich genügend Zeit für die Abwicklung der Zwischenlager. Wäre man aber der EU-Kommission gefolgt, wäre manches Zwischenlager bei uns nicht nötig gewesen und wir hätten ein Mehr an Sicherheit auch gerade für die osteuropäischen Atomkraftwerke erreichen können.

Trotzdem gibt es aber auch Positives zu berichten. Wir sehen es positiv, dass bei der Frage der Endlagerung von Atommüll und der Ermittlung von Standorten für die Endlagerung dieses Atommülls das Verursacherprinzip greifen soll. Das heißt, dass die Energieunternehmen vornehmlich die Kosten tragen müssen. Beim Atommüll selber, sagt schon der Atomkompromiss aus, dass diese Kosten - wie bei anderen Abfällen auch - von den Verursachern getragen werden sollen. Dies steht übrigens auch in Übereinstimmung mit der geltenden Rechtslage. Bei der Frage der Finanzierung der Kosten für die Auswahl von Endlagerstätten ist das Atomgesetz noch nicht so deutlich. Daher soll das Atomgesetz jetzt entsprechend angepasst werden, was der SSW ausdrücklich begrüßt.

Was bleibt nun aber festzuhalten? - Zum einen kann man sicherlich sagen, dass der „Arbeitskreis Auswahlverfahren Endlagerstätten" das geleistet hat, was er leisten konnte. Er hat im Großen und Ganzen nachvollziehbare Kriterien für die Bewertung von Standorten für ein Endlager festgelegt und hat dies auf Basis von wissenschaftlichen Erkenntnissen getan. An einzelnen Punkten kann man immer Kritik üben, aber grundsätzlich ist der Weg, den man gegangen ist, der richtige Weg.

Zweitens kann man nicht von der Hand weisen, dass eine wie auch immer geartete Entscheidung für ein Endlager die Menschen in der jeweiligen Region besonders hart treffen wird. Allerdings gibt es auch keine Alternative zu einem Endlager. Hier müssen wir leider für Fehler der Vergangenheit einstehen.

Drittens wird es so sein, dass die **Verursacher** der Kosten der Atomenergie hierfür zu zahlen haben. Das heißt, hier entstehen Kosten über riesige Zeiträume, die man nur kompensieren kann, indem man rechtzeitig in neue zukunftsträchtige und saubere Energieformen investiert, weil man dann wieder einen Vorsprung vor anderen hat.

Aber letztlich muss uns allen klar sein, dass die Entscheidung für die Kernenergie eine fatale Fehlentscheidung war, die uns so in dieser Form nicht wieder passieren darf.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deshalb, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist es umso wichtiger, wesentlich mehr in die Erforschung und die wirtschaftliche Erschließung von **erneuerbaren Energien** zu stecken als bisher. Dies sind keine ungerechtfertigten Subventionen, sondern Investitionen in die Zukunft, ohne zukünftige Generationen zu belasten und das ist zukunftsfähige Politik.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Malerius das Wort.

Wilhelm-Karl Malerius [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Aschmoneit-Lücke, Sie wissen, dass ich Sie sehr schätze, und ich möchte mich für Ihre sehr gute und differenzierte Rede bedanken. Wir liegen gar nicht so weit auseinander.

(Beifall bei SPD und FDP)

Allerdings kann ich Ihnen in zwei oder drei Punkten nicht zustimmen.

Der AkEnd ist 1999 von der rot-grünen Regierung eingerichtet worden. Der AkEnd und die daraus resultierenden Vorschläge sind europaweit beachtet worden und werden auch weiterhin beachtet. Schweden und Finnland handelten entsprechend. Die Spanier und die Franzosen werden im Jahre 2006 auch eine parlamentarische Entscheidung treffen und haben schon angedeutet, dass das Verfahren des AkEnd der richtige Weg sei.

Sie können nicht sagen, dass es Schröder oder Trittin will. Es muss vielmehr vor allen Dingen mit den Ländern gut beraten werden; das ist der entscheidende Punkt. Das hat nichts mit Gorleben zu tun.

(Wilhelm-Karl Malerius)

Sie wissen auch, dass das **Moratorium Gorleben** in dieser Frage drei bis zehn Jahre Unterbrechung vorsieht. Sie wissen auch, dass die Gasentwicklung und die chemischen Prozesse sowie die Eignung von Salz im Vergleich mit anderen Wirtsgesteinen untersucht werden müssen, um eine endgültige Sicherheit gewährleisten zu können.

Deswegen kann ich, Frau Aschmoneit-Lücke und Herr Harms, nur sagen: Wir müssen über die Grenze schauen. - Sie gucken doch sonst immer gen Norden. Warum tun Sie es jetzt nicht?

Wir sollten nach Schweden schauen und mit Schweden Kontakt im AkEnd aufnehmen, um mit **Schweden** eine Diskussion zu führen und weiter voranzukommen. Das ist mein Vorschlag, um zu erfahren, was überhaupt los ist.

Und wir sollten, Frau Aschmoneit-Lücke, diese Bundesregierung beim AkEnd-Verfahren unterstützen, um die Bevölkerung umfassend zu informieren. In Schweden sind zwei Regionen für ein Endlager ausgewählt worden und dort wird das AkEnd-Verfahren durchgeführt. Die Oberflächenuntersuchung findet zurzeit statt. Dort wird das Verfahren in Ruhe durchgeführt und das sollten wir hier genauso praktizieren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag erteile ich der Frau Abgeordneten Aschmoneit-Lücke das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Malerius, ich habe nichts dagegen, dass weitere wissenschaftliche Forschungen in Gang gesetzt werden. Ich habe allerdings etwas dagegen, dass dies mit dem Ziel gemacht wird, keine Entscheidung treffen zu müssen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn man weitere Forschungen anstellt, muss das Ziel darin bestehen, aufgrund dieser weiteren Erforschung so schnell wie möglich die notwendigen Entscheidungen zu treffen. Ich glaube, das habe ich in meinem Beitrag sehr deutlich zum Ausdruck gebracht.

Herr Kollege Matthiessen, Sie haben der FDP vorgeworfen, wir seien für die Kernkraft. Frau Ministerin Trauernicht, Sie haben gesagt, Sie hätten meine Haltung dazu nicht richtig verstanden. Wir sprechen heute nicht über das Für und Wider der Kernenergie. Wir sprechen heute über die Große Anfrage des Kollegen Graf Kerssenbrock zum Thema atomares Endlager. Darauf habe ich mich in meinem Beitrag strikt bezogen.

Im Übrigen halte ich die Diskussion, die von manchen nach wie vor geführt wird, ob nun **Kernenergie** in Deutschland notwendig sei oder nicht, für eine absolute Geisterdebatte.

(Beifall bei der FDP)

Wir wissen doch alle, dass in Deutschland kein Mensch auch nur im Entferntesten daran denkt, in den nächsten 30 Jahren ein Kernkraftwerk zu bauen. Warum sollte das auch passieren? - Dafür gibt es in der Bevölkerung keine Akzeptanz. Es besteht keine Notwendigkeit. Wir versuchen, und zwar gemeinsam, andere Energieformen zu finden. Also, diese Debatte will ich an dieser Stelle nicht wieder eröffnen.

(Beifall bei der FDP)

Sie hat zurzeit keine Relevanz.

Im Übrigen, meine Damen und Herren, lassen Sie uns Folgendes kurz festhalten: Es ist eine SPD-geführte Bundesregierung gewesen, die die Entscheidung für die Kernkraft in Deutschland getroffen hat.

(Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU]: Gemeinsam mit der FDP!)

- Natürlich, die FDP war beteiligt. Deshalb habe ich auch „SPD-geführte Bundesregierung" gesagt.

Wir standen damals dazu. Es ist 30 Jahre später immer leicht, zu sagen, die damaligen Entscheidungen seien falsch gewesen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich möchte nur nicht, dass die jetzige Opposition an den Pranger gestellt und gesagt wird: Ihr habt damals die falsche Entscheidung getroffen. - Eine große politische Mehrheit hat damals die Entscheidung getroffen und gesagt: Die Kernenergie ist das, was wir in Deutschland brauchen. - Ich glaube, diese Zeit ist vorbei.

Meine Damen und Herren, um noch einmal auf das eigentliche Thema dieser Debatte zu kommen. Ob wir es wollen oder nicht: Es fällt Tag für Tag weiterer **Atommüll** an und deswegen muss eine Entscheidung dahin gehend fallen, wo und wann wir endlich so weit sein werden, ein wie auch immer geartetes **Endlager** oder vorläufiges Endlager zu bauen.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich komme zum Schluss.

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Diese Entscheidung muss kommen, weil wir keine Zeit mehr haben. Dieser Atommülle fällt jeden Tag an.

(Beifall bei FDP und CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Graf Kerssenbrock das Wort.

Dr. Trutz Graf Kerssenbrock [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Malerius, Sie verstehen meine Erklärung von 2000 immer noch falsch; das nehme ich Ihnen nicht übel. Ich meine, ich habe mich heute präzise ausgedrückt.

Zweitens. Der Unterschied zu den **skandinavischen Ländern**, die jetzt eine AkEnd-Suche, veranstalten besteht darin, dass Deutschland bei der Endlagersuche schon sehr viel weiter war. Die **Endlagersuche** ist politisch willkürlich angehalten worden.

(Wilhelm-Karl Malerius [SPD]: Irrtum!)

Es wird kein einziges Problem durch das Anhalten dieser Suche oder die Verfügung dieses Moratoriums gelöst beziehungsweise anders gelöst. Dieselben Probleme, die es gegeben hätte, wird es auch weiterhin geben.

Das eigentliche Problem - ich habe sachlich nüchtern versucht, es verdeutlicht zu haben - ist Folgendes: Wenn diese Debatte noch lange stillsteht, wächst der Problemdruck; darin sind wir uns einig.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [FDP])

Unter einem wachsenden Problemdruck gestaltet sich eine Standortdiskussion aber schwieriger. Dann wird es möglicherweise auch für andere Standorte schwieriger und ein Anliegen der Großen Anfrage bestand genau darin, auf diese Problematik hinzuweisen. Da Gorleben geeignet ist - und kein Mensch kann ernsthafte substanzielle Einwände dagegen geltend machen -, muss sich die Politik zwecks Vermeidung weiterer Probleme - unter anderem für Schleswig-Holstein - sinnvollerweise für **Gorleben** entscheiden und dafür einsetzen, dass die Erkundungsarbeiten fortgesetzt werden.

Meine Damen und Herren, zur Zukunft der Kernenergie und energiepolitischen Landschaft! Ich bin mir nicht sicher, Frau Aschmoneit-Lücke, ob man nicht noch in Jahrzehnten über die Kernenergie reden wird. Ich meine, dass sich diese Diskussion unter dem Druck der ungelösten und unlösbaren Klimaschutzproblematik ohne die Kernenergie in einigen Jahren anders stellen wird. Da werden auch Sie, meine Damen und Herren von den Grünen, möglicherweise mit dabei sein, weil auch Sie wollen, dass wir ein Industrieland bleiben.

(Beifall bei der CDU - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So ein Blödsinn!)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Aschmoneit-Lücke, der Vortrag von Herrn Kerssenbrock hat eben - so glaube ich - die Frage erläutert, ob wir es nicht doch mit Gedanken zu tun haben, einen Wiedereinstieg in das Atomprogramm zu machen. Sie sagten, daran denke keiner. Es ist richtig, es gibt zurzeit keine Planungen und keine Anträge dazu.

Ich habe den Endbericht der **Enquetekommission** „Nachhaltige Energieversorgung unter den Bedingungen der Globalisierung und der Liberalisierung" des Deutschen Bundestages mitgebracht. Er trägt das Datum vom 7. Juli 2002. Das ist noch nicht so lange her. Hier haben sich alle Parteien vernünftigerweise darauf geeinigt, eine starke **CO_2-Reduktion** durch eine geänderte Energiepolitik zu organisierten. So weit so gut. Es gibt aber ein Minderheitsvotum von FDP und CDU, in dem eine fossil-atomare Option aufrechterhalten wird.

Man hat diese Option untersuchen lassen. Das Ergebnis ist, dass in der Bundesrepublik, unter Erfüllung der Voraussetzungen, auf die man sich verständigt hat, ein Zubau von 30 bis 50 Kernkraftwerken nötig wäre. Darauf wollte ich hinweisen, weil Sie sagten, dass dies eine Diskussion der Vergangenheit sei. Wenn man dieses Papier und die Positionierung der Parteien, die hier im Landtag die Opposition stellen, zur Kenntnis nimmt, dann komme ich zu anderen Ergebnissen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Ich schlage vor, dass wir die Antwort auf die Große Anfrage zur Kenntnis nehmen und

(Präsident Heinz-Werner Arens)

sie zur abschließenden Beratung an den Sozialausschuss überweisen. Ist Mitberatung gewünscht? - Selbstverständlich, Umweltausschuss!

(Wortmeldung des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn es zur Geschäftsordnung ist, dann gehen Sie bitte ans Mikrophon.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich glaube, der Sozialausschuss wäre in diesem Fall nicht zu involvieren, sondern ausschließlich der Umweltausschuss.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich habe jetzt den Antrag vorliegen. Es wird beantragt, dass die Federführung beim Umweltausschuss liegen soll. Die Mitberatung soll beim Sozialausschuss liegen. Ist das so konsensfähig?

(Wortmeldung des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Herr Abgeordneter Kayenburg, zur Geschäftsordnung! Wir haben jetzt eine Geschäftsordnungsdebatte.

Martin Kayenburg [CDU]:

Ich schlage vor, dass wir federführend an den Sozialausschuss und mitberatend an den Umwelt- und an den Wirtschaftsausschuss überweisen. Das entspricht der Rechtslage der Zuordnung der Ressorts im Hause.

(Wortmeldung des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Herr Abgeordneter Nabel!

Konrad Nabel [SPD]:

Herr Präsident! Zuständig für die Atomkraft ist der Umweltausschuss. Das steht auch in der Geschäftsordnung des Landtages. Deshalb fordere ich Sie auf, den Bericht abschließend an den Umweltausschuss zu überweisen.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich stelle keine Klarheit fest. Ich werde den formalen Beschluss nach der Mittagspause wieder aufrufen. Bis dahin wird eine Abklärung möglich sein. Ich schließe Tagesordnungspunkt 4 vorläufig ab.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Gemeinsame Beratung

a) Freiheit für Wassertouristen - gegen die „Sportbootvignette"

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3385

b) Sportboot-Maut

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3391

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache und würde der FDP gern das Wort erteilen, wenn ich wüsste, wer das Wort ergreifen will. - Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke, Sie haben das Wort.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Unruhe)

Herr Kollege Hay hört auch zu?

(Unruhe)

Wissen Sie eigentlich, wo Dollerup liegt?

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht kann sich das Plenum ein bisschen konzentrierter verhalten?

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Ich stelle die Frage noch einmal: Wissen Sie eigentlich, wo Dollerup liegt?

(Zurufe: Ja!)

- Gut, der Kollege Hay weiß es auch. Er weiß, dass Dollerup der Ort in der Nähe von Flensburg ist, in dem aufrechte und vernünftige Sozialdemokraten leben. Der Vorsitzende des SPD-Ortsvereins Dollerup-Westerholz hat dem Vorsitzenden der SPD-Landtagsfraktion bereits vor gut einem Monat auf der Hauptversammlung des Ortsverbandes erklärt, dass die vom Bundesverkehrsminister geplante Sportbootvignette Humbug ist. Er hat den Vorsitzenden der sozialdemokratischen Fraktion im Landtag zur Sportbootvignette gefragt: Wie sollen wir das - die Sportbootmaut - unseren Wählern, von denen viele Segler sind, erklären?

Die Antwort des Kollegen Hay fiel wie folgt aus: Lothar Hay räumte ein, dass die Bundes-SPD handwerkliche Fehler mache, die die Basis heute ausbaden müsse. Das stimmt zuversichtlich. Wenn Kollege Hay

(Christel Aschmoneit-Lücke)

seinen Parteifreunden im Ortsverband Dollerup-Westerholz keinen Sand in die Augen gestreut hat, dann wird die SPD unserem Antrag heute zustimmen.

Am 1. April - und es war leider kein Aprilscherz - unterrichtete die Staatssekretärin im Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen, Frau Gleicke, in Berlin offiziell - -

(Unruhe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, ich hatte um etwas mehr Aufmerksamkeit gebeten. Wenn es Zwischenrufe gibt, dann sollten die sich bitte auf die Rede beziehen!

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Frau Gleicke unterrichtete in Berlin offiziell die versammelten Vertreter der im Deutschen Sportbund zusammengeschlossenen Wassersportspitzenverbände über die Pläne zur neuen Maut. Eine kreative Idee. Das muss man der rot-grünen Bundesregierung wirklich lassen. Wenn es um die Kreation neuer Steuern, Gebühren oder Abgaben geht, dann hat Rot-Grün in Berlin grenzenlose Phantasien.

An eine **Sportbootmaut** hat bisher noch niemand gedacht, nicht einmal der letzte deutsche Kaiser. Auch der war bei der Erfindung neuer Steuern sehr einfallsreich. Auf Druck von Haushältern und Abgeordneten - und die kamen nicht von der FDP - bereitet das Ministerium eine Änderung des **Binnenschifffahrtsaufgabengesetzes** vor, mit der die Rechtsgrundlage für eine Mautverordnung für Sportboote geschaffen werden soll. Die dadurch eingeführte Vignette soll 60 € pro Jahr und Boot kosten und für Boote ab fünf PS gelten.

Wie ernst der Bundesregierung dieses Vorhaben ist, kann man daran erkennen, dass im Bundeshaushalt 2005 bereits 7,5 Millionen € allein aus dem Mautaufkommen aus der Sportschifffahrt eingeplant sind. Wahrscheinlich bekommt dann auch Toll-Collect den Auftrag, an den deutschen Grenzen entsprechende Kassenhäuschen zu errichten, damit unsere Gäste die Wasserbenutzungsvignette gleich an den Staatsgrenzen entrichten können.

(Beifall bei der FDP)

Mautkassierer am Kanal, eine echte Karriereperspektive - beispielsweise für unseren Landesfinanzminister?

(Zuruf des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

- Ich weiß, dass es eine Bundeswasserstraße ist. Ich fand die Idee aber so schön. Im Ernst. Wir arbeiten auch in Schleswig-Holstein - insbesondere auf kommunaler Ebene - an der Weiterentwicklung des Wassertourismus. Dass der **Wassertourismus** eine Wachstumsbranche sein kann, hat nicht zuletzt die eigens vom Bundesverkehrsministerium in Auftrag gegebene Studie „Wassertourismus in Deutschland" bestätigt.

Da kommt ausgerechnet derjenige Minister, der diese Studie in Auftrag gegeben hat, und erstickt diese Entwicklung, indem er erst einmal die Hand aufhält. Ich nenne nur ein Beispiel aus Nordrhein-Westfalen: Dort wurden in den letzten Jahren zirka 30 Millionen € investiert, um die Kanäle und Schleusen gemeinsam mit der Wasser- und Schifffahrtsverwaltung des Bundes fit zu machen für den Wassertourismus. Die Idee dahinter war, dass die Menschen ihren Urlaub nicht mehr in Holland, sondern in Deutschland verbringen sollten. Das würde durch Stolpes Vorhaben konterkariert. Oder ist das doch logisch? Erst lockt man die Touristen an, dann bittet man sie zur Kasse?

Das Dumme ist nur: Stolpes Eintrittsgeld für Freizeitskipper wird dazu führen, dass so mancher Kapitän und Urlauber darauf verzichten wird, Schleswig-Holstein vom Wasser aus zu erkunden. Auch wenn der Bundeswirtschaftsminister nun nach Presseberichten etwas zurückrudert und nur noch Motorboote mit großen Motoren unter die Maut fallen lassen will, so ändert das nichts an dem Unsinn der gesamten Veranstaltung. Diese Maut gehört schlicht in die ministeriale Rundablage.

(Beifall bei FDP, CDU und des Abgeordneten Wilhelm-Karl Malerius [SPD])

Ich bitte also die sozialdemokratischen Freunde im Landtag, unserem Antrag zuzustimmen. Das wäre eine klare Aussage für die Sportbootkapitäne, denn es wäre erstens eine Bestätigung der Äußerungen Ihres Fraktionsvorsitzenden. Zweitens fielen Sie dem Landwirtschaftsminister nicht in den Rücken,

(Glocke des Präsidenten)

der gleich am Montag nach der letzten Landtagssitzung ankündigte, er werde sich gegen die Sportbootmaut einsetzten. Herr Präsident, ich komme zum Schluss. Herr Kollege Hay, drittens täten sie auch Ihren Parteifreunden im Ortsverband Dollerup-Westerholz einen großen Gefallen. Ich gehe davon aus, dass unser Antrag hier und heute eine große Mehrheit findet. Ich habe gehört, dass inzwischen alle

(Christel Aschmoneit-Lücke)

gegen die Sportbootvignette sind. Warum stimmen Sie also nicht einfach zu?

(Beifall bei FDP, CDU und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Arp das Wort.

Hans-Jörn Arp [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Lieber Kollege!)

- Danke schön. - Was müssen wir uns eigentlich von Bundesverkehrsminister Stolpe - vom „Spiegel" wird er ja auch „IM Sekretär" genannt - noch alles gefallen lassen? Er hat in Brandenburg als Ministerpräsident Milliarden versenkt, als Bundesverkehrsminister hat er die LKW-Maut bis heute nicht eingeführt, und nun noch die **Sportbootmaut**! Es ist schon beeindruckend, was dieser Minister von unserem Volk verlangt.

2004 ist das Jahr des Wassertourismus, von den Tourismusverbänden bundesweit gekürt und von unserem Wirtschaftsminister Rohwer freudig, wenn auch etwas spät, aufgenommen. Dieser hat sich sogar richtigerweise deutlich für eine Stärkung des Wassertourismus ausgesprochen, und auch das **Bundeswirtschaftsministerium** hat in seiner Studie von 2003 festgestellt, dass der Wassertourismus in Deutschland gefördert werden soll, weil hier große Potenziale vorhanden sind.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP)

Auch wir in Schleswig-Holstein wollen die Stärkung des Wassertourismus. Alle Parteien sind sich darin einig. In einer Sitzung am 10. Februar im Wirtschaftsministerium wurde noch einmal gemeinsam mit allen am Wassertourismus beteiligten Interessensgruppen darüber diskutiert. Aber Minister Stolpe sieht es scheinbar anders. Nun sollen insbesondere Freizeitkapitäne mit einer Strafmaut belegt werden. Die Kollegin Aschmoneit-Lücke hat das soeben erklärt. 60 € bis 90 € sollen Sportbootschiffer im Jahr für ihre Sportboote mit Motorleistung zahlen. Ein unsinniges Unterfangen! Denn hier wird eine Bürokratie aufgebaut, und dies aus meiner Sicht ohne Not. Ich bin froh, dass Wirtschaftsminister Rohwer das genauso sieht. Man muss sich fragen, ob der Aufwand den Nutzen rechtfertigt. Die erwarteten Einnahmen von 7,5 Millionen € dürften durch den zu erwartenden hohen **Verwaltungs- und Überwachungsaufwand** weitgehend aufgefressen werden. Das muss man wissen.

(Beifall bei der CDU)

Die Belastung der Bürger in Schleswig-Holstein ist schon immens, und nun will die Bundesregierung den Sportbootbetreibern eine Vignette verordnen. Aber gerade die Sportbootschiffer helfen mit, unsere maritime Landschaft zu erhalten, und werben auch ständig mit Bildern für ein attraktives Schleswig-Holstein. Schon jetzt - das sollten Sie wissen, meine Damen und Herren - zahlen die Sportbootverbände jährlich 50.000 € an das Land

(Holger Astrup [SPD]: 51.000 €!)

Ich bin froh, dass es sogar noch mehr sind. Sie zahlen also 51.000 € jährlich als Pauschalgebühr für die **Nutzung von Schleusen** und anderen Anlagen. Und nun sollen sie noch weiter belastet werden. Das darf und kann nicht sein!

(Beifall bei der CDU)

Hier wird wieder einmal freiwilliges Engagement bestraft.

Selbst die Ministerien der Bundesregierung kennen sich nicht mehr aus. Das Wirtschaftsministerium des Bundes will fördern, damit der **Wassertourismus** ausgebaut wird, und das Bundesverkehrsministerium will auf Druck des Bundesrechungshofes eine Freizeitmaut einführen, die die Bootsfahrer immer mehr belastet. So kann das nicht weitergehen. Wir wollen doch den Tourismus fördern und insbesondere hier in Schleswig-Holstein kein Eintrittsgeld von ausländischen Touristen nehmen. Denn nichts anderes ist dies. Gerade Besucher aus den Anrainerstaaten der Ostsee werden dies merken und hiervon auch die meisten Nachteile haben.

Wir fragen Herrn Stolpe, der natürlich nicht hier ist, aber vielleicht das Protokoll liest:

(Holger Astrup [SPD]: Deine Rede nicht!)

- Das weißt du noch nicht. - Kommt eine Radwegemaut oder eine Wanderwegemaut? Das alles ist willkürlich. Ich sage Ihnen: Wir sollten gar nicht erst das Tor für weitere Begehrlichkeiten öffnen. So stützt man auf keinen Fall den Tourismus.

(Beifall bei CDU und FDP)

Dies sind sinnlose Vorstöße, die zu Politikverdrossenheit führen. Man muss sich auch fragen, was momentan unser größtes Problem ist. Unser größtes Problem ist die Arbeitslosigkeit. Schafft dies einen Arbeitsplatz? Wenn ja, dann nur in der Verwaltung.

Meine Damen und Herren, wir bitten darum, die Landesregierung aufzufordern, sich im Bundesrat massiv dafür einzusetzen, dass dies gar nicht erst auf die

(Hans-Jörn Arp)

Agenda kommt. Ich hoffe auf die Unterstützung des ganzen Hauses und bedanke mich auch bei Herrn Astrup, dass er dieses Mal nicht so viel dazwischengerufen hat.

(Beifall bei CDU und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Benker das Wort.

Hermann Benker [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will versuchen, den Verursacher dingfest zu machen, der hier einfach mit dem Namen Stolpe gleichgesetzt wird. Denn die Rede aller unserer Abgeordneten hätte mit „mea culpa" beginnen müssen. Hier wird nämlich bereits gegackert, ohne dass ein Ei gelegt worden ist. Es gibt keinen Referentenentwurf, es gibt nichts Nachprüfbares! Aber vielleicht muss man in der Politik auch manchmal gackern. Deswegen sage ich vorweg: Wir werden dem CDU-Antrag zustimmen.

Aber wie ist die Aktenlage? - Sie macht deutlich, wo wir hier eigentlich stehen.

(Martin Kayenburg [CDU]: Woher kennen Sie die Akten?)

- Ganz einfach. Wenn Sie ins Internet gehen und die betreffenden Seiten aufrufen, dann erhalten Sie ein Protokoll vom 3. März 2004. Das ist also noch gar nicht alt. Auf die Anfrage des Abgeordneten Hinsken - das ist ihr tourismuspolitischer Sprecher - wird dort ausgeführt:

> „Der Bundesrechnungshof hat in seinen Prüfungsbemerkungen 2000 den niedrigen Kostendeckungsgrad in der Freizeitschifffahrt gerügt und eine höhere Kostenbeteiligung angeregt. Der Rechnungsprüfungsausschuss hat in seiner Sitzung am 10.12.2003 einvernehmlich das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Wohnungswesen aufgefordert, aufgrund der Prüfungsbemerkungen des Bundesrechnungshofes nunmehr ohne weitere Verzögerungen eine Rechtsgrundlage für die Erhebung von Schifffahrtsabgaben zu schaffen, die Realisierung einer Vignettenlösung für Sportfahrzeuge zu betreiben und über das Erreichte bis zum 1.10.2004 zu berichten. Derzeit wird ein Gesetz erarbeitet, das eine Ermächtigungsgrundlage zur Einführung einer Vignette im Bereich der Freizeitschifffahrt enthält."

Dies alles geschah einstimmig. Tun Sie also nicht so, als sei Stolpe allein der Verursacher.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens. Am 29. April 2004, also vor wenigen Tagen, ist die Drucksache „Tourismus in, an und auf dem Wasser – naturverträglichen Wassertourismus in Deutschland ausbauen und fördern" wiederum einstimmig an die Ausschüsse überwiesen worden. In deren Ziffer 10 fordert der Bundestag die Bundesregierung auf, die Einführung einer nutzergerechten **Jahresvignette** für **Sport- und Freizeitboote** zu prüfen, wobei die Möglichkeit einer Rabattregelung für den organisierten Vereinssport berücksichtigt werden sollte und muskelbetriebene Boote deutlich weniger oder gar nichts zahlen sollten.

Also nirgends etwas Konkretes darüber, wo, wann und wer in welchem Umfang betroffen ist. Gerade diese unbegrenzte Interpretationsmöglichkeit in dieser Phase und eine Vorabinformation an die Verbände, riefen natürlich alle mit eigenen Interessen auf den Plan. Genau dies führt zu einer Stimmung, die uns alle fragen lässt: Was soll der Unsinn? Damit schadet diese Diskussion - völlig unabhängig davon, was dabei herauskommt - unseren landeseigenen Interessen, den **Wassertourismus** voranzutreiben. Das ist der eigentliche Schaden, der hier verursacht wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe keinen Zugang zu irgendeinem Referentenentwurf, auch nicht auf nachträgliches Bitten hin. Es gibt keinen abgestimmten Entwurf, der herausgegeben werden darf. Selbstverständlich wird in diesem Bereich sortiert, aber es gibt nichts Konkretes. Niemand, außer er bedient sich der Spekulation, weiß, in welchem Umfang die Fixierung von Punkten erfolgt, über die Höhe einer Abgabe ist nichts bekannt, nichts über die Boote. Man weiß nicht, ob Küstengewässer oder nur Binnengewässer gemeint sind, ob 5-PS-Boote oder 10-PS-Boote belastet werden sollen. All dies ist noch offen. Das Einzige, was deutlich wird, ist, dass muskelbetätigte Fahrzeuge wie Kanus und Schlauchboote nicht betroffen sein werden.

Ich sage noch einmal: Verursacher eines derartigen Gesetzes sind die Abgeordneten selber. Deshalb geht der Beschluss, den wir heute fassen, noch nicht weit genug. Ich betrachte die Diskussion, die wir führen, als kontraproduktiv, ja als schädlich für den Wassertourismus und kann nur empfehlen, sie nicht auf der Spekulationsebene fortzusetzen. Vielleicht ist ja bereits mit einer Verbandsabgabe, wie sie Herr Arp kurz angesprochen hat und die man unter Umständen angemessen erhöhen kann, eine Lösung geboren.

(Hermann Benker)

Geradezu paradox ist dies alles, weil der Rechnungsprüfungsausschuss nicht berücksichtigt hat, dass die Ursache für die Kosten, die gerügt worden sind, schon beseitigt wurden.

Ich denke, wir werden den Entwurf, wenn wir ihn auf dem Tisch liegen haben, prüfen und sehen müssen, in welchem Umfang wir aus Schleswig-Holstein weiter intervenieren müssen. Zunächst bleibt es bei der allgemeinen Aufforderung an die Regierung, den Bestrebungen für eine Sportbootvignette entgegenzuwirken. Aber ich will hinzufügen: Das reicht mir nicht aus. Es kann nicht abgewartet werden, bis ein Gesetzentwurf im Bundesrat angekommen ist. Wir alle, wie wir hier sitzen, haben vielmehr unsere Abgeordneten im Bundestag aufzufordern, jetzt in diese Richtung tätig zu werden und zu sagen: Eine Sportbootvignette ist Unsinn. Wir müssen also schon jetzt gegensteuern, und das betrifft alle Parteien.

(Beifall)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Nach dieser leidenschaftlichen Rede erteile ich dem Herrn Abgeordneten Matthiessen das Wort.

Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! So sind die Rechnungshöfe. Wenn man nur den Finanzern das Politische überlässt, kommen solche Beschlüsse zustande.

Meine Fraktion lehnt die Einführung einer Sportbootmaut ebenfalls ab. Wir schließen uns insofern dem Antrag der CDU an. Ich hatte eine kleine Rede vorbereitet, aber ich denke, in der Debatte ist tatsächlich bereits alles gesagt worden.

(Beifall)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Harms.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich werde es als Dankeschön dafür, dass Sie mich doch noch schnell reden lassen, kurz machen. Auch wir sind komplett gegen die Sportbootmaut und schließen uns den Argumenten an, die alle anderen schon vorgetragen haben. Wir werden beiden Anträgen zustimmen.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Dann kann ich jetzt in aller Ruhe Herrn Minister Dr. Rohwer das Wort erteilen.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Auch ich kann mich kurz fassen. Ich freue mich, dass es sich abzeichnet, dass das gesamte hohe Haus die Position des Verkehrsministers von Schleswig-Holstein unterstützt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Lachen bei der CDU)

Lieber Herr Arp, Sie wissen genau, wie die Historie war. Der Erste, der sich zu diesem Beschluss geäußert hat, war die Landesregierung. Dies ist lange vor der „Spiegel"-Veröffentlichung geschehen. Dies ist eindeutig gegenüber der Presse erfolgt und lässt sich auch dokumentieren. Dies ist aber nicht so wichtig. Entscheidend ist, dass wir uns einig sind.

Ich möchte aber unbedingt das unterstützen, was Hermann Benker gesagt hat. Wir müssen jetzt gemeinsam unsere Abgeordneten in Berlin überzeugen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Haben wir schon längst getan!)

- Das habe ich noch nicht gespürt. Bei Herrn Koppelin scheint das noch nicht angekommen zu sein.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wie bitte?)

Jedenfalls würde ich mich freuen, wenn Herr Koppelin im Rechnungsprüfungsausschuss des Deutschen Bundestages zusammen mit unseren Kollegen den Antrag stellen würde, die Debatte dort noch einmal zu führen und zu einer modifizierten Beschlussfassung zu kommen. Das wäre im Moment das Konstruktivste, was Sie tun könnten. Vielleicht würden wir das alle unterstützen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Zu einem Kurzbeitrag, Herr Abgeordneter Kubicki!

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bevor wir uns hier streiten, wer als Erster dagegen war, wäre ich froh, wir würden erleben, dass sich alle die, die dagegen sind, vor allem die politischen Kräfte auf der linken Seite dieses Hauses die in Berlin die

(Wolfgang Kubicki)

Mehrheit haben, einmal durchsetzen und es dann nicht kommt.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich werde das gern aufnehmen, Herr Wirtschaftsminister, und Herrn Koppelin bitten - ich freue mich, dass Sie ihn für so mächtig halten, auch das wird ihn freuen.

(Heiterkeit)

ich werde das gleich per Fax nach Berlin schicken -, die Diskussion im Rechnungsprüfungsausschuss des Deutschen Bundestages wieder aufzunehmen, was aber Herrn Stolpe möglicherweise nicht daran hindern wird, von seiner Idee nicht abzugehen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist gar nicht seine Idee!)

- Seine Nichtidee umzusetzen. - Da ich nun gehört habe, dass die Sozialdemokraten, was ich bemerkenswert finde, dem Unionsantrag zustimmen wollen, zieht die FDP zugunsten des Unionsantrags ihren Antrag zurück, damit wir zu einer einheitlichen Beschlussfassung kommen können.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile zu einem Kurzbeitrag Herrn Abgeordneten Astrup das Wort.

Holger Astrup [SPD]:

Ich habe mich, Herr Präsident, nur deshalb gemeldet, weil ich ahnte, was Herr Kubicki sagen wollte, der in den Raum gekommen ist, nachdem die Debatte gelaufen war, und ich es einfach albern finde, eine Sache noch einmal aufzuwärmen, bei der wir schon ein kleines Stück weiter waren.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Erinnerung: Der Rechnungsprüfungsausschuss und der Bundesrechnungshof - auf Rechnungshöfe legen Oppositionspolitiker auch in diesem Hause normalerweise sehr viel Wert - haben etwas gefordert, was der Minister umzusetzen hatte. Jedenfalls ist das die Forderung, die Sie, wenn es um Forderungen des Landesrechnungshofs an die Landesregierung geht, immer erheben. Aber das scheint nicht immer durchgehalten zu werden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das setzt die Regierung dann alles um!)

Nun habe ich, Herr Kollege Kubicki, vernommen, dass alle Fraktionen in diesem Hause sinnvollerweise dagegen sind, ausgerechnet in Schleswig-Holstein eine Verordnung in ein, wie Frau Aschmoneit-Lücke formuliert hat, Binnenwasserstraßenabgabengesetz hineinzuformulieren, das in Schleswig-Holstein im Wesentlichen nur den Elbe-Lübeck-Kanal betreffen würde. Kollege Sportbootfahrer Kubicki, ich und andere in diesem Raum wissen, dass wir in Schleswig-Holstein relativ wenig Binnenwasserstraßen, aber relativ viel **Bundeswasserstraßen** haben, die von alledem, was dort diskutiert wird, überhaupt nicht betroffen sind. Von daher bitte ich alle, gemeinsam so zu verfahren, wie der Wirtschaftsminister einvernehmlich mit allen anderen erläutert hat, dass wir uns auf politischer Ebene bei unseren Abgeordnetenkollegen dafür einsetzen, diesen Unsinn wieder einzustampfen, den dieselben Kollegen angerichtet haben.

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich denke, die Geschäftslage ist klar. Erstens habe ich keine weiteren Wortbeiträge, also können wir die Diskussion als beendet betrachten. Zum Zweiten liegt jetzt ein Antrag zur Abstimmung vor, das ist der Antrag der CDU, Drucksache 15/3391. Ich frage laut und deutlich: Wer diesem Antrag folgen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer dem nicht folgen will, ebenfalls. - Das ist nicht der Fall. - Enthaltungen auch nicht. Einstimmig so beschlossen!

Ich unterbreche die Sitzung für die Mittagspause.

(Unterbrechung: 12:55 bis 15:01 Uhr)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, wenden Sie die Aufmerksamkeit jetzt bitte einmal dem Präsidium zu. Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich begrüße unsere Besucherinnen und Besucher. Auf der Tribüne nehmen gerade Mitglieder der Seniorenbetreuung Osterrönfeld Platz. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, gebe ich Folgendes bekannt. Der unter Tagesordnungspunkt 7 aufgeführte Gesetzentwurf der Fraktion der FDP zur Änderung des Landesverwaltungsgesetzes wird von den Antragstellern zurückgezogen. Er ist damit für diese Sitzung obsolet.

Ich komme nun noch einmal zurück zu Tagesordnungspunkt 12 - Endlagerstätten für radioaktive Abfälle -, bei dem wir die Beratung abgeschlossen hatten. Um ganz korrekt zu verfahren, schlage ich Ihnen jetzt vor, die Antwort auf die Große Anfrage federführend dem Umweltausschuss und mitberatend dem Sozialausschuss und dem Wirtschaftsausschuss zur

(Präsident Heinz-Werner Arens)

Bearbeitung zu überweisen. Wer so verfahren will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann haben wir dies einstimmig so beschlossen.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 21 auf:

Hochschulstudium im Bereich Elementarpädagogik

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 15/3429

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Ich eröffne die Aussprache und erteile dem Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit dem vorliegenden Antrag setzen wir uns dafür ein, neben der bisherigen Erzieherinnenausbildung auch ein **Hochschulstudium** im Bereich der **Elementarpädagogik** einzuführen. Kindertageseinrichtungen sollen dadurch in die Lage versetzt werden, ihrem Bildungsauftrag besser als bisher gerecht zu werden.

Wie wichtig eine gute frühkindliche Pädagogik ist, wird durch neuere wissenschaftliche Erkenntnisse eindringlich hervorgehoben. Bereits im Vorschulalter erfolgen Weichenstellungen, die für die in der Schulzeit dann vorhandenen Bildungsmöglichkeiten von ganz entscheidender Bedeutung sind. Gerald Hüther, Leiter der Abteilung für Neurobiologische Grundlagenforschung am Göttinger Universitätsklinikum, stellt fest - ich zitiere:

> „In viel stärkerem Maße als bisher angenommen wird die Entwicklung des menschlichen Gehirns ... durch nutzungsbedingte Bahnungs- und Strukturierungsprozesse bestimmt."

Im Altersbereich zwischen drei und sechs Jahren, also im **Kindergartenalter**, liegt, wie Hüther dann weiter feststellt, eine wesentliche **Entwicklungsphase** des Frontalhirns, also der Bereiche des Gehirns, in denen sich das menschliche Gehirn am deutlichsten von dem der Tiere unterscheidet, die vor allem die Planung und Organisation von Handlungen sowie die Konzentrationsfähigkeit auf bestimmte Aufgaben steuern. Sprachliche Ausdrucksfähigkeiten und Bewegungskompetenz, die Fähigkeit, sich auf den anderen einstellen zu können, also das soziale Verhalten und die Annahme des Gesollten als letztlich freiwillige Handlungsnorm - all dies wird bereits in einem wesentlichen Maße im Kindergartenalter angelegt.

> (Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Was hier unterbleibt, hier also versäumt wird, konfrontiert Schule und Gesellschaft später mit einer Vielzahl von dann nur noch schwer, wenn überhaupt auszugleichenden Entwicklungsdefiziten.

> (Beifall bei der FDP sowie der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Dass wir heute in erheblichem Umfang mit solchen Defiziten konfrontiert sind, zeigen Studien, die besagen, dass etwa jedes fünfte Kind im Vorschulalter Sprach- und Kommunikationsstörungen hat. Dies belegt auch die gerade vor zwei Tagen von der Bundesfamilienministerin Renate Schmidt vorgestellte Langzeitstudie der Universität Erlangen/Nürnberg, in der davon die Rede ist, dass bei 13 bis 14 % der Kinder schon im Vorschulalter Probleme beim Sozialverhalten, mit anderen Worten: Verhaltensstörungen, festgestellt werden.

Vor diesem Hintergrund muss sich die Aufmerksamkeit von Wissenschaft und Politik stärker als bisher auf die Qualität der pädagogischen Angebote im Vorschulbereich richten und dies betrifft neben anderen Dingen, die hier anzusprechen sind, eben auch den **Ausbildungsstand** des **Fachpersonals** in den **Kindertageseinrichtungen**.

Mit der Einführung eines Hochschulstudiums im Bereich der Elementarpädagogik wird eine Entwicklung eingeleitet, die zu einer Angleichung der deutschen Verhältnisse an den europäischen Standard führt. Auch dies ist, wie ich denke, ein wichtiges Argument für unseren Vorschlag.

> (Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Innerhalb der EU ist es ja nur in Österreich und Deutschland so, dass die Ausbildung der Erzieherinnen weiterhin auf dem Fachschulniveau erfolgt. Alle anderen Staaten in der Europäischen Union haben in diesem Bereich eine Hochschulausbildung.

Das einzige weit und breit sichtbare Gegenargument, das man natürlich auch ansprechen muss, ist die **Kostenfrage**. Darauf möchte ich Folgendes erwidern.

Erstens. Wir werden uns in Deutschland künftig aus wohlerwogenen Gründen mehr Bildung leisten müssen. Das ist auch die Quintessenz aus der PISA-Debatte. Diese Investitionen in Bildung müssen schwerpunktmäßig im Elementar- und Primarbereich vorgenommen werden.

> (Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Dr. Ekkehard Klug)

also dort, wo andernfalls kaum auszugleichende Defizite entstünden, die in der Folge dann viel teurer wären als ein gutes Bildungsangebot für die Kinder.

Zweitens. Die Einführung neuer Studienangebote hat überhaupt keine schlagartige Kostenlawine zur Folge. Es wird ja eine ganze Weile dauern, bis überhaupt Absolventen - und diese dann auch nur in kleiner Zahl - zur Verfügung stehen werden. Das heißt, es kommt hier nicht zu einer schlagartigen Kostenentwicklung für die Kitas.

Drittens. Herr Präsident, ich will jetzt kurz noch ein für mich sehr wichtiges Argument ansprechen. Angesichts der demographischen Entwicklung wird die Qualität der Bildungs- und Kinderbetreuungsangebote vor Ort immer mehr zu einem ganz wichtigen Standortfaktor. Auch das spricht dafür, dass wir die Qualitätsaspekte im Blick behalten. In Schleswig-Holstein haben die Universität Flensburg und die Fachhochschule Kiel Interesse, einen solchen Weg zu beschreiten. Wir sollten mit einem allgemeinen gefassten Landtagsbeschluss gewissermaßen auch der Regierung grünes Licht dafür geben, mit den beiden Hochschulen in das Gespräch über eine solche Konkretisierung einzutreten.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Höfs das Wort.

Astrid Höfs [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte über diesen Tagesordnungspunkt gern unter dem Gesichtspunkt der **Verbesserung** der gesamten **Ausbildung für Erzieherinnen** diskutieren, nicht nur speziell unter dem Gesichtspunkt der Hochschulausbildung im Bereich Elementarpädagogik. Unsere Kindertagesstätten haben einen eigenen Erziehungs- und Betreuungsauftrag und einen eigenständigen Bildungsauftrag. Das ist ganz klar. Nach unseren Erfahrungen bringen die pädagogischen Fachkräfte in den Kindertagesstätten auch gute Voraussetzungen mit, um die vielfältigen Anforderungen zu bewältigen. Aber auch gute Arbeit ist noch verbesserungsfähig. So sehe ich das in jedem Falle auch hier. Das hat im Wesentlichen etwas mit den geänderten gesellschaftlichen Bedingungen zu tun.

Herr Dr. Klug, Sie haben es schon angesprochen: Bei den Kindern sind heute die unterschiedlichsten **Probleme** festzustellen. Die Lebensbedingungen und andere Begleiterscheinungen sind für die **Kinder** heute anders als noch vor einigen Jahren. Dies wird in den Kindertagesstätten deutlich. Ich denke hier insbesondere an die Sprachkompetenz der Kinder - es ist mir sehr wichtig, dass es in dieser Hinsicht eine Änderung gibt - und an die vielfältigen Bewegungsstörungen, die ebenfalls einen sehr wesentlichen Aspekt darstellen. Sie haben vorhin eine Zahl genannt, die mir überhaupt nicht behagt. Nach den Schuleingangsuntersuchungen der letzten Jahre weist jedes zehnte Kind Störungen auf, die im Endeffekt wirklich schulrelevant sind. Das ist ein in unterschiedlicher Hinsicht ganz wesentlicher Punkt, nicht speziell auf Sprachkompetenz oder Bewegung bezogen, sondern auch auf alle anderen Störungen. Jedes zehnte Kind bringt inzwischen Störungen mit. Die vorhandenen Defizite sind für die spätere Lernfähigkeit entscheidend.

Allein die zusätzliche Möglichkeit einer **Hochschulausbildung** für **pädagogisches Personal** in Kindertagesstätten wird sicher keine grundsätzliche Verbesserung der Arbeit in den Kindertagesstätten bringen.

(Beifall bei der SPD)

Wir sehen das Hochschulstudium allein nicht als Gewähr für eine bessere Erziehung unserer Kinder. Es kann so auch nicht als einzige Maßnahme gewertet werden.

In den Kindertagesstätten finden wir bereits unterschiedliche Berufsfelder: Die Erzieher und Erzieherinnen, die sozialpädagogischen Assistenten und die Sozialpädagogen. Es gibt also in diesem Arbeitsfeld schon eine Fachhochschulausbildung.

Es ist jetzt vor allem an der Zeit, die bisherige Erzieherinnenausbildung zu verändern. Es geht darum, hier eine deutliche qualitative Verbesserung zu erbringen.

(Beifall bei der SPD)

Die müssen wir jetzt haben und es ist ganz wichtig, das jetzt zu machen. Lerninhalte sollten allerdings nicht nur in derAusbildung in den Fachschulen überprüft und verbessert werden, sondern auch die Lerninhalte an den Fachhochschulen für Sozialpädagogik könnten überdacht und überprüft werden. Es ist heute schon möglich, in diesem Bereich Elementarerziehung als Schwerpunkt zu wählen. Das kann zügig erweitert und verändert werden.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Jutta Schümann [SPD])

Es besteht auch jetzt schon die Möglichkeit, Sozialpädagoginnen für die Arbeit in Kindertagesstätten einzustellen.

Wir, der Facharbeitskreis der SPD-Landtagsfraktion, haben uns in den letzten Monaten intensiv mit der

(Astrid Höfs)

Situation der Ausbildung der Erzieherinnen befasst. Wir haben verschiedene Fachkräfte befragt und gehört und haben uns über die Situation dort informiert. Wir sind der Meinung, dass vorrangig die Ausbildung der Erzieherinnen qualitativ verbessert werden muss. Das kann schnell umgesetzt werden und das wird dann auch für die Kinder sichtbar zu einem schnellen Erfolg.

Ausbildung sollte in der EU möglichst vergleichbar sein. Der Meinung bin ich auch. Das sehe ich wie Sie. Allerdings sehe ich das vorrangig als einen Gewinn für die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, nicht in erster Linie für die Kinder. Es geht darum, dass Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen möglichst schnell einen Arbeitsplatz in einem EU-Land finden können, wenn sie eine vergleichbare Ausbildung haben. Das ist natürlich nur in zweiter Linie auch für die Kinder ein Gewinn, weil sie als zukünftige EU-Menschen oder -Arbeitnehmer eine bessere Chance auf dem eigenen Arbeitsmarkt haben. Die Kinder haben also erst später einen Gewinn davon.

Ich verweise auf die Fachschule für Erzieherinnen in Neumünster, die eine sehr gute Erzieherinnenausbildung anbietet. Dort ist es inzwischen gang und gäbe, dass zum Beispiel ein Teil der Ausbildung im europäischen Ausland angeboten wird. Ich hebe hier auch die Bedeutung der Europaschulen hervor. Auch das besondere Engagement dieser Schulen ist hier zu betonen. Das halte ich für ausgesprochen wichtig.

(Beifall bei der SPD)

Wir möchten den Gesamtaspekt dieses Themas mit Ihnen im Ausschuss gern diskutieren und den Antrag deshalb dorthin überweisen, damit die Maßnahmen, die jetzt erforderlich sind und sofort ein sichtbares Ergebnis zeigen, vorangebracht werden.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Joachim Behm [FDP])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Eisenberg das Wort.

Sylvia Eisenberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben hier heute offensichtlich eine etwas merkwürdige Allianz: eine Verbindung zwischen Grünen und FDP

(Beifall der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

und möglicherweise auch eine Verbindung zwischen SPD und CDU.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD] - Zurufe)

Daher denke ich, dass wir zu irgendeinem Ergebnis kommen werden.

Der FDP-Antrag bezweckt neben der bisherigen Ausbildung der Erzieherinnen in einer Fachschule die Einführung einer **Hochschulausbildung** für **Elementarpädagogik**, um nach Auffassung der FDP die Ausbildung der Erzieherinnen stärker auf den auch von ihnen wahrzunehmenden Bildungsauftrag auszurichten und eine Angleichung an die europäische Entwicklung vorzunehmen. Damit zäumt die FDP unserer Auffassung nach das Pferd von hinten auf.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Die jetzige Ausbildungsordnung der staatlich anerkannten Erzieherinnen in der Fachschule entspricht dem im Kita-Gesetz von Schleswig-Holstein formulierten so genannten **Bildungsauftrag** der **Kindertagesstätten**, der in der Praxis allerdings aus unserer Sicht lediglich ein Betreuungsauftrag ist.

Die CDU ist der Auffassung, dass deshalb der Bildungsauftrag der Kindertagesstätten neu formuliert und mit anderen Schwerpunkten versehen werden muss, besonders hinsichtlich der Erlangung von Fähigkeiten und Fertigkeiten der Kinder, die heute in vielen Fällen den Kindern nicht mehr von den Eltern mitgegeben werden.

(Beifall)

Ich denke an die Entwicklung und Ausbildung von Grob- und Feinmotorik, an sprachliche und kommunikative sowie soziale Fähigkeiten, aber auch an eine bessere Vorbereitung der Kinder auf die Grundschule. Ein Teil dessen ist bereits in der Ausbildungsordnung für Erzieherinnen enthalten, allerdings sind die Schwerpunkte nach unserer Auffassung auch hinsichtlich eines neu zu formulierenden Bildungsauftrages zu verändern.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Ein vermehrter Anteil zur Erlangung **diagnostischer Fähigkeiten** zur Erkennung von Entwicklungsstörungen und Verhaltensstörungen ist in die Ausbildungsordnung der Erzieherinnen in den Fachschulen einzufügen.

Ob ein Hochschulstudium der Elementarpädagogik, also eine Vertheoretisierung und Akademisierung der Erzieherinnenausbildung mit der Eingangsvoraussetzung Abitur zur Qualitätsverbesserung der vorschuli-

(Sylvia Eisenberg)

schen Erziehung in der Praxis beiträgt, wird zumindest von einem Teil der Beteiligten und Betroffenen bezweifelt. Ich teile diese Zweifel.

(Vereinzelter Beifall bei CDU und SPD)

Die FDP begründet ihren Antrag auch mit einer Angleichung der Erzieherinnenausbildung an die **europäischen Standards** und hat sicher die skandinavischen Länder vor Augen. Aber der Vergleich hinkt. Die Fachschulen in Deutschland, die die Ausbildung für Erzieherinnen durchführen, sind Teil der beruflichen Schulen, die es in den skandinavischen Ländern leider so nicht gibt. Sie eröffnen in Deutschland gleichzeitig die Möglichkeit zu weiterführenden Abschlüssen, was es in anderen Ländern ebenfalls nicht gibt. Auch das sollte man nicht vergessen, Frau Spoorendonk, wenn man immer nach Skandinavien schaut.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die Voraussetzung zum Besuch der Fachschule ist der mittlere oder der Realschulabschluss. Damit wird auch den theoretisch nicht so Begabten, die gern mit Kindern arbeiten, eine **Berufsausbildung** eröffnet. Stellt man diesen eine Erzieherin oder einen Erzieher de luxe gegenüber, findet nach aller Erfahrung ein Verdrängungswettbewerb zulasten der Erzieherinnen mit einer guten Fachschulausbildung statt. Ich kann nicht glauben, dass die FDP das will. Die Folge wäre nämlich der Closedshop für diejenigen, die nicht die theoretischen Voraussetzungen für ein Abitur erfüllen, aber dennoch gern mit Kindern arbeiten wollen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Dass sich neue finanzielle Ansprüche aus einer Akademisierung der Erzieherinnenausbildung ergeben, hat die GEW natürlich richtig erkannt. Diese Personalkosten werden die Träger der Kitas belasten, es sei denn, das Land Schleswig-Holstein übernähme im Wege des Konnexitätsprinzips die erhöhten Kosten für den Einsatz der Hochschulabsolventen. Das erscheint aber zurzeit nicht sehr wahrscheinlich, ist doch gerade die Kostenübernahme von der Landesregierung gedeckelt worden.

Der FDP-Antrag lässt - bei allem Wohlwollen in der großen Zielsetzung - noch einige wichtige Fragen unbeantwortet. Deswegen sollten wir ihn dem Ausschuss übergeben.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Präsident Heinz-Werner Arens:

Bevor ich weiter das Wort erteile, möchte ich Gäste begrüßen. Zwischenzeitlich haben auf der Tribüne Mitglieder der Jusos Elmshorn Platz genommen. - Auch Ihnen ein herzliches Willkommen!

(Beifall)

Ich erteile der Frau Abgeordneten Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Eisenberg, in einem stimmen wir überein: Ausschussüberweisung ist angesagt. In allen anderen Fragen aber kann ich Ihnen nicht folgen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Der **Erzieherinnen- und Erzieherberuf** braucht in Deutschland eine bessere Ausbildung und Vergütung.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In anderen europäischen Ländern ist Erzieherin/Erzieher ein der Lehrkraft durchaus gleichgestellter Beruf.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Heiner Garg [FDP])

In Deutschland wird die Aufgabe, sich beruflich mit den ersten Lernerfahrungen kleiner Kinder oder der außerschulischen Bildung von Jugendlichen zu befassen, seit Jahrzehnten unterschätzt. Dies drückt sich auch im Erziehergehalt und in der mangelnden Präsenz von Männern in diesem Berufsfeld aus.

(Beifall bei der FDP)

Das ist ja durchaus ein größer werdendes Problem. Die Erzieherinnen in Schleswig-Holstein zeigen mit ihrer praktischen Arbeit und ihrer hohen Fortbildungsbereitschaft, dass sie mehr können und mehr beitragen wollen.

(Unruhe)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Meine Damen und Herren, es ist eindeutig zu laut. Ich bitte um etwas mehr Konzentration.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Wer einmal die Listen von Anmeldungen zu den Fortbildungen des Ministeriums, aber auch zu den Fortbildungen von Berufsverbänden oder Gewerkschaften gesehen hat und zur Kenntnis nehmen muss, dass sich dort doppelt und dreifach so viele anmelden, wie angenommen werden können, und trotzdem an der Fortbildung Hunderte von Menschen teilnehmen,

(Angelika Birk)

obwohl sie am Wochenende stattfindet, dem wird deutlich, was die **Fortbildungsbereitschaft** in diesem Beruf hier in Schleswig-Holstein bedeutet. Ich finde, das sollten wir an dieser Stelle ausdrücklich anerkennen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Die Fachhochschule Kiel greift die Initiativen einiger anderer Bundesländer auf und will eine **Bachelor-Ausbildung** für Erzieherinnen und Erzieher anbieten. Dies finden wir gut. Wir würden uns freuen, wenn die Landesregierung dieses Anliegen unterstützt. Uns ist bewusst, wie viele Hürden es dabei gibt, insbesondere angesichts des augenblicklichen kommunalen Trends, an den Kitas und in der Jugendarbeit trotz des Bildungsauftrages beider Felder sparen zu wollen. Auch die Tatsache, dass sich wegen der schlechten Vergütung der Nachwuchs von Erzieherinnen zunehmend über den Aufstieg sozialpädagogischer Assistentinnen, statt über den Einstieg Abitur rekrutiert, macht uns Sorgen. Dieser Tatsache müssen wir ins Gesicht sehen. Die jetzige Generation von Leiterinnen von Erziehungseinrichtungen, insbesondere Kindertagesstätten, berichtet uns mit Kummer, dass der **Erzieherberuf** im öffentlichen Bewusstsein so „auf den Hund gekommen" ist, dass praktisch kein direkter Einstieg erfolgt, sondern dass es nur eine „Aufstiegsmöglichkeit" für die sozialpädagogischen Assistentinnen ist. Das ist natürlich, so schön der Aufstieg für die sozialpädagogischen Assistentinnen ist, nicht gut, wenn das der einzige Einstieg ist. Wir müssen hier also etwas tun.

Aber es ist mir bewusst, dass es nicht der richtige Weg sein kann, jetzt einfach so zu tun, als wäre das Feld so, wie wir uns das ideal vorstellen. Wir schlagen deshalb erstens Ausschussüberweisung und zweitens eine Anhörung vor. Einige haben sich ja offensichtlich schon mit den Fachverbänden auseinander gesetzt. Wir halten es aber für sinnvoll, eine Anhörung nicht nur mit den Fachverbänden, sondern auch mit der Uni Flensburg, die ja für die Lehrerausbildung zuständig ist - Kindertagesstätten und Schulen sollen ja mehr zusammenarbeiten -, aber natürlich auch mit der Fachhochschule Kiel durchzuführen.

Ein pragmatischer erster Schritt wäre es unseres Erachtens, wenn die Fachhochschule Kiel und die Uni Flensburg mit den bestehenden Fachschulen für den Erzieherberuf zusammenarbeiten würden.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Sie sollten sehen, wie weit sie gemeinsam erste Schritte in Richtung Bachelor machen können. Wünschenswert wäre auch, bald gemeinsame Vorhaben in der Erzieherfortbildung und in der Qualifizierung der Leitung von Kinder- und Jugendeinrichtungen umzusetzen. Diese beiden Ziele sollte man mit Zeitplänen ins Auge fassen, nachdem wir uns in einer Anhörung ausführlich über den aktuellen Diskussionsstand informiert haben.

Dieses Thema der FDP ist also keineswegs eines für Sonntagsreden, sondern hier besteht dringender Handlungsbedarf.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Abgeordneten Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SSW begrüßt ausdrücklich die Initiative der FDP; denn genau diesen Aspekt der **Frühförderung** sprachen wir ja auch in der Debatte über unsere Initiative zur Förderung der Lesekultur bei Kindern und Jugendlichen an. Dass unsere Kitas mehr als nur Betreuung bieten müssen, ist aber in der Bundesrepublik leider erst sehr spät erkannt worden. Gerade heute konnten wir im „Flensburger Tageblatt" lesen:

„Noch in der zweiten Klasse ist an den schulischen Leistungen und am Sozialverhalten der Kinder die Qualität ihrer Kindertagesstätte ablesbar."

So Professor Wolfgang Tietze, der eine Qualitätsuntersuchung an den Kitas in Flensburg durchgeführt hat. PISA hat uns gezeigt, dass wir in Deutschland einfach zu spät einsetzen, wenn es um fördern und fordern geht. Die so genannte **frühkindliche Diagnostik** muss einfach früher eingesetzt werden. Wenn Kinder mit Lernschwierigkeiten und mit anderen Auffälligkeiten erst in der Schule behandelt werden, dann bleibt der normale Lehrstoff häufig auf der Strecke.

Wenn wir einen Blick über den berühmten Tellerrand wagen, müssen wir weiter feststellen, dass die Bundesrepublik mit der Form ihrer Erzieherinnen- und Erzieherausbildung so ziemlich allein da steht. In anderen **europäischen Ländern** befindet sich mindestens ein Teil der **Ausbildung** auf dem Hochschulniveau oder auf dem Fachhochschulniveau. So zum Beispiel auch in den skandinavischen Ländern. Die Kollegin Eisenberg sprach das ja auch schon an. Nördlich der Grenze gibt es einen Pädagogik-

(Anke Spoorendonk)

Studiengang auf Fachhochschulniveau. Hier gibt es außerdem die Möglichkeit, sich nach einer gewissen Zeit im Beruf einen Bachelor-Abschluss oder Hochschulabschluss auf dem Gebiet der Elementarpädagogik oder Sonderpädagogik anzueignen. Dieses Modell würde uns in Deutschland sowohl einen hochschulbezogenen als auch einen fachschulbezogenen Einstieg in den Erzieherberuf ermöglichen. Hinzu kommt, was wir schon gestern in der Debatte um den Bologna-Prozess ansprachen: Nehmen wir die Forderung nach Europatauglichkeit ernst, dann müssen wir noch vieles in unserem Bildungssystem ändern.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was die Platzierung des Studiengangs betrifft, gibt es aus unserer Sicht doch noch Diskussionsbedarf. Die FDP fordert - ich glaube, sie fordert es nur als Möglichkeit -, dass der Studiengang an der Universität Flensburg angesiedelt wird. Wir sind weiß Gott immer die Ersten, die Vorschläge zur Stärkung Flensburgs begrüßen.

(Unruhe)

- Liebe Kolleginnen und Kollegen, hören Sie doch bitte mal zu! - Doch wir meinen, dass die Universität besser gestärkt wird, wenn sie zu einem wirklichen Zentrum für **Vermittlungswissenschaften** wird. Vorschulische Erziehung ist eben mehr als Elementarpädagogik. Unsere Kindertagesstätten sind rechtlich der Jugendhilfe angegliedert und sollen nicht zur Schule vor der Schule werden. Mit anderen Worten: Wir wollen nicht, dass der Schulbeginn in den Kindergarten vorverlegt wird. Die Kindertagesstätten müssen die Schnittstelle zwischen Jugendhilfe und Bildungsauftrag bleiben.

Was also die Platzierung der Ausbildung betrifft, so hat uns die Fachhochschule Kiel ja einige ihrer Gedanken zu diesem Thema erläutert. Man möchte dort die langjährigen Erfahrungen und die Fachkompetenz auf dem Gebiet der Jugendhilfe mit einbringen. Unter anderem gibt es derzeit bereits viele Erzieherinnen und Erzieher, die die dort vorhandenen Studiengänge nutzen, um sich weiterzubilden. Darüber hinaus sind auch in anderen Bundesländern, wie zum Beispiel Berlin und Niedersachsen, Studiengänge mit dem Abschluss Bachelor of Education als die akademische Ausbildung für Erzieherinnen und Erzieher an den Fachhochschulen im Fachbereich Soziale Arbeit angesiedelt. Wir halten diese Argumente für überzeugend, sind aber natürlich - das will ich auch deutlich machen - für Diskussionen offen. Eines ist jedoch sicher: Es ist am sinnvollsten, dass wir die Stärken nutzen, die bereits vorhanden sind.

(Beifall bei SSW und FDP)

Ich meine, der Einstieg des Kollegen Klug ist wirklich ganz wichtig, nicht zuletzt angesichts der gestrigen Debatte. Denn auch wenn man sagt, wir müssen weiterhin Möglichkeiten für Fachschulabsolventen haben, so müssen wir auch daran denken, dass wir Aufstiegsmöglichkeiten haben müssen und dass wir unsere Berufe auch der Entwicklung in Europa angleichen müssen.

Ich stimme also der Ausschussüberweisung zu und beantrage, dass außerdem der Sozialausschuss damit beauftragt wird.

(Beifall bei SSW, SPD und FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mit einer Überweisung - ich schlage vor, an den Sozialausschuss und mitberatend an den Bildungsausschuss - sind wir selbstverständlich einverstanden.

(Zurufe)

- Sind Sie einverstanden? - Wunderbar!

Ich möchte als ersten Punkt noch einmal hervorheben, dass die Diskussion, die wir hier in der ersten Runde geführt haben, im Zusammenhang mit einer zentralen Frage steht: Verstehen wir den Elementarbereich, also die Kindertagesstätten und andere Vorschuleinrichtungen, als die erste Stufe des Bildungswesens oder ist er für uns eine vom **Bildungswesen** sozusagen zu trennende Sphäre der **Kinderbetreuung**? Wenn man die Zugehörigkeit zum Bildungswesen bejaht, dann gibt es denklogisch keine Gründe dafür, für die Ausbildung des Fachpersonals einen anderen Standard vorzusehen als etwa für Lehrer an Grundschulen.

(Beifall bei der FDP)

Wie wollen Sie, wenn Sie die These Bildung bejahen und wenn Sie das in Rechnung stellen, was alle wissenschaftlichen Erkenntnisse der letzten Jahre zur Bedeutung der frühkindlichen Pädagogik, und das heißt eben auch zu einer Vorschulerziehung und Vorschulbildung, die diese neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse berücksichtigt, einbeziehen, begründen, dass Sie bei der Qualifizierung des Fachpersonals für die erste Phase des Bildungssystems, für den Elementarbereich, einen anderen Standard ansetzen als für den Grundschulbereich? Dafür gibt es dann keine logische Begründung mehr.

(Dr. Ekkehard Klug)

Zweiter Punkt - damit komme ich zum Schluss, Herr Präsident -: Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass es hierzu **bundesweit** längst eine Entwicklung mit entsprechenden **Studienangeboten** in Berlin, Niedersachsen und Bremen gibt. Das heißt, es geht hier auch um die Frage, ob sich Schleswig-Holstein wieder einmal - wie in so vielen Fällen - im Konvoi der Länder auf die altbekannte schleswig-holsteinische Schlusslichtrolle einlässt.

(Widerspruch bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das sind Sozialdemokraten und Christdemokraten mit ihrer Positionsbeschreibung in dieser Debatte. Sie wollen lieber wieder „hinterherhoppeln"

(Zurufe von der SPD)

- Herr Kollege Baasch -, anstatt einmal eine schon längst bundesweit laufende Entwicklung auch mit eigenen schleswig-holsteinischen Akzenten aktiv mitzugestalten.

(Beifall bei der FDP - Wolfgang Baasch [SPD]: Das machen wir doch schon längst! - Weitere Zurufe von der SPD)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile der Frau Ministerin Erdsiek-Rave das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Klug, die letzte Bemerkung war total daneben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Torsten Geerdts [CDU])

Berlin und Brandenburg haben sich jetzt auf den Weg gemacht, aber von der überwiegenden Zahl der Länder wird das abgelehnt. Das sollten Sie bitte einmal zur Kenntnis nehmen. Ich finde, wir sollten den Boden der ernsthaften Auseinandersetzung jetzt nicht unbedingt mutwillig verlassen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Jürgen Feddersen [CDU] und Heinz Maurus [CDU])

Die **Elementarpädagogik** hat es in der Tat derzeit nur mit drei zentralen Herausforderungen zu tun. Das erste ist die Neudefinition des Bildungsauftrages - sicherlich auch nach PISA - und der Aufmerksamkeit für den Elementarbereich. Natürlich ist das - jedenfalls nach meiner Auffassung - die erste Stufe des Bildungswesens.

Zweitens ist das die Gestaltung des Übergangs vom Kindergarten, der Kindertagesstätte in die Grundschule und drittens ist das die Ausbildungsqualität und die Weiterqualifizierung der Erzieherinnen und Erzieher.

Ich möchte zunächst einmal feststellen - weil hier solche Töne zum Teil angeklungen sind, auch bei Ihnen, Frau Eisenberg -: Die hohe Qualität der Erzieherausbildung ist in Schleswig-Holstein allgemein anerkannt,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

auch über die Landesgrenzen hinaus. Das schleswig-holsteinische Konzept der Erzieherausbildung hat die Rahmenvereinbarung der KMK dazu aus dem Jahr 2003 ganz wesentlich beeinflusst.

(Beifall der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD])

Noch etwas muss man sagen: Es entspricht in vielem - das muss man auch sehen - bereits der akademischen Qualifizierung in anderen Ländern. Das ist so.

(Beifall der Abgeordneten Wolfgang Baasch [SPD] und Jutta Schümann [SPD])

Wenn wir jetzt aber darüber nachdenken, ob wir in Zukunft ein **Hochschulstudium** im Bereich der Elementarpädagogik, etwa als Qualifikation für Teile des Erzieherberufes, brauchen - ich finde, diesem Gedanken sollten wir uns grundsätzlich nicht verschließen -,

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

dann hängt das in erster Linie mit europäischen Entwicklungen zusammen, angefangen von PISA bis hin zu Bologna, mit der europäischen Forderung nach Mobilität und Flexibilität. Wenn wir uns fragen, ob und welcher Reformbedarf besteht, dann darf das nicht zugleich eine Generalkritik an der bisherigen Arbeit der Kindertageseinrichtungen sein.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie Beifall des Abgeordneten Torsten Geerdts [CDU])

Im Gegenteil, auch das Flensburger Beispiel ist ein sehr positives. Die **Kindertagesstätten** unterziehen sich einer **Qualitätsüberprüfung**. Welch ein Fortschritt, kann man da nur sagen. Und Eltern wissen, Erzieherinnen leisten heute sehr viel, sie engagieren sich häufig außerordentlich in Betreuung und - Frau Eisenberg - in Bildung. Sie setzen neue pädagogische

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

Impulse, erproben neue Konzepte. Ich habe seit dem letzten Jahr, seit dem ich dafür zuständig bin, eine ganze Reihe von Einrichtungen besucht. Ich kann Ihnen nur sagen, manches pädagogische Konzept, das dort vorliegt, kann sich heute mit jedem Schulprogramm messen. Das ist wirklich so.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW und des Abgeordneten Torsten Geerdts [CDU])

Natürlich gibt es neue Herausforderungen. Zum Beispiel ist die Bedeutung der **frühen Sprachförderung** inzwischen unumstritten. Wir suchen auch Wege, um sie in die jetzige Praxis, in die Fort- und in die Ausbildung einzubeziehen. Derzeit wird in Neumünster an der schon zitierten Elly-Heuss-Knapp-Schule ein solches Modell erprobt - zusammen mit der Landeskoordinatorin sehr erfolgreich. Und weil das so ist, werden wir das in den Lehrplan für die Fachschule, der ja in der Erprobung ist und alle neue Elemente und Herausforderungen aufnimmt, aufnehmen und sozusagen zur Regel machen. Er tritt am 1. August 2004 in Kraft.

Nun noch einmal die Frage: Brauchen wir darüber hinaus als Ergänzung oder Alternative eine Ausbildung an der Hochschule? Und wie stehen die Praktiker dazu? - Ich will aus den Gesprächen, die ich in der Elly-Heuss-Knapp-Schule geführt habe, zwei Punkte aufgreifen. Es ist eine Europaschule - Frau Höfs hat das schon dargestellt -, die Auszubildenden sind hoch interessiert am europäischen Austausch und sie stellen dabei fest, die typisch deutsche Fachschulausbildung ist wenig kompatibel mit den Ausbildungen in anderen Ländern. Das muss man bitte auch zur Kenntnis nehmen.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das gilt aber generell für die mangelnde Transparenz der beruflichen Ausbildung in Europa. Deswegen ist auch der Brügge-Prozess, der jetzt parallel zum Bologna-Prozess in Gang gesetzt worden ist und sich mit der **Angleichung**, **Transparenz** und **Modularisierung** der **beruflichen Ausbildung** beschäftigt und das auf den Weg bringt, so bedeutsam. Wir müssen da Hürden und Hemmnisse abbauen.

Und einer Erzieherin, die sich nach ihrer Ausbildung oder einer Berufsphase heute für ein aufbauendes Studium an der Fachhochschule entscheidet, werden noch nicht einmal die Ausbildungsteile anerkannt, die ganz oder weitgehend deckungsgleich mit denen der Fachhochschule sind.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Viele Erzieherinnen nehmen das wahr, machen das so, 20 % derer, die sich in dem entsprechenden Studienzweig in der Fachhochschule befinden, kommen aus der Erzieherausbildung. Denen wird nicht ein einziges Semester, ein einziges Modul, anerkannt. Da bietet die Umstellung auf Bachelor/Master, wie sie jetzt an der Fachhochschule vorbereitet wird, eine sehr gute Möglichkeit, diese Module aufzunehmen und den Übergang sozusagen von der Erzieherausbildung in ein Fachhochschulstudium zu erleichtern. Ich finde, das wäre ein guter erster Schritt.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Darüber hinaus müssen wir prüfen - es hat in dieser Woche dazu Gespräche mit der Fachhochschule gegeben und wir sind da ein Stück weitergekommen - und auch die schwierigen Auswirkungen einbeziehen, ob bei dieser konsekutiven Umgestaltung des **Fachhochschulstudiengangs Sozialwesen** im Zuge des Bologna-Prozesses der erste berufsqualifizierende Abschluss, also der Bachelor, eine elementarpägagogische Qualifizierung umfassen kann. Das wäre unter Umständen eine wünschenswerte Voraussetzung für eine Leiterin oder einen Leiter von Kindertagesstätten.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber die Fachhochschule ist erst wirklich - bitte nicht übertreiben - in den allerersten Anfängen ihrer Überlegungen dazu.

Die Anrechnung bestimmter Module muss also sichergestellt werden. Das ist der erste Schritt. Den weitergehenden Schritt sollten wir sehr sorgfältig prüfen. Ich stehe dem tendenziell offen gegenüber, Herr Dr. Klug, denn der europäischen Herausforderung, die damit verbunden ist, müssen wir uns unbedingt stellen.

(Glocke des Präsidenten)

- Ich komme zum Schluss, Herr Präsident. Ich finde, wir sollten die Konsequenzen wirklich sorgsam bedenken und im Ausschuss vielleicht eine umfassende Anhörung durchführen, denn der Ansatz ist wichtig und zukunftweisend und wir sollten uns dem öffnen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor; damit schließe ich die Beratung. Es ist beantragt worden, diesen Antrag federführend dem Sozialausschuss und mitberatend dem Bildungsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Dann haben wir einstimmig so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 10 - das war der, den wir heute Mittag verloren hatten - auf:

Erste Lesung des Entwurfes eines Gesetzes zur Änderung des Hochschulgesetzes (HSG) - Hochschulmanagement

Gesetzentwurf der Landesregierung

Drucksache 15/3447

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht. Dann eröffne ich die Grundsatzberatung und erteile der Frau Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur, Frau Erdsiek-Rave, das Wort.

Ute Erdsiek-Rave, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Mehr Freiheit, mehr **Autonomie** für die **Hochschulen**, das ist bundes- und europaweit das Prinzip, Herr Astrup, um die Hochschulen wirklich zukunftsfähig zu machen. Dazu gehören die Zuweisungen von Globalbudgets, wie wir das seit einigen Jahren schon praktizieren, dazu gehören Zielvereinbarungen und Hochschulverträge und dazu gehören klare Managementstrukturen, um Zuständigkeiten, Kompetenzen und Verantwortungen für Rektorate und Dekanate auf der einen Seite und Senate und Konvente auf der anderen Seite klar zu regeln. Die Allzuständigkeit aller für alle Angelegenheiten der Hochschule, das ist weder zeitgemäß noch ist es zukunftsfähig.

Gestärkt werden soll insbesondere die Rolle der **Rektorinnen** oder **Rektoren**. Sie oder er wird in Zukunft die Geschäftsbereiche im Rektorat festlegen und die maßgeblichen Personalvorschläge für die Prorektorinnen und Prorektoren machen. Und schließlich sollen die Hochschulen das Recht erhalten, Professorinnen und Professoren nach C 2 und C 3 eigenständig zu berufen und zu ernennen. Zu den C-4-Berufungen habe ich mich schon an anderer Stelle geäußert. Ich möchte nur noch einmal sagen: Kaum ein Bundesland will es da anders als wir - und das aus guten Gründen, weil natürlich zwischen C 3 und C 4, sozusagen in der strategischen Auswirkung der Berufung, ein erheblicher Unterschied besteht.

Das **Auswahlrecht der Hochschulen** werden wir nicht an dieser Stelle regeln, das wird - nach meinen Informationen - bald sehr zügig in einem Bundesgesetz vorgelegt werden. Nach meiner Information wird das eine sehr weitgehende Regelung sein. Danach werden wir uns dann richten.

Neu geregelt wird mit diesem Gesetz auch die Struktur des **Universitätsklinikums Schleswig-Holstein**, wo es in Zukunft eine Entscheidungsebene zwischen dem Vorstand und den inzwischen fast 80 einzelnen Instituten und Klinika geben wird. Auch in diesem Gesetzgebungsverfahren haben wir alle Beteiligten angehört und deren Vorstellungen, Stellungnahmen und Wünsche diskutiert. Ich sage Ihnen ganz offen: Die Stellungnahmen sahen etwas anders aus, als sie sich in Vorgesprächen und in den Diskussionen, die der Erichsen-Kommission vorausgegangen sind, angehört hatten und nach denen wir unseren Gesetzentwurf zunächst konzipiert hatten.

Dabei sind gegenüber dem Ausgangsentwurf eine Reihe von Veränderungen realisiert worden. Die wichtigsten greife ich heraus:

Einen **Landeshochschulplan** wird es auch in Zukunft geben. Allerdings wird er in Zukunft auf die zugrunde liegenden Entwicklungsziele der Hochschulstruktur konzentriert sein. Er wird dem Parlament vorlegt.

Die **Zielvereinbarungen** werden weiterhin durch den Senat und nicht durch das Rektorat beschlossen. Das hatten sich selbst die Rektorate gewünscht, nachdem in der Vergangenheit deutlich andere Signale gekommen waren.

Und um die Eigenständigkeit des Kanzlers beziehungsweise der Kanzlerin als Beauftragte des Haushalts zu sichern, wird der Kanzler nicht vom Rektor, sondern wie bisher auf Vorschlag des Senats gewählt.

Das Verfahren zur **Bestellung der hauptamtlichen Gleichstellungsbeauftragten** im UKSH wird modifiziert, damit es in Zukunft praktikabler als bisher wird.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Das sind die wesentlichen Veränderungen, die wir aus der Anhörung übernommen haben. Darin sind wesentliche Vorschläge und Vorstellungen der Hochschulen berücksichtigt.

Meine Damen und Herren, ich kann nun schon singen, was die Opposition und insbesondere Herr de Jager dazu sagen wird. Die üblichen Verbalradikalismen

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

(Ministerin Ute Erdsiek-Rave)

kennen wir aus seinen Stellungnahmen und Presseerklärungen: „eingebrochen", „Chaos" und „eingeknickt" und so weiter.

Ich möchte Ihnen eines sagen: Ich nehme Anhörungen ernst.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: „Lernfähig" fehlt!)

- Wie bitte?

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: „Lernfähig"!)

- Das haben Sie jetzt gesagt. Vielen Dank.

Ich nehme auch demokratische Verfahren ernst. Ich nehme gute Argumente ernst.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Und ich bin dezidiert der Auffassung, dass man Reformen nur durchsetzen kann, wenn sie von der Mehrheit der Betroffenen getragen werden.

Das schreibe ich Ihnen ins Stammbuch, Herr de Jager: Sie kommen immer wieder mit Ihrem Lieblingsthema **Hochschulrat**, den kein Mensch in Schleswig-Holstein will.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den wollen die Universitäten und auch die Mehrheit des Parlaments - bis auf Sie - nicht. Kein Mensch will einen solchen Hochschulrat, aber trotzdem kommen Sie immer wieder mit diesem Thema. Auch in Zukunft wird Ihnen in diesem Punkt niemand zustimmen.

Das gilt auch für die **Studiengebühren**. Auch für Ihre diesbezügliche Haltung finden Sie weder in der Bevölkerung noch bei den Handelnden eine Mehrheit.

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Nein, lesen Sie einmal die einschlägigen Umfragen, Herr Kayenburg.

Ich will jedoch nicht verhehlen, dass es in der Anhörung auch Einwände und Bedenken gab, die wir nicht berücksichtigen werden. Immer wieder haben wir im Vorfeld dieser Gesetzesnovelle eines festgestellt: Auf der einen Seite war es die Kritik an den schwer steuerbaren und unzeitgemäßen Gremienhochschulen. Auf der anderen Seite ist es so: Wenn man diese **Gremienstruktur** klären und ihr eindeutige Verantwortlichkeiten zuordnen will, sind es dieselben Kritiker, die solche Veränderungen ablehnen.

Ich hoffe, wir können Sie langfristig doch von der Richtigkeit unserer Ziele überzeugen. Denn mit den vorgelegten Änderungen des HSG machen wir unsere Hochschulen ein Stück zukunftsfähiger und ich bitte Sie dabei herzlich um Ihre Unterstützung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten de Jager das Wort.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Erdsiek-Rave, zunächst einmal finde ich es interessant, dass Sie etwa die Hälfte Ihrer Redezeit darauf verwendet haben, auf unseren Gesetzentwurf einzugehen, den wir schon in der letzten Sitzung beraten haben, beziehungsweise zu prognostizieren, was ich gleich sagen werde. Ich glaube, es wäre besser gewesen, wenn Sie mehr Zeit darauf verwendet hätten, zu begründen, warum Sie Ihren Gesetzentwurf in der jetzigen Form vorstellen.

Zum **Hochschulrat**. Wir werden sehen, wie es in den anstehenden Beratungen weitergeht.

Was die **Studiengebühren** anbelangt, so möchte ich darauf verweisen, dass es eine Umfrage des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln gibt, die besagt, dass es eine eindeutige Mehrheit auch der Studierenden für Studiengebühren gäbe, wenn sie zu einer Verbesserung der Studienbedingungen führen würden. Das ist das Modell, das wir vertreten und deshalb ist es ein richtiges Modell.

(Beifall bei der CDU)

Ich werde mich etwaigen Verbalradikalismen - das war, so glaube ich, das Wort - enthalten.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Wie immer!

Ich komme allerdings nicht umhin, festzustellen, dass die Schnittmenge zwischen einem Referentenentwurf und einem vorgelegten Kabinettsentwurf noch nie so klein war wie bei dieser Gesetzesnovelle.

(Jürgen Weber [SPD]: Da siehst man, was für eine starke SPD-Fraktion das ist!)

Frau Erdsiek-Rave, ich fand es interessant, wie Sie das begründet haben. Sie haben gesagt, Sie hätten sich ursprünglich an die ersten Äußerungen nach dem Erichsen-Gutachten gehalten, hätten daraufhin eine Novelle gezimmert und diese noch einmal zur Anhörung gestellt. Dann seien die Antworten anders gewesen und deswegen hätten Sie eine weitere Novelle

(Jost de Jager)

erstellt. Wie machen Sie eigentlich Novellen? Richten Sie sich ausschließlich nach dem, was Sie in einer Anhörung antizipieren oder machen Sie eine Hochschulpolitik, von der Sie selber als Ministerin und als Kabinett überzeugt sind? - Ich glaube, dass diese von Ihnen vorgelegte Novelle zeigt, dass Sie nur noch im Rückwärtsgang regieren.

Meine Damen und Herren, ich bin der Auffassung, dass es gut ist, dass Sie in drei wesentlichen Punkten des Gesetzentwurfes, den sie jetzt vorgelegt haben, tatsächlich Einsicht bewiesen und sich von einer Politik getrennt haben, die Sie ursprünglich vertreten haben.

Zunächst einmal halte ich es für richtig, dass Sie von Ihrer Politik Abstand genommen haben, die Sie zu entmachten nahte. Es ist richtig und auch unsere Forderung gewesen, dass die Senate weiterhin den **Zielvereinbarungen** zustimmen müssen; darin haben Sie sich korrigiert. Es wäre besser gewesen, Sie hätten es von vornherein nicht vorgeschlagen.

Ein weiterer Punkt betrifft den **Landeshochschulplan**. Ich halte es auch für richtig, dass Sie weiterhin an einem Landeshochschulplan festhalten. Ich glaube allerdings, dass es mittlerweile eine Art Chimäre ist, die in Ihren Debatten zwar ständig herumgeistert, aber nicht umgesetzt wird. Wenn Sie schon an dem Landeshochschulplan festhalten und ihn weiterhin ins Gesetz schreiben wollen, müssen Sie irgendwann einmal auch einen vorlegen. Sie befinden sich nämlich in der Bringschuld. Ich darf aus der Koalitionsvereinbarung für diese Legislaturperiode zitieren, in der die Grünen und die SPD Folgendes verankerten:

> „Wir werden in dieser Legislaturperiode einen neuen Landeshochschulplan erstellen und in eine gemeinsame Hochschulentwicklungsplanung mit den norddeutschen Ländern eintreten."

Beides ist nicht erfolgt. Sie haben weder einen Landeshochschulplan erstellt noch gibt es eine norddeutsche Abstimmung. Insofern haben Sie Ihren eigenen Koalitionsvertrag gebrochen.

> (Beifall bei der CDU - Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das kann man auch anders sehen!)

Meine Damen und Herren, ein Kollege hat mich heute Morgen angesprochen und gefragt, warum wir wieder zur Hochschulstrukturreform diskutieren würden; das hätten wir doch schon alles besprochen. Dieser Punkt betrifft die Zentrenbildung am Universitätsklinikum in Schleswig-Holstein.

Es ist interessant, mit welcher Regelmäßigkeit wir uns in diesem Landtag mit der Frage **Universitätsklinikum** beschäftigen und jedes Mal erfolgt diese Diskussion unter neuen Maßgaben.

1998 hieß es, die Wirtschaftlichkeit und die Effizienz der Strukturen könnten nur gewährleistet werden, wenn sie verselbstständigt würden. Zwei Jahre später hieß es, die Wirtschaftlichkeit und die Effizienz könnten nur gewährleistet werden, wenn eine Fusion mit einem Vorstand hergestellt würde. Jetzt heißt es, dieser Vorstand sei gar nicht in der Lage, dieses Klinikum richtig zu managen und daher müsse jetzt eine Zwischenebene in Form dieser Zentren eingezogen werden.

> (Ministerin Ute Erdsiek-Rave: Menschen lernen doch im Laufe der Zeit dazu!)

Sie geben in dem Deckblatt Ihrer Begründung selber zu, dass es durch diese Zentrenbildung an dem Universitätsklinikum zu vermehrten Kosten komme. Sie sagen dann auch - das ist die stille Hoffnung, die Sie haben -, dass sich diese Kosten irgendwann einmal selber trügen. Denn die Zentren trügen aufgrund ihrer Koordinationsfunktion unter Umständen - „allerdings sei damit zu rechnen", sagen Sie - dazu bei, Kostenstrukturen zu optimieren. Das haben Sie schon bei Roland Berger gehofft.

Ich sage Ihnen, meine Damen und Herren, es ist angesichts der Finanzsituation des Universitätsklinikums in Schleswig-Holstein nicht in Ordnung, mit einem im Wirtschaftsplan vorgesehenen Defizit von 8,2 Millionen € und einem prognostizierten Defizit von 15 Millionen € in diesem Jahr diesem Klinikum noch weitere Mehrkosten zuzumuten, indem jetzt eine weitere Zwischenebene eingezogen wird. Wenn Sie diese Zwischenebene einziehen, dann darf das nicht zulasten des Budgets des UKSH, sondern muss zulasten Ihres eigenen Budgets erfolgen.

> (Glocke des Präsidenten)

Dann müssen Sie Gelder nachschießen.

> (Beifall bei der CDU)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Weber das Wort.

Jürgen Weber [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In der Tat befinden wir uns mit dieser Debatte in einem Prozess gewisser Wiederholungen der letzten Monate. Ich will deswegen in aller Kürze deutlich machen, was für uns in diesem Verfahren wichtig ist. Über die

(Jürgen Weber)

Novelle ist in der Öffentlichkeit bereits viel geredet, spekuliert und ausgetauscht worden. Es ist insofern schön, dass wir heute noch einmal im Parlament darüber reden.

Eines ist zu unterstreichen: Auch bei einigen Veränderungen gegenüber dem Referentenentwurf bleibt die hauptsächliche Botschaft bestehen, dass wir einen zentralen Punkt der Vorschläge der Erichsen-Kommission anpacken und dass wir das, was wir zugesagt haben, nämlich umsetzungsorientiert zu arbeiten, mit dieser Novelle einlösen. Es bleibt dabei: Wir wollen und müssen **Hochschulleitungen** für mehr Handlungsfähigkeit und für eine präzisere Aufgabenverteilung in der Hochschule stärken.

Ich bin sehr froh, dass schon vor der parlamentarischen Behandlung wichtige Korrekturen vorgenommen worden sind. Die Hochschulpolitik der letzten Jahre, die auch sozialdemokratisch geprägt ist, hat immer auch ganz wesentlich die Verbesserung der **Mitwirkungsrechte** aller Gruppen der Hochschulen - auch der nicht professoralen - ins Auge genommen. Wir haben von der Drittelparität im Konsistorium bis hin zur Mitwirkung der Frauenbeauftragten ein Stück Mitwirkung und Demokratie an den Hochschulen geschaffen. Dies wollen wir auf keinen Fall zur Disposition gestellt sehen, und zwar auch nicht bei notwendigen Straffungen im Ablauf der Prozesse. Ich glaube, das ist mit dem vorgelegten Gesetzentwurf ganz gut gelungen. Über Details wird man noch zu reden haben.

Ich finde es sehr begrüßenswert, dass die Landesregierung das Mitwirkungsverfahren im Referentenentwurf ernst genommen hat. Ich finde das nicht problematisch, sondern sehr lobenswert. Wir werden das parlamentarische Anhörungsverfahren im Ausschuss genauso ernst nehmen und alle Dinge prüfen, die uns dort vorgetragen werden. Wenn Herr de Jager dies als einen Chaoskurs bezeichnet, dann mag ihm das gern gewährt sein. Wir sind der Auffassung, dass in solchen zentralen Fragen ein politisches Oktroi des Landes gegenüber den Hochschulen nicht angemessen ist.

Wir begrüßen die Änderungen, die ich im Einzelfall nicht wiederholen will. Die Ministerin hat das getan. Es wurde immer wieder angesprochen, dass das Thema **Landeshochschulplan** ein sich ein bisschen verselbstständigendes Symbol ist. Für uns ist es nicht wesentlich, einen Plan als solches zu haben. Für uns geht es darum, den Prozess des Zielvereinbarungsverfahrens mit den Hochschulen zusammenzubinden und so auch mit den verschiedenen Aktivitäten der Kooperation mit anderen Bundesländern, die es schon gibt, verhandelbar zu machen. Auch da ist der Plan kein Selbstzweck, sondern er ist genauso abzustufen, wie es vorgetragen wurde.

Aus aktuellem Anlass sage ich, dass ich glaube, wir werden dies im Ausschuss sehr sachlich weiter beraten. Es ist nicht hilfreich, wenn gewisse Irrationalismen Eintritt in die Debatte haben. In der neuesten Ausgabe der Zeitschrift der CAU „Christiana Albertina" wird ein sehr lesenswerter und guter historischer Beitrag des künftigen Rektors, Herrn Eckert, über die juristische Fakultät im Nationalsozialismus im Vorwort vom Redakteur mit den Worten eingeleitet: Das sei ein bedenkenswerter Beitrag, der auch den heutigen Hochschulpolitikern zur Warnung gegenüber angeblich autoritativen Tendenzen bei der Beschneidung von Senatskompetenzen Anlass geben sollte. Wenn die Debatte, die wir hier führen, mit dem in Vergleich gesetzt wird, was zwischen 1933 und 1945 an Bedrängung der Fall war, dann zeigt es, dass die eine oder andere Überreaktion sehr problematisch ist. Ich kann den Hochschulen nur sehr raten, solche Sachen zu korrigieren und zurückzuziehen. Das würde unseren demokratischen Diskussionsprozess deutlich stärken.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Ulf von Hielmcrone [SPD] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Ich sage das ohne dramatischen Unterton. Ich glaube aber, dass gewisse Dinge eine sachliche Ebene nicht verlassen dürfen.

Wir freuen uns auf die Ausschussberatungen. Wir werden die Anhörung ernst nehmen und gegebenenfalls in diesem Hause wieder zusammenkommen, um in der zweiten Lesung einen guten Gesetzentwurf zu beschließen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Klug das Wort.

Dr. Ekkehard Klug [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Landesregierung hat die vorliegende Hochschulgesetznovelle im Vergleich zum Referentenentwurf in einem wesentlichen Punkt entschärft: Zu den Aufgaben der Hochschulsenate zählt nunmehr nach § 39 Abs. 1 auch wieder die Zustimmung zu den **Zielvereinbarungen**, die die Hochschulen mit dem Land abschließen.

Die FDP begrüßt es nachdrücklich, dass die Landesregierung damit auf die im Vorfeld vonseiten der

(Dr. Ekkehard Klug)

Hochschulen - aber auch vonseiten der FDP-Landtagsfraktion - geäußerte Kritik eingegangen ist. Zielvereinbarungen ausschließlich zu einer Angelegenheit zwischen dem Rektorat auf der einen Seite und dem Ministerium auf der anderen Seite zu machen, hätte de facto zu einer totalen Aushöhlung der Mitwirkungsrechte aller Gruppen der Hochschulen geführt, denn angesichts der weit reichenden Auswirkungen, die Zielvereinbarungen - von der Hochschulentwicklung und Profilbildung bis zur Auflösung von Studiengängen oder sogar ganzen Fachbereichen - haben, wäre die **Hochschulmitbestimmung** auf der Basis des Referentenentwurfs bloß zu einer leeren Hülle geworden. Wir erkennen an, dass die Landesregierung insoweit Einsicht gezeigt hat.

Die FDP-Fraktion ist der Auffassung, dass zwischen der Stärkung des Hochschulmanagements auf der einen Seite und den Mitwirkungsrechten der Gruppen auf der anderen Seite eine vernünftige Balance erreicht werden muss. Die Rektorate sollten auch deshalb über kein umfassendes Direktionsrecht nach dem Muster eines Unternehmensvorstandes verfügen, weil - anders als etwa bei einer Kapitalgesellschaft - in einer Hochschule kein Aufsichtsrat und keine Gesellschafterversammlung da ist, die die Leitung gegebenenfalls jederzeit vor die Tür setzen kann. Das hatten wir in jüngster Zeit bei bedeutenden Aktiengesellschaften in einigen markanten Beispielen erlebt. Im Gegensatz dazu hätte man bei einer Hochschulleitung, die auf mehrere Jahre gewählt ist, praktisch eine Diktatur auf Zeit mit umfassenden Kompetenzen. Das wollen wir nicht.

Einige der von der Landesregierung vorgeschlagenen Regelungen sollten unseres Erachtens noch einmal überdacht werden. Das betrifft zum einen die vorgesehenen Vorschlagsrechte der Hochschulrektoren für die Besetzung der übrigen Rektoratsämter. Im Fall der Position des Kanzlers ist ein solches Vorschlagsrecht sicherlich nachvollziehbar, weil man das Verhältnis zwischen dem Rektor und dem **Kanzler** einer Hochschule in etwa mit dem Verhältnis zwischen einem Minister oder einer Ministerin und dem jeweiligen Amtschef - also dem Staatssekretär - vergleichen kann. Ein Hochschulkanzler muss sinnvollerweise das Vertrauen des Rektors - beziehungsweise der Rektorin - besitzen, wenn die Leitung einer Hochschule vernünftig funktionieren soll. Für die Ämter der Prorektoren halte ich ein Vorschlagsrecht des Rektors jedoch nicht für zwingend erforderlich. Hier könnte man die Regelung doch wieder etwas öffnen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Der in § 39 vorgesehene Wegfall einer Generalklausel für die Zuständigkeit der Hochschulsenate und die konkrete Festlegung der Aufgaben und Rechte der **Senate** ist unseres Erachtens grundsätzlich ein richtiger Weg. Frau Erdsiek-Rave, das ist ein wesentlicher Punkt, in dem die Balance im Sinne einer Stärkung der Rektorate dadurch geprägt wird, dass der Senat eben nicht mehr mit einer Generalklausel letzten Endes alles und jedes an sich ziehen kann. Das ist ein ganz wichtiger Punkt. Daher sind wir in diesem Punkt im Prinzip auch der gleichen Meinung wie Sie. Wir sind aber der Auffassung, dass man in den Zuständigkeitskatalog der Senate über das hinaus, was Sie im Gesetzentwurf vorschlagen, auch noch aufnehmen sollte, dass die Senate auch Entscheidungen und allgemeine Empfehlungen zur Verwendung von Personal- und Sachmitteln aussprechen können.

Das ist bislang nicht vorgesehen. Ich meine aber: Wenn man eine Kompetenz in der Zuständigkeitsliste der Senate zur Beschlussfassung über den Haushalt der jeweiligen Hochschule einführt, dann ist dies im Grunde ein leeres Budgetrecht, wenn der Senat nicht gleichzeitig auch Möglichkeit hat, allgemeine Empfehlungen zur Verwendung von Sach- und Personalmitteln zu beschließen.

Anders als die Regierung wollen wir Liberalen - wie ich es bereits in der letzten Tagung im Zusammenhang mit der Beratung über den CDU-Antrag gesagt habe - den Hochschulen die volle **Personalhoheit** übertragen, das heißt auch das Recht über Berufungen der Professoren der Gruppen C 4 - respektive W 3 - zu entscheiden. Letzten Endes folgen Sie mit Ihrer Differenzierung im Grunde der alten Abgrenzung des Ordinarienstatus, der angeblich längst verflossen ist. Er taucht hier im Grunde in der Sache wieder auf. Die Ordinarien sind sozusagen der Teil des Lehrkörpers, über dessen Besetzung dann doch wieder die Regierung entscheidet. Das ist eine Einschränkung der Autonomie der Hochschule, die wir nicht für richtig halten. Hier würden wir gern etwas weiter gehen.

(Beifall bei der FDP)

Präsident Heinz-Werner Arens:

Ich erteile Frau Abgeordneter Birk das Wort.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Qualität muss belohnt werden. Das ermöglicht das neue Hochschulgesetz insofern, als endlich Anreize gesetzt werden, damit Evaluation in Forschung und Lehre die Mittelvergabe bestimmt. Dies halten wir für einen wesentlichen Beitrag zum modernen Hoch-

(Angelika Birk)

schulmanagement. Insofern begrüßen wir diesen Gesetzentwurf und freuen uns, dass er in der Auseinandersetzung mit den Gremien gewisse Korrekturen erfahren hat, die auch in unserem Sinne sind.

Warum ist es so wichtig, an dieser Stelle auf das Thema **Management** zu sprechen zu kommen und trotzdem zu sagen: **Hochschulen** sind keine Unternehmen? Hochschulen sind deswegen keine Unternehmen, weil die sie tragenden Personen keine finanzielle Verantwortung tragen, so wie das ein Unternehmer oder ein Geschäftsführer einer GmbH tut. Gleichzeitig ist aber der Anspruch, dass Bürokratie keine wilden Blüten treiben darf, sondern dass die Ressourcen effizient verwandt werden müssen, an eine Hochschule in dem selben Maße zu stellen wie an ein Unternehmen. Hierüber sollte es keine zwei Meinungen geben. Damit das funktioniert, brauchen wir tatsächlich gute Transmissionsriemen.

Ich will ausdrücklich hervorheben, dass die Gewaltenteilung, wie sie jetzt im Großen und Ganzen im Gesetz gefunden worden ist, der richtige Weg ist, wobei man natürlich nach der Ausschussanhörung über Details noch einmal wird sprechen müssen. Grundsätze müssen die demokratischen Gremien der Hochschulen fassen. Sie müssen auch Einblick in das Budget haben und müssen dafür mit die Verantwortung übernehmen. Natürlich müssen sie auch die Verantwortung im Hinblick auf die Zielvereinbarungen tragen. Aber das operative Geschäft und die Zusammenstellung der Crew, die im Rektorat oder im Dekanat jeweils die Verantwortung für das operative Geschäft trägt, ist etwas anderes, und diesbezüglich muss es auch Regeln geben, damit das, was gemeinsam beschlossen worden ist, auch tatsächlich umgesetzt werden kann.

Als jemand, der nicht in Kiel studiert hat, muss ich sagen: Die CAU ist, wenn wir das einmal mit Universitäten anderer Bundesländer vergleichen, diesbezüglich nicht der große Fortschrittmacher. Gerade für die CAU bedeutet ein solches Hochschulgesetz einen kräftigen Schritt nach vorn. Die Fachhochschulen, häufig jünger an Datum, haben schon eine etwas modernere und managementorientiertere Führung. Ich sage das ausdrücklich mit dieser Vehemenz, weil gerade auch aus der CAU viele kritische Stimmen gekommen sind.

Gut gefällt mir an dem Hochschul-Gesetzentwurf außerdem, dass wir die **Klinika** nun tatsächlich in einer Zentrenstruktur so geformt haben, wie dies einem modernen Krankenhausmanagement entspricht. Herr de Jager, Sie haben das kritisiert und gesagt, dies sei eine Art Hilfskrücke. Schauen Sie sich große Krankenhäuser und auch die Berliner Charité an, die mit dem Uni-Klinikum in der Größenordnung vergleichbar ist. Sie können zwischen der Leitungsebene und den einzelnen Instituten keine so große Spanne vorsehen, dass sozusagen ein Leitungsteam von vier bis fünf Leuten mit 20, 30 oder gar 40 Instituten verhandeln muss. Hier muss es eine Zwischenebene geben und es muss auch klar sein, dass nicht alte Ordinarienherrlichkeit über modernes Krankenhausmanagement triumphiert. Ich bin auch sehr froh darüber, dass die Pflege und das Management der Pflege nunmehr einen angemessenen Status gefunden haben. Denn nur so bekommen wir tatsächlich die Klinik flott und das muss ja unser aller Ziel sein.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben noch einige Anmerkungen zur Stellung der **Frauenbeauftragten** zu machen. Wir werden uns noch einmal genau ansehen, inwieweit es im Vergleich zur bisherigen Fassung des Hochschulgesetzes Fortschritte gegeben hat oder ob im Detail vielleicht noch etwas nachzubessern ist. Ich freue mich über die Veränderung, die die Formulierung zur Gleichstellungsbeauftragten des Uni-Klinikums erfahren hat.

Bereits gestern, als wir über Bologna gesprochen haben, hatte ich erwähnt: Um der Internationalität auch unserer Fachhochschulen Rechnung zu tragen, wäre es an der Zeit, das **Studienkolleg**, was seinen Status angeht, den Studienkollegs anderer Bundesländer vergleichbar zu machen. Nach wie vor besteht hier die Reminiszenz, dass dieses Studienkolleg als berufsschulartige Einrichtung geführt wird. Es handelt sich aber doch bei den dort lernenden jungen Leuten um angehende Studierende, die, damit sie sich entsprechend vorstellen können, damit sie gegebenenfalls berufsbegleitend Jobs annehmen können, den Status des Studierenden auch schon brauchen, wenn sie den hochschulvorbereitenden Deutschkurs besuchen.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Insofern wäre zu fragen, ob man dies nicht gleich im Hochschulgesetz mit ordnet, so wie es andere Bundesländer zum Teil in ihren Hochschulgesetzen ebenfalls ausformuliert haben. Dies ist ein Detail, über das man sich auch im Rahmen der Anhörung noch einmal unterhalten kann.

Alles in allem möchten wir die Formulierungen zum Hochschulplan ausdrücklich begrüßen. Ich widerspreche Herrn de Jager, wenn er sagt, der Koalitionsvertrag sei nicht eingehalten worden. Wir hatten im Rahmen der Arbeit der Erichsen-Kommission einen Bottom-up-Prozess zu verzeichnen. Die einzelnen

(Angelika Birk)

Hochschulen haben Erichsen ihre Vorstellungen dargelegt. Die Erichsen-Kommission hat sie geprüft und hat daraus einen **Hochschulplan** erstellt, der dann von der Landesregierung noch einmal gelesen, zum Teil korrigiert und der uns hier im Parlament anschließend zur Debatte vorgelegt wurde. Dies hat einen breiten öffentlichen Diskussionsprozess und glücklicherweise auch einen breiten Konsens ausgelöst. Dann wurden - zum Teil aus Zeitgründen parallel, aber immer auf Grundlage dieses Plans - die Zielvereinbarungen ausgehandelt, die jetzt mit dem Gesetz ein Instrument erfahren, damit sie zeitnah umgesetzt werden können.

(Glocke des Präsidenten)

Das ist ein guter demokratischer Prozess gewesen. Ich wünsche mir, dass - vielleicht ohne die Hilfe einer auswärtigen Kommission, aber im Grunde genommen in einem ähnlichen Prozess - vor Ablauf der fünf Jahre, die diese Zeilvereinbarungen jetzt gelten, ein neuer Hochschulplan auf den Weg kommt, damit sich das Parlament auf dem Stand der aktuellen Entwicklung wiederum ein Gesamtbild machen kann.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Formulieren Sie Ihren letzten Satz!

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Mein letzter Satz: Ich bitte deswegen die Opposition, ihre sehr vordergründige Argumentation zu überprüfen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich seiner Sprecherin, der Abgeordneten Frau Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Referentenentwurf des nun vorliegenden Gesetzesentwurfs wurde bereits im Vorwege heiß diskutiert, und zwar nicht nur letztes Mal, als es um die Initiative der CDU ging, sondern auch wegen der eingegangenen Stellungnahmen, so zum Beispiel auch der Stellungnahme der Fachhochschule Kiel, die über ihre Kritikpunkte zu der Einführung von Unternehmensstrukturen und der drohenden Entdemokratisierung durch Aufgabenverschiebung zwischen den verschiedenen Organen unter anderem zu dem Schluss kam, dass die Stärkung der **Hochschulautonomie** für sie kaum erkennbar sei. - Kurz und gut: Wir brauchen also heute das Rad nicht von Neuem zu erfinden.

Wir begrüßen es, dass die Stärkung des **Rektorats** in diesem Entwurf nicht mehr zulasten der Gremien geht. Bereits zum Entwurf der CDU sagten wir, dass die Stärkung des Rektorats nicht auf Kosten der Hochschuldemokratie durchgesetzt werden darf. Wir dürfen über das Streben nach Effizienz nicht vergessen, dass die Universitäten eine wichtige allgemeingesellschaftliche Aufgabe zu erfüllen haben. Das Rektorat sollte daher auch so eingreifende Entscheidungen wie den Abschluss von Zielvereinbarungen nicht allein fällen dürfen, da die Hochschulen insgesamt von der Umsetzung der für sie gültigen Zielvereinbarungen betroffen sind.

Die für eine Universität abgeschlossenen Zielvereinbarungen nehmen großen Einfluss auf das gesamte Innenleben einer Hochschule. Aspekte wie die Finanzen, Qualitätssicherung und nicht zuletzt die Umsetzung von Gleichstellung und Chancengleichheit gehören dazu. Das bringt mich auf einen weiteren wichtigen Punkt, der aus unserer Sicht noch zu klären sein wird.

Die **Frauenbeauftragten** hoben in ihrer Stellungnahme zum Referentenentwurf hervor, wie wichtig ihnen § 66 a Abs. 2 des vorliegenden Entwurfs ist. Dort geht es um die Rolle der Frauenbeauftragten in Entscheidungsprozessen. Auch bei dem nun vorliegenden Entwurf befürchten sie eine Schwächung ihrer Position im Gender-Mainstreaming-Prozess, da ihrer Auffassung nach die Ergänzung der Landesregierung zu dem bestehenden HSG hinter die geltende Praxis zurückfällt. Uns ist in Gesprächen dazu erklärt worden, dass Satzungen, die sich die Hochschulen selbst geben, zu erheblichen Rechtsunterschieden und, damit verbunden, auch zu Rechtsunsicherheiten führen können. Mit anderen Worten: Zur Wahrung landeseinheitlichen Rechts und zur Wahrung von Rechtssicherheit sollte eine Regelung daher nicht durch Hochschulsatzung, sondern durch das HSG selbst erfolgen. Die Rolle der Frauenbeauftragten in den Hochschulen ist und bleibt uns wichtig, da unter anderem der Frauenanteil in der Forschung immer noch zu gering ist, um nur ein Beispiel zu nennen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hier muss in der Ausschussarbeit noch nachgebessert werden, denke ich. Daher noch einmal: Wir wollen starke Hochschulen und wir wollen die Zukunftsfähigkeit unserer Hochschulen insgesamt in Europa sichern. Um dies zu erlangen, werden Änderungen

(Anke Spoorendonk)

auf dem Hochschulsektor vonnöten sein. Das haben wir in dieser Landtagssitzung und auch beim letzten Plenum mehrfach besprochen. Wir begrüßen es daher auch, dass sozusagen die Botschaft von Lissabon, dass die **Forschungsausgaben** auf mindestens 3 % des Bruttonationalprodukts zu steigern sind, endlich auch von der Bundesregierung verinnerlicht worden ist. Für uns gilt aber auch, dass wir vor lauter Effizienz- und Wettbewerbsdenken die Demokratie an unseren Hochschulen nicht „mit dem Bade ausschütten" dürfen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Jost de Jager.

Jost de Jager [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nur der Vollständigkeit halber, damit es sich nicht in den Protokollen festsetzt, etwas noch einmal zu der Aussage der Ministerin, keiner würde gut finden, was wir fordern. Ich darf auf eine Meldung vom 4. März 2004 des Informationsdienstes des Instituts der deutschen Wirtschaft in Köln verweisen:

> „In einer Forsa-Umfrage vom November 2003 sprachen sich 67 % der Bevölkerung für Studiengebühren in Höhe von 500 € pro Semester aus. Selbst SPD-Anhänger sagen mehrheitlich Ja zum Akademikerobolus. Die Befürworter wollen allerdings, dass die Einnahmen den Hochschulen direkt zugute kommen und nicht in die allgemeinen Landeshaushalte fließen. Außerdem sollten die Studierenden zur Finanzierung der Gebühren ein Darlehen aufnehmen können, das sie zurückzahlen, sobald sie ausreichend verdienen. Ein solches Modell findet auch bei 59 % der Studierenden Zustimmung."

Das ist exakt unsere Politik.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann schließe ich die Beratung. Es ist beantragt worden, Drucksache 15/3447, den Gesetzentwurf der Landesregierung, zur weiteren Beratung an den zuständigen Bildungsausschuss zu überweisen. Wer dem seine Zustimmung geben will, den darf ich um sein Handzeichen bitten. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Es ist einstimmig vom Hause so beschlossen und dieser Tagesordnungspunkt zunächst erledigt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Sozialhilfeausgaben in Schleswig-Holstein

Antrag der Fraktion der CDU
Drucksache 15/3371

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das sehe ich nicht.

Ich eröffne die Aussprache. Das Wort für die antragstellende Fraktion der CDU erteile ich Herrn Abgeordneten Werner Kalinka.

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Sozialhilfeentwicklung in Schleswig-Holstein gibt zu objektiver Sorge Anlass. Auf 1.000 Einwohner kommen 43 Sozialhilfeempfänger. Damit ist Schleswig-Holstein auf Rang 4. Davor stehen nur noch Bremen, Berlin und Hamburg. Die Sozialhilfequote in unserem Land liegt bei 4,3 %, in Bayern bei 1,8 %, in Baden-Württemberg bei 2,1 %, in Thüringen bei 2,2 % und in Rheinland-Pfalz bei 2,5 %. Das sind schon sehr unterschiedliche Werte. **Schleswig-Holstein** in der **Sozialpolitik** Spitze? - Die Steigerung der Sozialhilfeausgaben von 2001 auf 2002 in Schleswig-Holstein lag außerhalb der Einrichtungen bei 2,7 %, 120.000 Sozialhilfeempfänger, vor allem zunehmend Frauen, Alleinerziehende, Alleinstehende. Schleswig-Holstein in der Sozialpolitik Spitze? - 140.000 Arbeitslose. Schleswig-Holstein in der Sozialpolitik Spitze?

Es geht auch anders, meine Damen und Herren. Bei einem Städtevergleich des Statistischen Bundesamtes, also in einer amtlichen Statistik, sieht man sehr genau, welche Städte sich in die eine Richtung entwickeln und welche in eine andere. Dies ist keine Parteistatistik, sondern eine amtliche. Viele Städte liegen über dem Durchschnitt, viele Städte liegen darunter. Dies ist die Bilanz der letzten Jahre. Es lohnt sich also, nachzudenken, dies ist auch unsere Pflicht, vor allem in Zeiten knapper öffentlicher Kassen. Nur eine strenge Auslegung der Richtlinien und Vorschriften schafft die Spielräume, die notwendig sind, um den wirklich **Bedürftigen** auch weiter die **Fürsorge** zuteil werden zu lassen. Da gibt es viele, es sind die Behinderten in unserem Land - wir haben allein hier eine Kostensteigerung in Einrichtungen um 6,2 % im vergangenen Jahr -, es sind die nicht arbeitsfähigen Menschen, es sind die Rentnerinnen und Rentner mit kleinen Einkommen, Alleinerziehende, Frauen - ich hatte es angesprochen - und auch viele Kinder, 10 %, die von Anfang an mit Sozialhilfe leben müssen.

(Werner Kalinka)

Wir haben gute Beispiele in unserem Land. wie man einem Missbrauch der Sozialhilfe begegnen kann. Ich stelle stellvertretend für andere die Stadt Neumünster. die die **Direktvermittlung** aus der Sozialhilfe in den ersten **Arbeitsmarkt** geschafft hat, ein gutes Beispiel. wie ein sozialdemokratischer Dezernent mit einem CDU-Politiker gemeinsam etwas erreichen kann. Heide, gemeinnützige Arbeit,. Es wird die Frage gestellt. wer die Mehrkosten ersetzt, die dadurch entstehen, Lübeck. Ermittler vor Ort? 27 % haben auf Anträge verzichtet. nachdem ihnen Arbeit angeboten wurde. Der Kreis Plön hat mit dem Projekt „Neuland" eine Vermittlungsquote von 40 bis 50 %. Kiel. September 2003, „Gaarden aktiv" - 470 Personen wurde Arbeit angeboten. acht wurden sofort die Sozialhilfe gestrichen. weil sie nicht zur Arbeitsaufnahme bereit waren.

Ich denke. es ist gut. dass wir die positiven Beispiele der Kommunen, die wir haben. wie etwas geschehen sollte, hervorheben und auch vonseiten des Landes eine politische Aussage dazu treffen können.

(Beifall bei der CDU)

Dies ist der erste Ansatz unseres Antrags.

Was wir brauchen. ist eine **Pflicht zur Gegenleistung** bei der Inanspruchnahme sozialer Leistungen für alle. die das können. Alle. die in der Lage sind. eine Arbeit aufzunehmen. haben eine Pflicht zur Gegenleistung.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Dies muss der Grundsatz unserer politischen Aussage in Schleswig-Holstein sein. Dies muss auch durchsetzbar sein. Dass dies für unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter nicht immer einfach ist, darf ich Ihnen anhand eines aktuellen Beispiels kurz erläutern. Ich zitiere mit Genehmigung des Herrn Präsidenten aus dem „Probsteier Herold" aus der vergangenen Woche:

„Wutausbruch im Sozialamt

31-Jähriger warf Computer aus dem Fenster

Nur durch einen beherzten Sprung aus ihrem Büro konnte Petra Kölln. Leiterin des Sozialamtes Probstei in Schönberg, am Freitag der gewalttätigen Attacke eines Bürgers aus dem Amtsgebiet entgehen. Der 31-Jährige war in der Sprechstunde nach dem für ihn negativ verlaufenden Gespräch kurzerhand aufgestanden. hatte den Computer-Bildschirm vom Schreibtisch gerissen und ihn in die Fensterscheibe gedonnert ..."

Meine Damen und Herren. was unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hier zum Teil aushalten müssen. ist auch ein Thema für sich. dem wir Aufmerksamkeit widmen sollten.

(Beifall bei der CDU)

Ich wage mir gar nicht vorzustellen. wie in einem ungünstigen Fall am 1. Januar 2005 die Situation in den Sozialämtern aussieht. wenn dort die Computersysteme nicht funktionieren. Auch dies ist ein Thema. das an dieser Stelle schon genannt sein soll.

Wir brauchen zudem eine **Datensituation**. die verlässlich einschätzbar ist. Es ist. an die Adresse der Landesregierung gerichtet. eigentlich sehr betrüblich, dass Sie bei der Antwort auf eine Kleine Anfrage der Kollegin Veronika Kolb vom September vergangenen Jahres mit Daten aus dem Jahr 2001 operieren müssen. Es ist sehr betrüblich. welche Zeitdefizite hier innerhalb der Landesregierung bestehen. um allein das Datenmaterial bereitzustellen. Das muss viel aktueller und frischer sein, wenn man dort verwertbar arbeiten will.

(Lothar Hay [SPD]: Vielleicht kann der Kreis Plön die Daten in Zukunft schneller liefern. Herr Kreispräsident!)

- Ich finde es interessant. wie nett Sie unseren Kreis Plön hier behandeln. Gegen Sie einmal davon aus. dass vom Landrat und vom Kreispräsidenten gute Arbeit geleistet wird.

(Beifall bei der CDU - Dr. Heiner Garg [FDP]: Von den anderen Mitarbeitern hoffentlich auch!)

- Meine Höflichkeit verbietet mir. Ratschläge an Ihre Fraktion zu geben.

Die Hansestadt Hamburg hat bei der Kontrolle von Autos kürzlich gezeigt. wie man Missbrauch begegnen kann. Die Landesregierung in Schleswig-Holstein hat hier seit Jahren viel zu wenig getan. Ich will Ihnen einen Vorschlag machen. Es lohnt sich. darüber nachzudenken, ob man im Land die Sozialhilferichtlinien regional differenziert ausarbeitet. wie Vorschläge aus Baden-Württemberg nahe legen.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das steht aber nicht in Ihrem Antrag!)

Meine Damen und Herren. die Menschen sind tief verunsichert. Sie sind zum Teil ohne Perspektive und die sozialen Probleme in unserer Gesellschaft wachsen. Neben der Kontrolle gibt es weitere sinnvolle Aufgaben. Ich will dazu beispielhaft zwei Punkte nennen. Erstens. Mehr tun für **Kinder und Jugendliche**. Die Landesregierung hat jetzt festgestellt. es gibt

(Werner Kalinka)

Ernährungsdefizite bei jungen Leuten, bei Schülern und Kindern. Das haben wir Ihnen schon vor Monaten gesagt und einen Kindergesundheitsbericht gefordert. Sie haben dies leider abgelehnt.

(Wolfgang Baasch [SPD]: Stimmt nicht!)

- Natürlich stimmt dies. Denken Sie doch einmal über Ihr Abstimmungsverhalten nach. Das ist doch hier der Punkt.

(Beifall bei der CDU)

Ein zweiter Punkt. Wir haben eine zunehmende Problematik bei **jungen Menschen**, die unter sozial schwierigen Bedingungen aufwachsen, dann keine Lehrstelle bekommen, sich die Familie nicht um sie kümmert und die fehlende Ausbildungsreife das nächste Problem ausmacht.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der FDP)

Dies ist eine Frage, um die wir uns gesellschaftspolitisch kümmern müssen. Wir müssen den jungen Menschen helfen und sie davor bewahren, auf eine schiefe Bahn zu kommen. Dies ist ein zweiter, sehr, sehr wesentlicher Punkt. Ich spreche auch das Thema Kita an. Ich glaube, dass es sich lohnt, darüber nachzudenken, wie wir hier eine stärkere Verlässlichkeit bekommen.

Allen **Arbeitsfähigen** eine **Chance auf Arbeit**. Wir werden hier noch ausreichend über Hartz IV diskutieren.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das befürchte ich auch!)

Ich fürchte, dass wir in die bedrohliche Situation kommen, dass uns das nächste rot-grüne Toll-Collect-Problem droht. Was wir brauchen - um es auf den Kern zu bringen -, sind mehr Arbeit und mehr Arbeitsangebote von denjenigen, die arbeitsfähig sind und aus der Sozialhilfe heraus sollen. Das ist auch für uns hier in Schleswig-Holstein der Kernpunkt. Ich frage die Landesregierung: Was geschieht auf diesem Feld? - Es geschieht denkbar wenig.

Ich glaube, es ist besser, Leuten notfalls 1 € oder 2 € die Stunde dazuzugeben, um sie überhaupt in gemeinnützige Arbeit hineinzubringen. Entscheidend ist, dass wir den ersten Arbeitsmarkt wieder gewinnen, Arbeitnehmer aufzunehmen.

(Beifall bei der CDU)

Das ist der Kernpunkt der ganzen Geschichte. Darauf muss sich unsere Politik konzentrieren.

Ich fasse zusammen. Erstens. Wir brauchen eine umfassende **Prävention**, um den Weg in Armut und Arbeitslosigkeit zu verhindern. Prävention muss zentraler Gedanke unseres sozialpolitischen Handelns sein.

Zweitens. Wir brauchen eine deutliche Senkung der Ausgaben. Wir denken, dass im Jahr 5 % realistisch sind. Bevor Sie jetzt anfangen, sich aufzuregen, schauen Sie lieber in den Haushaltsentwurf. - Herr Kollege Baasch, Sie brauchen nicht gleich verschüchtert zu sein; ich bin ein friedlicher Mensch. In Ihrem eigenen Haushaltsentwurf gehen Sie von einer Senkung in einem Jahr von 10 % aus. Das sage ich, bevor Sie sich hier künstlich aufregen.

(Rolf Fischer [SPD]: Es regt sich doch keiner auf!)

Drittens. Wir brauchen einen **Datenaustausch** - im Kern will ich Ihnen eines ganz klar sagen -, eine vollständige Vernetzung der Sozialämter untereinander sowie eine mit den Trägern der Sozialversicherungssysteme, mit den Finanzämtern und den Arbeitsämtern, um Missbrauch konsequent abwenden zu können.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Viertens. Wir brauchen **Sanktionen**, notfalls zu 100 %, damit sie spürbar werden.

Heute Morgen habe ich ein Interview der neuen Ministerin in den „Kieler Nachrichten" gelesen. Herr Präsident, mit Ihrer Genehmigung darf ich das vorlesen. Sie antwortet:

> „Das Prinzip ist klar: Aktivieren statt alimentieren. Das ist auch meine Position. Die Menschen haben mehr davon, wenn wer ihnen dabei helfen, ihre Existenz durch eigene Arbeit abzusichern, als ihnen einfach nur Geld auszuzahlen. Das bedeutet Leistung und Gegenleistung. Wer das Solidarsystem in Anspruch nehmen muss, hat ein Recht darauf, dass ihm akzeptable Angebote unterbreitet werden. Umgekehrt hat das Solidarsystem aber auch einen Anspruch darauf, dass es nicht ausgenutzt wird. Das bedeutet gegebenenfalls auch Sanktionen, wenn Angebote nicht angenommen werden."

Frau Ministerin, herzlich willkommen bei der CDU! In dem Sinne sind Sie eine Bereicherung.

(Beifall bei der CDU - Heiterkeit)

Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch das Wort. - Nur Mut, Herr

(Werner Kalinka)

Kollege! Kommen Sie ruhig nach vorn! Wir sind hier nicht im Fahrstuhl.

(Heiterkeit)

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! - Ich habe es Gott sei Dank nicht verstanden. Mich freut, dass Sie alle sich freuen. Auch ich freue mich.

(Veronika Kolb [FDP]: Wir können es erklären!)

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was nicht ganz so erfreulich ist, ist der Antrag. Aber mit ihm müssen wir uns beschäftigen. Das will ich auch gern tun. Der Antrag ist ein Hilfeschrei, ein Hilfeschrei der CDU, die uns um Hilfe bittet, und zwar alle Fraktionen in diesem Haus. Sie haben, wie wir lesen konnten, am 21. Juni auf einem kleinen Parteitag, eine Diskussion vor sich. Dort wollen Sie beschließen.

Wenn man das Papier, „Die soziale Balance wahren", liest, findet man genau das, was wir heute beschließen sollen, als Diskussionsvorschlag, zuerst einmal für die eigenen Reihen gedacht, wieder. Es ist schön, wenn man, gestärkt mit einem Landtagsbeschluss, in eine innerparteiliche Diskussion gehen kann.

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Diesen Wunsch werden wir ihm nicht erfüllen!)

Trotz allem will ich mich inhaltlich damit auseinander setzen. Es heißt in dem Antrag, dass bis 2010 die **Ausgaben für Sozialhilfe** um 25 % gesenkt werden sollen. Wie will man dieses Ziel erreichen? - Man will nur noch an wirklich schwache Menschen und bedürftige Menschen Sozialleistungen zahlen. Das wird pauschal definiert mit Menschen mit Behinderung, Kranke oder nicht arbeitsfähige Menschen. Alle anderen werden mit einer **Pflicht zur Gegenleistung** konfrontiert. Kommunen werden unter Erfolgsdruck oder Erfolgsziel gesetzt, die 25 % zu erreichen. Wenn man es schafft, soll es eine Belohnung geben. In welcher Form, wird natürlich nicht gesagt.

Das sind die Kernsätze, die die CDU in dem Papier „Die soziale Balance wahren" formuliert hat.

Nun fragt man sich: Was steht denn sonst noch in diesem Arbeitspapier? Was hätte man hier sonst noch beraten und beschließen können? Darin steht noch einiges mehr. Ich finde es auch sehr interessant.

Schaut man auf die Seite 7 dieses Arbeitspapiers „Die soziale Balance wahren", kommt man zu dem Schluss, es ist schon seltsam, dass wir hier im Landtag nicht auch über andere Formulierungen und wunderbare Vorschläge diskutieren und abstimmen dürfen. Es hätte sich sicherlich gelohnt, sie in einem Antrag aufzugreifen. Da gibt es zum Beispiel die Formulierung: „Am Bettelstab zu gehen, tut den Menschen weh". Ein schöner Satz. Den hätten wir hier auch diskutieren können. Er stammt übrigens aus demselben Papier.

Aber auch die Vorstellung, dass Menschen notwendige **Hilfen zum Leben** in **bar** ausgezahlt erhalten, wäre doch einer Diskussion Wert, die man wieder einmal führen könnte. Da heißt es in dem Papier doch tatsächlich, „Kinder von Familien, die durch die Nichtbereitschaft der Eltern zur Arbeitsaufnahme betroffen sind, sollten die notwendigen Hilfen zum Leben in nicht barer Auszahlung erhalten". Wunderbar, bedeutet das doch eindeutig eine Stigmatisierung von Kindern. Eine sehr prickelnde Vorstellung, wenn Kinder oder ihre Eltern bei großen Discountern wieder mit Kosten-Garantie-Scheinen einkaufen müssen.

Das Ziel der CDU ist es ja, bis zum Jahr 2010 die Ausgaben für die Sozialhilfe um mindestens 25 % zu senken. Dafür ist man gern bereit, wieder große verwaltungsaufwendige Maßnahmen wie zum Beispiel die Abrechnung von Kosten-Garantie-Scheinen im Einzelhandel einzuführen oder auf Billigkleidung aus Kleiderkammern zurückzugreifen. Das ist eine sehr soziale Politik, die sich breit macht! Damit kann man sicherlich sehr schnell Kosten senken.

Nein, der CDU kann man nur sagen: Sie hat die Bedeutung des Bundessozialhilfegesetzes und die Problematik des Bundessozialhilfegesetzes, nämlich auch die Zukunft des Bundessozialhilfegesetzes als Reform zu sichern, nicht begriffen. Die Sozialhilfe nach dem **Bundessozialhilfegesetz** ist das umfassendste Instrument zur **Verhinderung und Bekämpfung von Armut**. Die Sozialhilfe ist das unterste Netz unseres Systems der sozialen Sicherung. Diese Funktion wird es voraussichtlich auch in absehbarer Zukunft behalten, vielleicht sogar noch in erhöhtem Maße haben. Es ist nämlich zu befürchten, dass nach Zusammenführung von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe eventuell noch mehr Bürger, wenn sie denn ein menschenwürdiges Leben führen wollen, genau auf diese Sozialhilfe angewiesen sind. Wenn das Sozialhilfeniveau das Arbeitslosengeld II als unterstes Niveau hat, ist es schon notwendig, deutlich zu machen: Das ist der Schutz vor Armut und Verarmung. Wer dann sagt: „Wir wollen noch darunter gehen", der will die Menschen in Armut treiben. Genau das machen Sie mit Ihrem Antrag.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

(Wolfgang Baasch)

Aber das ist auch klar. In dem Papier heißt es dann - das ist bei Hartherzigen vielleicht auch richtig -, eine „enge Auslegung des Sozialhilferechtes" sei notwendig, „strenge Kostenüberprüfungen" seien notwendig und durch „Leistungskürzungen bis zur 100 %" sollten dafür sorgen, dass bis zum Jahr 2010 25 % der Ausgaben in der Sozialhilfe zu senken. Das ist der Weg, den man gehen will. Dabei ist zum Beispiel überhaupt nicht beantwortet, ob wir innerhalb dieses Zeitraums auch einen Rückgang von 25 % bei den Sozialhilfeberechtigten haben. Wenn wir das nicht haben, bedeutet das Leistungskürzungen für den Einzelnen. Wer Leistungskürzungen für den Einzelnen will, muss sagen, dass er die Menschen unter die Armutsgrenze drängen will. Das ist, wie gesagt, nicht akzeptabel.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Martin Kayenburg [CDU]: Können Sie Armutsgrenze definieren?)

- Das habe ich gerade eben gemacht, Herr Kayenburg. Die Armutsgrenze ist für uns die Sozialhilfegewährung. Das ist das Notwendige, um das Existenzminimum zu sichern. Das ist die Definition im Sozialhilfegesetz. Damit müssen auch Sie sich notwendigerweise beschäftigen.

Für soziale Sicherheit zu sorgen, heißt aber auch, **soziale Gerechtigkeit** herstellen. Soziale Gerechtigkeit bedeutet, einen aktiven Sozialstaat in die Lage zu versetzen, aktivierende Sozialpolitik zu betreiben. Nur, derartige Formulierungen sucht man bei der CDU vergebens. Ein Sozialstaat darf Forderungen nur erheben, wenn er selbst dazu beiträgt, die drängendsten Fragen bei der Herstellung von sozialer Gerechtigkeit zu beantworten.

Also, soziale Balance heißt, nicht einseitig Sozialhilfebedürftige fordern, sondern einzufordern, dass jedes Mitglied dieser Gesellschaft Rechte und Pflichten hat. Daneben steht aber auch staatliches Handeln, dass mit einer aktivierenden Sozialpolitik dem Einzelnen die Gelegenheit gibt, seine Aufgaben zu erfüllen.

Hier schweigt die CDU, weil sie selbst nicht den Begriff der sozialen Gerechtigkeit findet und schon gar nicht in der Lage ist, soziale Gerechtigkeit auch mit Inhalten zu füllen. Aber auch die Christdemokraten sollten wissen: Vor der Wurstplatte sind alle Menschen gleich.

(Beifall des Abgeordneten Peter Eichstädt [SPD])

Wie wollen wir Sozialdemokraten denn ein Mehr an sozialer Gerechtigkeit erreichen? - Wir wollen den roten Faden der sozialen Gerechtigkeit aufnehmen und daraus eine rote Schutzweste für in Not geratene und unterstützungsbedürftige Menschen stricken. Wie machen wir das? Wir tun das, indem wir die notwendigen **Reformen des Sozialstaates** auf den Weg bringen, indem wir die sozialen Sicherungssysteme reformieren und indem wir ein neues Steuersystem einfordern. In der letzten Plenartagung haben wir sehr ausführlich über die Steuervorschläge der Landesregierung und auch der Regierungsfraktionen diskutiert.

Wir sollten nicht - wie Sie - eine Entlastung der Bessergestellten anstreben und immense Gelder in eine Kopfpauschale stecken. Allein die Finanzierung der Kopfpauschale soll übrigens 100 Milliarden kosten. Unseres Erachtens ist es der richtige Weg, dieses Geld zu nehmen, um auf dem Wege über die **Bürgerversicherung** zu erreichen, das soziale Sicherungssystem der Krankenversicherung wieder auf eine vernünftige Grundlage zu stellen. Es sollte nicht mehr einseitig alles auf die Menschen verteilt werden, die Arbeit haben. Es sollten vielmehr auch andere Einkunftsarten einbezogen werden, etwa die Einkünfte aus Kapitalvermögen. Ebenso sollten Selbstständige eingebunden werden. Es wären auch Einkommen aus Pachten einzubeziehen. Mit der Bürgerversicherung könnte die Krankenversicherung somit auf eine neue, eine solide Grundlage gestellt werden.

Herr Kalinka, Sie wollen dagegen - so sieht es zumindest bei der **Kopfpauschale** dann aus -, dass der Manager eines Unternehmens den gleichen Beitrag zahlt wie der Hausmeister. Dies hat mit gerechter Politik nichts zu tun und wird auch die Sozialhilfeausgaben nicht senken. Es kommt also darauf an, die Kosten im Bereich der sozialen Sicherung nicht einseitig zu verschieben, sondern die sozialen Sicherungssystem zu reformieren und dies zu nutzen, um auch die Sozialhilfekosten zu senken. Das ist der Weg, den unsere Gesellschaft braucht. Das ist der Weg, den wir gehen wollen. Ihr Antrag ist nicht hilfreich. Sie werden am 21. Juni auf Ihrem Parteitag beschließen, was Sie genau wollen. Dann werden wir auch wissen, welche Teile Ihres Programms wir hier noch einmal beraten können. Heute lehnen wir Ihren Antrag erst einmal ab und warten darauf, wie Sie sich programmatisch entscheiden.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion der FDP erteile ich der Frau Abgeordneten Veronika Kolb das Wort.

Veronika Kolb [FDP]:

Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kalinka, Sie haben in einigen Punkten Recht, wenn Sie sagen, es sei seitens der Landesregierung nicht viel passiert. Sie haben Recht, wenn Sie sagen, dass die Zahlen eine dramatische Entwicklung genommen haben. In einem Punkt haben Sie natürlich ganz besonders Recht: Der Kreis Dithmarschen und damit auch die Kreisstadt Heide haben, auch was diesen Punkt angeht, wie immer eine Vorreiterfunktion übernommen.

Herr Kalinka, kaum hat die CDU in Schleswig-Holstein ein Positionspapier zum Thema „Die soziale Balance wahren" auf dem Markt der Meinungen platziert - dies wurde eben schon gesagt -, muss darüber hier im Landtag diskutiert werden. Dieses Diskussionspapier ist nach den Worten Ihres eigenen Landesvorsitzenden in vielen Teilen zwar noch nicht ganz rund, aber schaden kann es wohl nicht, wenn der Landtag der CDU in der Programmdebatte ein wenig unter die Arme greift.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Was verfolgen Sie nun konkret mit diesem Antrag? Wollen Sie eine Gesetzesänderung dahin gehend, dass der gesetzlich verankerte **Anspruch auf Hilfe** in besonderen Lebenslagen von einer **Gegenleistung** abhängig gemacht wird, unabhängig von den Möglichkeiten, die den Kommunen bereits jetzt zur Verfügung stehen? Dann sollten Sie eine entsprechende Gesetzesinitiative ergreifen und nicht nebulös von einer Pflicht zur Gegenleistung bei Inanspruchnahme von sozialen Leistungen sprechen.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es darf in dieser Hinsicht schon ein wenig konkreter sein.

Oder zielt der Antrag - diese Frage richte ich an Sie - auf die in Ihrem Positionspapier angesprochenen ungerechtfertigten Lücken ab, die Ihrer Meinung nach einen Missbrauch des Sozialhilfebezuges begünstigen? Herr Kalinka, dann allerdings ist die von der CDU für eines der sozialen Schlüsselprobleme angestrebte Lösung einer **Kürzung der Sozialhilfekosten** bis zum Jahre 2010 um 25 % eine zu pauschale Zielsetzung. In dieser Hinsicht ist mir dieser Antrag zu vage.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist eine Tatsache, dass die **Sozialhilfeausgaben** bundesweit und insbesondere in Schleswig-Holstein in den letzten Jahren angestiegen sind. Davon sind sowohl die Ausgaben für die Hilfen zum Lebensunterhalt, die klassische Form der Sozialhilfe, als auch die Ausgaben für Hilfen in besonderen Lebenslagen betroffen. Nach Auskunft des Statistischen Landesamtes wurden im Jahre 2002 rein rechnerisch 337 € je Einwohnerin und Einwohner in Schleswig-Holstein für die Unterstützung von Hilfebedürftigen zur Verfügung gestellt. Damit rangiert Schleswig-Holstein - das wurde schon gesagt - unmittelbar nach den Stadtstaaten an vierter Stelle in der Bundesstatistik.

Aufgrund der regionalen Besonderheiten differieren die Ausgaben erheblich. Ohne Berücksichtigung der Ausgaben, die das Ministerium für Soziales als überörtlicher Träger erbringt, ergibt sich für die kreisfreien Städte ein rechnerischer Durchschnitt von 569 € je Einwohner, für die Kreise hingegen mit 270 € noch nicht einmal die Hälfte dieses Betrages. Die höchsten Aufwendungen mit durchschnittlich 618 € je Einwohner wurden für die kreisfreie Stadt Flensburg, die niedrigsten mit 228 € für den Kreis Segeberg verzeichnet.

Beim Blick in die Statistik wird gleichzeitig deutlich, dass jeder sechste Sozialhilfeempfänger in Schleswig-Holstein noch nicht einmal das siebente Lebensjahr vollendet hat und der durchschnittliche Sozialhilfeempfänger in Schleswig-Holstein 28 Jahre alt ist. Meine Damen und Herren, diese Zahlen zeigen vor allem eines. Wir reden hier über die Zukunft unseres Landes und diese Zukunft sieht gerade für **Heranwachsende und Schulabgänger** finster aus. Das dies in Schleswig-Holstein so ist, haben wir auch den 16 Jahren rot-grüner Regierung zu verdanken. Wie sollen diese Menschen im Hinblick auf das Erwerbsleben Ermutigung erfahren, wenn keine **berufliche Perspektive** in Schleswig-Holstein besteht? Es genügt nicht, dass wir uns darauf zurückziehen, dass die Situation der Sozialhilfeempfänger noch dramatischer wäre, wenn wir diese und andere arbeitssuchende Frauen und Männer nicht in Projekten und Programmen unterbringen würden. Es muss vielmehr Aufgabe aller Beteiligten sein, diesen Menschen die Teilnahme am Erwerbsleben möglich zu machen. Dazu gehört für mich, dass Schleswig-Holstein in seiner Wirtschafts-, Arbeits- und Finanzpolitik endlich vorankommt.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Die Zahlen betreffend die Sozialhilfe sind für mich der klare Beweis dafür, dass es die Landesregierung in den letzten 16 Jahren nicht geschafft hat, Rahmenbedingungen zu schaffen, die es den Menschen in Schleswig-Holstein ermöglichen, zu arbeiten und damit wirtschaftlichen Wohlstand zu erlangen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir dürfen es uns bei der

(Veronika Kolb)

Suche nach den Ursachen nicht zu einfach machen, wenn wir den individuellen Ansprüchen der Frauen und Männer wirklich gerecht werden wollen, die derzeit auf Sozialhilfe angewiesen sind. Das **Bundessozialhilfegesetz** bietet eine Fülle von Instrumenten an. Es liegt in der Hand der Sozialhilfeträger, inwieweit von den Instrumenten des BSHG Gebrauch gemacht wird. Hierbei kommt den Kommunen eine besondere Rolle zu. Die erklärte Aufgabe der Sozialhilfe ist es, die betroffenen Menschen so weit wie möglich zu befähigen, unabhängig von Sozialhilfe zu leben. Diese Zielsetzung ist jedenfalls in § 1 Abs. 2 BSHG formuliert. Zur Erreichung dieser Zielsetzung gilt es die Betroffenen und die Träger der Sozialhilfe vonseiten des Landes zu unterstützen. Eine solche Unterstützung, Herr Kalinka, kann ich dem Antrag per se nicht unbedingt entnehmen.

Der von der CDU vorgelegte Antrag zielt lediglich auf eines ab, nämlich auf eine Reduzierung der Kosten der Sozialhilfe. Einverstanden! Das allein reicht aber nicht. Natürlich ist es legitim, nach den Gründen der Kostenentwicklung bei der Sozialhilfe zu fragen. Es ist aber nicht legitim, den Empfängern von Sozialhilfe pauschal zu unterstellen, dass die meisten von ihnen eine solche Hilfe gar nicht benötigen.

(Beifall bei FDP, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn wir nach Lösungen suchen, um die sich abzeichnende Entwicklung der Sozialhilfeausgaben stärker einzudämmen, müssen wir uns fragen, wie die derzeitige Leistungsstruktur durch Kooperation und eine verbesserte Koordination effektiver gestaltet werden kann. Dazu gehört die gesetzlich bereits verankerte Möglichkeit, die Sozialhilfe zu pauschalieren, um die Selbstverantwortung der Hilfeberechtigten zu stärken. Dazu gehört auch die künftige **Transformation des Bundessozialhilferechtes** in das SGB XII mit veränderten Zumutbarkeitsregelungen, Auskunftsverpflichtungen des Leistungsempfängers und Landesöffnungsklausel ebenso wie die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe. Allein durch diese Instrumente werden bis zu 800.000 der derzeitigen Arbeitslosen und Sozialhilfebezieher in Deutschland nach den Schätzungen der Bundesagentur für Arbeit vom 1. Januar 2005 an jeglichen Anspruch auf Unterstützung verlieren, weil eine neue Bedürftigkeitsregelung das vorhandene Vermögen und das Einkommen des jeweiligen Partners berücksichtigen wird. Meine Damen und Herren, der vorgelegte Antrag berücksichtigt weder die aktuelle Entwicklung noch ist er konkret.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Statt über Symptome zu debattieren, wünsche ich mir konkrete Lösungsvorschläge zur Ursachenbekämpfung. Lieber Wolfgang Baasch, deshalb möchte ich diesen Antrag nicht ablehnen, ich möchte ihn an den Ausschuss für Soziales überweisen. Im Interesse aller Betroffenen wünsche ich mir, dass wir dort eine seriöse, zukunfts- und tragfähige Lösung finden.

(Vereinzelter Beifall)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt der Frau Abgeordneten Angelika Birk.

Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir lehnen den CDU-Antrag eindeutig ab. Er ist wirklich die Zeit des Ausschusses nicht wert.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Er hat mich schon in seinem Text ziemlich ratlos gemacht und Ihre Rede, Herr Kalinka, hat mich noch ratloser gemacht. Was wollte uns der Redner damit sagen?

Außer einem demagogischen Unterton, der tatsächlich in die Richtung zielte, die Frau Kolb hier skizziert hat, es wird unterstellt, die Leute kriegten Sozialhilfe mehrheitlich zu Unrecht, habe ich keine Richtung erkennen können. Denn in seiner Allgemeinheit fordert der Antrag, was schon seit Jahrzehnten im Sozialgesetz verankert ist: Wer arbeitsfähig ist und Sozialhilfe beantragt, muss grundsätzlich bereit sein zu arbeiten. Das ist bisher Gesetz.

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vorausgesetzt, es findet sich ein Arbeitsplatz, und genau daran hapert es bekanntlich. Es ist billige Polemik, damit die aktuelle Landesregierung immer gleich in den Schuldturm zu setzen. Sie wissen genau: Arbeitsmarktpolitik wird auf allen Ebenen gemacht, kommunalpolitisch, landespolitisch, bundespolitisch, und die Arbeitsmarktpolitik wird von Rahmendaten bestimmt, die nicht allein von Parlamenten verabschiedet werden.

Es gab einmal jemanden, der kritisiert hat, dass man als Politiker **Arbeitsplätze** verspricht, und sagt, man könnte genauso gut versprechen, dass es regnet oder nicht regnet. Ich halte diese pauschale Entmachtung der **Politik** für übertrieben, aber ein bisschen sollten wir uns schon an die eigene Nase fassen. Wir können

(Angelika Birk)

nicht mit guten Wünschen Arbeitsplätze schaffen. Und dieser Antrag ist nichts weiter als das Formulieren von guten oder schlechten Wünschen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

Will die CDU, dass zukünftig alle Menschen, die das minimale Transfereinkommen, nämlich die Sozialhilfe oder zukünftig das Arbeitslosengeld II, erhalten, ohne weitere Entlohnung zur **Zwangsarbeit** verpflichtet werden? Auch das könnte man aus dem Antrag in seiner Allgemeinheit herauslesen. Würde die CDU dabei in Kauf nehmen, dass damit ein beispielloses Lohnqualitätsdumping für alle Arbeitsfähige in Gang gesetzt wird? Denn dann gäbe es keine Notwendigkeit mehr für einen privaten Arbeitgeber, gut entlohnte Arbeit anzubieten, weil die Kommunen sowieso alle Sozialhilfeempfänger zu beliebiger Zwangsarbeit zwangsverpflichten könnten. Diese Art der kommunalen Arbeitshäuser des 18. Jahrhunderts lehnen wir ab.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Zweitens lehnen wir den Antrag auch deshalb ab, weil die Einsparungen der Kommunen im Bereich der Sozialhilfe nicht, wie von der CDU unterstellt, ein zu honorierendes Ruhmesblatt sind. **Einsparungen** können entstehen, wenn es vor Ort wieder mehr Arbeit gibt - das wäre positiv - oder aber zum Beispiel die Bevölkerung abnimmt - auch dies ist sehr realistisch, wenn wir in die Zukunft sehen - oder die Legalität verlassen wird, wie ich das gerade eben skizziert habe, Arbeitszwang.

Ansonsten kann ich nur auf das **Benchmarking** der Landesregierung verweisen. Sie hat in die Wege geleitet, was die Kommunen allein nicht hingekriegt haben, nämlich dass die kommunalen Sozialämter in einem Arbeitskreis zusammensitzen, die unterschiedlichen Positionen der Sozialhilfe vergleichen und Systeme entwickeln, die sie untereinander vergleichbar machen. Das gibt es schon; da fordern Sie etwas, was es schon längst gibt.

Herr Kalinka, Sie sollten sich daran erinnern, was uns die Bürgerbeauftragte Jahr für Jahr ins Stammbuch schreibt. Sie berichtet immer wieder über mangelnde und schlechte Rechtsberatung der Sozialämter und sogar Willkür bei der Nichtleistungsgewährung. In vielen Fällen konnte erst die Bürgerbeauftragte durch ihr Einwirken Rechtsstaatlichkeit wieder herstellen.

(Vereinzelter Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Auch das sollten wir uns vor Augen halten und nicht leichtfertig über solche Thesen von Herrn Kalinka hinweggehen.

Ihr Antrag macht mich nicht nur ratlos. Je länger ich darüber nachdenke, macht er mich ärgerlich, weil der demagogische Unterton nicht das ist, was wir brauchen, und nicht das ist, was diejenigen verdient haben, die verzweifelt Arbeit suchen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Herr Kalinka, ein Beitrag wäre gewesen, wenn Sie zum Beispiel angesichts dessen, dass Sie ja das Leid vieler armer Menschen hier wiederholt öffentlich beklagen, zum Beispiel in Ihrem Landkreis eine Wettbewerbssituation für mehr Bürgerfreundlichkeit der Sozialämter einleiten würden. Wir brauchen nicht nur ein Benchmarking im Zahlen- und Kostenvergleich, wir brauchen auch ein Benchmarking, was Bürgerfreundlichkeit und Transparenz der Beratung angeht. Gerade wenn wir jetzt die Job-Center der Zukunft schaffen, wäre das eine Chance, hier meilensteinmäßig voranzukommen.

Wenn ich mir von einzelnen Bürgerinnen anhöre, dass der Ermittlungsdienst des Sozialamtes morgens um 6 Uhr bei ihnen als allein erziehender Mutter klingelt und sagt: „Bitte zeigen Sie mir Ihr Schlafzimmer, ich möchte sehen, ob Sie hier mit einem Mann nächtigen und was in ihrem Kleiderschrank ist", ist das ein Eingriff in Grundrechte, der unbeschreiblich und durch kein Gesetz gedeckt ist. Trotzdem kommt das immer wieder vor.

(Unruhe)

Angesichts solcher Tatsachen brauchen wir ein Benchmarking für Bürgerfreundlichkeit und Grundrechtssicherung.

Ich gestehe, dass mir angesichts der geplanten Überantwortung bisher kommunaler und damit demokratisch vor Ort legitimierter Sozialhilfegewährung auf die hierarchische Mammutbehörde, wie sie die Bundesarbeit für Arbeit immer noch ist, nicht wohl ist. Deshalb bin ich froh darüber, dass sich der Landtag in den letzten Monaten wiederholt für eine Stärkung der Kommunen bei der Hartz-Reform stark gemacht hat. Aber um alle Missverständnisse auszuschließen: Wir hatten damit nicht im Sinn, die Kommunen zu ermuntern, Arbeitshäuser des 18. Jahrhunderts zu eröffnen.

Deswegen lehnen wir alle demagogischen Reden, die

(Angelika Birk)

in diese Richtung gehen, ab und halten den Antrag für nicht beratungswürdig.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Zunächst möchte ich die Gelegenheit nehmen, neue Gäste im Schleswig-Holsteinischen Landtag zu begrüßen, und zwar die Soldatinnen und Soldaten der 4. Kompanie des Logistikbataillons 162 aus Seeth sowie Justizsekretäranwärterinnen und -anwärter beim Landgericht Lübeck. - Ihnen allen ein herzliches Willkommen im Plenum des Schleswig-Holsteinischen Landtages!

(Beifall)

Ich darf jetzt für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag der Frau Abgeordneten Silke Hinrichsen das Wort erteilen.

Silke Hinrichsen [SSW]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich mit dem Antrag der CDU, der uns heute auf dem Tisch liegt, beschäftigt. Ich habe die heutige Gesetzeslage genommen. Ich habe mich nicht mit möglichen Arbeitspapieren der CDU zu ihrem eigenen Parteitag beschäftigt, die man sicherlich zunächst parteiintern und nicht hier im Landtag diskutiert. Ich ging bisher jedenfalls davon aus. Bei anderen Parteien, zum Beispiel bei uns, diskutiert man das zunächst intern, bevor man mit Anträgen in den Landtag kommt.

(Beifall und Zurufe)

- Das dachte ich mir auch, aber bei der CDU ist das wohl anders, erst die Meinung des Landtages einholen, dann der eigenen Parteimenschen.

Herr Kalinka, darüber hinaus haben Sie in Ihrem Redebeitrag erstaunlicherweise Dinge genannt, die in Ihrem Antrag überhaupt nicht aufgeführt sind. Sie möchten gern einen **Datenabgleich** mit Sozialdaten haben, das Steuergeheimnis brechen und Ähnliches. Das finde ich total spannend, aber in Ihrem Antrag steht davon konkret nichts drin. Es wäre schön gewesen, wenn Sie, wie die Kollegin Kolb schon gesagt hat, irgendetwas Konkretes vorgelegt hätten statt dieses Papier.

(Vereinzelter Beifall bei SSW, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nun zu meinem Redebeitrag! Der Antrag der CDU ist interessant. Wir sollen die Landesregierung auffordern festzustellen, ob die **Sozialhilfe** wirklich nur schwachen und **bedürftigen Menschen** zugute kommen. Vor diesem Hintergrund erkläre ich Ihnen gern, wer überhaupt berechtigt ist, Sozialhilfe zu erhalten. Ein Blick in den Gesetzestext hilft.

Nach dem Bundessozialhilfegesetz, einem Bundesgesetz, unterteilt sich die Sozialhilfe in zwei Hilfearten, nämlich die **Hilfe in besonderen Lebenslagen** und Hilfe zum Lebensunterhalt. Hilfe in besonderen Lebenslagen erhalten verschiedene Personengruppen, zum Beispiel Kranke, Behinderte, Pflegebedürftige und alte Menschen, soweit ihnen nicht zugemutet werden kann, sich aus ihrem eigenen Einkommen und Vermögen zu helfen.

Hilfe zum Lebensunterhalt erhält, wer seinen Lebensunterhalt nicht ausreichend oder vollständig aus eigenen Kräften und Mitteln sicherstellen kann. Dabei darf Sozialhilfe nur an Menschen gegeben werden, die sich nicht selbst helfen können und auch nicht Hilfe von Dritten erhalten können.

Genau aus diesem Grunde überprüfen die Kreise und kreisfreien Städte genau, ob eine Antragstellerin oder ein Antragsteller nicht zunächst von anderer Stelle Hilfe erhalten kann. Dies machen diese Behörden, weil es dem gesetzlichen Auftrag entspricht, aber auch, weil die Träger der Sozialhilfe ein eigenes Interesse haben, gerade keine Hilfe zahlen zu müssen. Wie vielleicht auch im Kreis Plön bekannt, müssen die Kommunen nämlich die Kosten der Sozialhilfe tragen. Es besteht deshalb ein sehr, sehr großes Eigeninteresse daran, die Daten und Angaben der Antragsteller auf ihre Richtigkeit zu prüfen. Einige Kommunen haben inzwischen sogar Sachbearbeiter, die vor Ort genau überprüfen, ob eventuelle Ansprüche berechtigt sind. Darüber hinaus haben die Kreise und kreisfreien Städte eigene Rechnungsprüfungsämter, die sich gerade mit dem Bereich der Sozialhilfe beschäftigen und dort alles prüfen und gegebenenfalls monieren. In einigen Kreisen sitzen sogar Rechnungsprüfer mit im Sozialamt.

Zuständig für die Sozialhilfe sind in Schleswig-Holstein die Kreise mit den ihnen angehörenden Kommunen und die kreisfreien Städte. Sie nehmen die Aufgaben des örtlichen und überörtlichen Trägers der Sozialhilfe wahr. Und ganz entscheidend ist: Sie entscheiden in eigener Verantwortung im Einzelfall.

Wie ernst zum Beispiel die kreisfreien Städte die Prüfung der Ansprüche der Sozialhilfeempfänger nehmen, haben wir gerade jüngst in der Stadt Flensburg gesehen, wo es einen erheblichen Konflikt zwischen der Verwaltung und den sozialen Organisationen gab. Die Vertreter der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger waren der Auffassung, dass die Ver-

(Silke Hinrichsen)

waltung die Auszahlung der Sozialhilfe viel zu restriktiv handhabt. Dieses Beispiel zeigt aus meiner Sicht, dass die Sozialhilfe nicht nach Gutdünken ausgezahlt wird, sondern an diejenigen gezahlt wird, die laut Gesetz unsere Hilfe erwarten können und sie auch wirklich benötigen.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Will man das nun ändern, muss man ehrlicherweise die gesetzlichen Bedingungen für den Erhalt der Sozialhilfe auf Bundesebene ändern.

Auch hinsichtlich der Pflicht zur **Gegenleistung** von Sozialhilfeempfängern verstehe ich die Forderung der CDU nicht. Bereits heute erhalten nämlich viele Sozialhilfeempfänger die Sozialhilfe nur dann, wenn sie bereit sind, eine Gegenleistung in Form von Arbeit zu erbringen.

Nun verlangt die CDU, dass das Land die gesamten Sozialhilfeausgaben überprüft. Warum ist eigentlich nicht nachvollziehbar; denn, wie gesagt, dafür sind in erster Linie die Kreise und kreisfreien Städte zuständig. Nur im Rahmen des so genannten quotalen Systems hat das Land auch etwas damit zu tun.

Im anderen Zusammenhang vertritt die CDU folgende These: Es findet zu viel Bürokratie statt. Das Land mischt sich zu viel in die Angelegenheiten der **Kommunen und Kreise** ein. In diesem Antrag wird nun das genaue Gegenteil gefordert. Darüber hinaus haben wir bei der Diskussion über die Kommunalreform unter anderem auch von der CDU Folgendes gehört. Sie erklärte: Die Gemeinden ordnen ihre Aufgaben so gut, dass die vom SSW vorgebrachten Argumente gegen die Kleinteiligkeit der jetzigen Kommunalstruktur nicht richtig sein könnten, weil gerade vor Ort die Aufgaben effizient und gut erledigt werden könnten. Warum soll das Land nun um Himmels willen dort schon wieder kontrollieren? Anscheinend traut die CDU nicht einmal ihren eigenen Aussagen!

Deshalb ist auch der letzte Absatz des Antrages nicht nachvollziehbar. Nach diesem Vorschlag sollen die Einsparungen transparent dargestellt, koordiniert und honoriert werden. Bei der Transparenz habe ich so meine Probleme. Ich lese die Haushalte, zum Beispiel den Haushalt der Stadt Flensburg. Dort kann ich sehen, wie hoch die Sozialhilfeausgaben sind und was vielleicht im Vergleich zum Vorjahr eingespart oder leider mehr ausgegeben worden ist. Darüber hinaus ergibt sich auch - zumindest im Flensburger Haushalt -, wie viele Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger es jeweils mehr oder weniger geworden sind. Im Kreis Plön mag das anders sein.

Ich kann der CDU deshalb nur empfehlen, die Haushaltsaufstellungen und Beschlüsse der Kommunen genau zu lesen. Dort steht bereits alles drin.

Weiter wird **Koordination** vorgeschlagen. So wie ich das verstehe, würde dies zu weiteren Erlassen führen, nämlich von Landesebene, zu mehr Bürokratie also, und würde die Kommunen mit weiterer Arbeit bereichern.

Auch die Honorierung von Einsparungen bei der Sozialhilfe findet eigentlich heute schon statt. Denn, wie bereits gesagt, die Kommunen sparen eigenes Geld. Deshalb versuchen sie auch genau zu überprüfen, ob jemand Ansprüche hat. Genau aus diesem Grunde kann der SSW die einzelnen inhaltlichen Forderungen des Antrages nicht unterstützen.

Aber auch dies sei hier noch gesagt: Generell passt uns die ganze Richtung des Antrages nicht.

(Beifall bei SSW und SPD)

Denn der Antrag und auch der heutige Redebeitrag unterstellen zum einen, dass die Kommunen nicht ordnungsgemäß mit ihrem Geld umgehen, und zum anderen, was noch viel schlimmer ist, dass viele Sozialhilfeempfänger diese Leistungen zu Unrecht erhalten. Ein solcher Populismus auf Stammtischniveau gehört trotz des beginnenden Landtagswahlkampfes nicht in die politische Auseinandersetzung!

(Beifall bei SSW, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP - Zurufe)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Wenn Kurzbeiträge gewünscht werden, kann man sich melden. Der Erste, der sich nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung gemeldet hat, ist der Herr Kollege Dr. Heiner Garg.

Dr. Heiner Garg [FDP]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Ich wollte mir doch nicht die Freude entgehen lassen, dem Kollegen Kalinka - wir hatten ja früher unsere Auseinandersetzung zu diesen Themen - Folgendes zu sagen: Lieber Werner Kalinka, es tut mir schrecklich Leid, aber dieser Antrag ist so platt, dass er geradezu danach schreit, dass man ihm noch einiges entgegensetzt. Vieles ist schon gesagt worden.

(Beifall bei FDP, SPD und SSW)

Punkt eins: Ganz besonders wichtig ist mir das, was ich in den letzten dreieinhalb Jahren immer wieder in diesen Diskussionen gesagt habe. Ich würde mir so sehr wünschen, dass das endlich einmal Eingang in die Köpfe findet, und zwar auf allen Seiten, auch

(Dr. Heiner Garg)

wenn die Stigmatisierung des Sozialhilfebezuges immer wieder als politisches Instrument in Diskussionen hervorgehoben wird. Sozialhilfe ist kein staatliches Almosen!

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auf **Sozialhilfe** besteht ein **Rechtsanspruch**, den Sie aus Artikel 20 des Grundgesetzes herleiten können. Alle, die dieser Hilfe bedürfen, haben einen Rechtsanspruch darauf und sind keine alimentierten Almosenempfänger.

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Punkt zwei: Wenn wir uns die Entwicklung in der Sozialhilfestatistik ganz genau ansehen, auch in der Sozialhilfestatistik von Schleswig-Holstein, so sind die Zahlen natürlich dramatisch. Die Frage ist aber: Herr Kalinka, unterscheiden Sie eigentlich beispielsweise diejenigen, die Hilfe zum allgemeinen Lebensunterhalt erhalten, und was machen Sie mit denen - die fehlen nämlich in Ihrem Antrag -, die ergänzende **BSHG-Leistungen** erhalten, die beispielsweise in **Pflegeheimen** untergebracht werden? Ich garantiere Ihnen: Dieser Anteil wird aufgrund der finanziellen Situation der Pflegeversicherung eher größer. Was wollen Sie eigentlich mit denen machen? Wollen Sie die auch benchmarken oder wollen Sie eine andere Pflegeversicherung bauen? Zu Letzterem lade ich Sie herzlich ein.

(Beifall bei der FDP)

Punkt drei: Natürlich sind sich hier alle einig und beteuern das auch immer wieder, dass die **Sozialhilfe** keine lebenslange **Lohnersatzfunktion** übernehmen soll. Die Stichworte, die wir uns immer wieder gegenseitig erzählen - fördern und fordern, vorübergehende Hilfe zur Selbsthilfe oder aktivierende Hilfe -, sind wunderbar. Ich denke, da sind wir gar nicht weit auseinander. Ich bin fest davon überzeugt - das ist der zentrale Grund dafür, warum ich noch einmal hier nach vorne gegangen bin -, dass wir aufgrund der Situation am Arbeitsmarkt trotz all dieser Bekenntnisse und Beteuerungen in den nächsten 10 bis 20 Jahren Menschen haben werden, die ein Leben lang auf solche staatlichen Leistungen angewiesen sein werden. Wenn wir unseren Auftrag ernst nehmen, dann müssen wir alles daran setzen, diesen Menschen das Gefühl zu geben, dass sie trotzdem einen wertvollen Beitrag zu unserer Gesellschaft leisten.

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Darüber sollten wir vielleicht mal in den entsprechenden Ausschüssen diskutieren, anstatt hier immer nur allgemeine Schlagworte wie gemeinnützige Arbeit oder so etwas in die Debatte hineinzuwerfen. Ich will, dass sich diese Menschen ernst genommen fühlen, und ich will, dass diese Menschen eine ordentliche Aufgabe haben, damit sie sich wohl fühlen und nicht ausgeschlossen fühlen.

(Beifall bei FDP, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4der Geschäftsordnung erteile ich jetzt dem Herrn Kollegen Berndt Steincke.

Berndt Steincke [CDU]:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte in dieser Frage nicht pauschalieren. Ich möchte auch nicht etwas über die Armutsgrenze sagen und die etwa verändern. Ich möchte auch nichts tun, was in die Richtung unsozial geht. Es ist alles richtig, was hier über die Rechtsansprüche gesagt wurde. Wir haben auch keinen Grund, uns die Sozialhilfeempfänger vorzunehmen und da besonders strenge Maßstäbe anzulegen.

(Beifall)

Aber ich meine, es muss auch ein bisschen Raum für praktische Möglichkeiten sein. Da zu Recht angemahnt wurde, wo denn die praktischen Vorschläge hier im Parlament seien, möchte ich ein kleines bescheidenes praktisches Beispiel aus meiner Heimatstadt nennen.

Wir hatten das Problem, dass wir sehr **junge Sozialhilfeempfänger** hatten, die seit vielen Jahren keine Arbeit hatten, die wir auch nicht in **Arbeitsprojekte** eingliedern konnten, weil sie noch nicht einmal die nötige Grundausbildung hatten. Dieser Zustand hielt mehrere Jahre an und wir haben gesagt, dass wir versuchen müssen, ihnen Arbeit zu vermitteln, und zwar gemeinnützige Arbeit über den Bauhof und die Stadtgärtnerei. Wir haben diese jungen Leute mit einem Arbeitsanleiter angeleitet, der sich darum kümmert, sie abzuholen und sie in die Arbeit einzuweisen. Wir haben sie mit einem Blaumann ausgestattet und haben diesen Arbeitsanleiter bezahlt. Und oh Wunder, in den ersten drei Monaten haben sich in der Stadt Heide 28 Sozialhilfeempfänger nicht mehr gemeldet - warum, lasse ich hier einmal offen.

Zweiter Punkt: Viele **mittelständische Unternehmer** haben die jungen Leute im Stadtgebiet arbeiten sehen.

(Berndt Steincke)

Nach Auskunft der Stadt sind etwa 30 % dieser jungen Leute in reguläre Arbeit aufgenommen worden. Der Haken dabei ist nur, dass die Aufwendungen dieses Arbeitsanleiters, der ja bezahlt werden muss, allein von der Stadt bezahlt werden müssen, obwohl die Stadt 30 % der Sozialhilfekosten spart. Das Land freut sich, spart 39 %, und der Kreis freut sich, er spart 31 %. Und das, was die Stadt an Sozialhilfeleistungen weniger zahlt, weil weniger junge Leute bedürftig sind, muss sie wieder für die Arbeitsanleiter und für alles andere, was damit zusammenhängt, ausgeben.

Ich habe das Prinzip damals eingeführt. Meine Nachfolgerkollegen sagen, sie überlegen jetzt, dieses Prinzip aufzugeben. Es macht nur viel Arbeit und es gibt keinerlei Belohnung dafür. Land und Kreis reiben sich die Hände und die Stadt hat diesen ganzen Arbeitsaufwand allein zu tragen.

Meine Frage ist deshalb: Können wir es nicht gemeinschaftlich so regeln, dass sich beispielsweise an den Kosten für den Arbeitsanleiter auch das Land mit 39 % und der Kreis mit 31 % beteiligen? - Dann würde dieses Modell in ganz vielen Gemeinden umgesetzt werden können. Ich bitte, darüber im Ausschuss zumindest einmal nachzudenken.

(Beifall)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem weiteren Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung erteile ich jetzt Herrn Abgeordneten Torsten Geerdts.

Torsten Geerdts [CDU]:

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wir unterhalten uns hier über die Frage, wieso die Quote der Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger in den einzelnen Bundesländern so unterschiedlich ist und weshalb wir hier in Schleswig-Holstein mit das Schlusslicht bilden. Darüber diskutieren wir in der Tat und ich finde, darüber müssen wir auch nachdenken.

Wir wollen alle gemeinsam - da gibt es Einigkeit -, dass wir für all diejenigen Sozialhilfe zahlen, die wirklich bedürftig sind, das heißt für diejenigen, die eben nicht arbeitsfähig sind. Da reden wir über ein Drittel der **Sozialhilfeempfängerinnen und -empfänger** in den Kreisen und kreisfreien Städten. Darum, lieber Wolfgang Baasch, sind eben nicht alle in der Behandlung gleich, sondern brauchen ein **passgenaues Angebot** und eine passgenaue Betreuung und Beratung. Wir haben unterschiedliche Erfolge auch in den Kreisen und kreisfreien Städten. Das hat Werner Kalinka eben dargestellt. Ich finde, wir sollten uns einmal konkret ein Beispiel vor Augen führen, weil wir mit diesem Beispiel auf ein weiteres Problem hingeführt werden, das in nächster Zeit auch auf uns zukommen wird.

Wir haben eine gute Vermittlungsquote im Bereich Neumünster/Kaltenkirchen. Dort gab es das so genannte MoZArt-Modell, eine partnerschaftlich zusammengelegte **Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe**, wo man miteinander gearbeitet hat und wo es keine Bevormundung gab. Ich glaube, das ist das Grundproblem dessen, was wir zurzeit auf Bundesebene diskutieren, nämlich ein Hartz-Modell, wo die Kommune außen vor ist und die Bundesagentur für Arbeit bestimmt. An anderer Stelle funktioniert - -

(Zuruf von Ministerin Dr. Brigitte Trauernicht-Jordan)

- Frau Ministerin, das müssen Sie schon ertragen. Das gehört in Schleswig-Holstein auch dazu, dass wir Abgeordnete hier unsere Meinung sagen. Das möchte ich Ihnen eingangs gleich mitgeben.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

MoZArt hat an diesen Stellen funktioniert. Und wir erwarten von Ihnen, Frau Ministerin, dass Sie sich im Bundesrat dafür einsetzen, dass wir die Erfolge, die wir mit MoZArt bei der Zusammenfügung der Arbeitslosen- und Sozialhilfe haben, auch im Bundesgesetz wiederfinden, ansonsten werden wir mit dieser Initiative nämlich scheitern.

(Beifall bei CDU und FDP)

Der nächste Punkt, den ich ansprechen möchte: Wir brauchen nicht nur **Arbeitsangebote** für diejenigen, die wir zur Arbeit ermutigen wollen, wir brauchen auch **Betreuungsangebote** für die Familien mit Kindern. Darin sind wir uns wieder einig. Und auch da sagt Hartz: Ja, da wollen wir gern rangehen, da soll etwas passieren und die Mittel sollen eigentlich in der Finanzierung schon gleich mit drin sein. Frau Ministerin, kümmern Sie sich bitte darum, dass sie konkret in der Finanzierung mit drin sind, denn ansonsten wird auch der Punkt nicht funktionieren.

(Beifall bei CDU und FDP)

Wir haben also unterschiedliche Erfolge auf der kommunalen Ebene. Ich finde, wir sollten uns an den Punkten orientieren, an denen wir wirklich gut sind. Wir waren in Neumünster gut, wir waren in Kaltenkirchen gut. Sorgen Sie als neue Ministerin dafür, dass wir all das in das Bundesgesetz hineinbekommen, wo wir schon jetzt vorankommen.

(Torsten Geerdts)

Wir sind uns einig, jeder arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger soll möglichst in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden, damit er sein Selbstwertgefühl erhält oder wieder herstellen kann. Darum geht es uns.

Im Ländervergleich stehen wir insgesamt nicht gut dar. Es ist Ihr Job, in den nächsten neun Monaten dafür zu sorgen, dass wir da ein Stück weit besser werden. Den Rest machen wir dann ab nächstem Jahr.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt Frau Abgeordneter Helga Kleiner das Wort.

Helga Kleiner [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zu einem einzigen Punkt hier zu Wort gemeldet, nämlich weil mir die ganze Richtung der Diskussion vonseiten der Regierungsfraktion nicht sehr angemessen erschien. Sie haben sich in einer Art und Weise gegenüber dem Kollegen Kalinka geäußert, von der ich finde, dass er sie nicht verdient hat.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh, oh!)

Er hat es eigentlich auch nicht nötig, von mir verteidigt zu werden, er kann sich schon allein wehren.

(Heiterkeit)

Aber einen Punkt wollte ich hier auch noch gern zu dem Beitrag des Kollegen Dr. Garg ansprechen. Sie haben Herrn Kalinka mehr oder weniger deutlich unterstellt, dass er **Sozialhilfe** empfangende **Heimbewohner** möglicherweise so behandeln wolle, als könnten die vielleicht auch noch arbeiten. Ich kenne den Kollegen Kalinka wirklich gut genug, dass ich weiß, dass er nicht meint, dass man pflegebedürftige Heimbewohner zur Arbeit heranziehen sollte.

Auch in unserem Antrag steht - und diesen Antrag hat nicht Herr Kalinka allein zu verantworten, dahinter steht unsere Fraktion.

(Holger Astrup [SPD]: Das wird ja immer schlimmer! -Weitere Zurufe von der SPD)

- ja, da müssen wir uns mit ihm in eine Reihe stellen -, in einem Absatz:

„Menschen mit Behinderungen, kranken oder nicht arbeitsfähigen Menschen ist Unterstützung zum Lebensunterhalt oder in Notlagen zu gewähren."

Damit sind so deutlich diese Personen mit gemeint, dass darüber eigentlich in einer Landtagsdebatte nicht in dieser Form geredet werden sollte. Das stört mich und das ist Ihnen auch nicht angemessen, Herr Dr. Garg.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich jetzt Frau Abgeordneter Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde, wir sollten diese Debatte ganz schnell beenden und diesen Antrag ablehnen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Die Beiträge der CDU zeigen auch die Peinlichkeit des Antrages. Der eine erzählt aus Heide, der andere erzählt aus Kiel

(Zuruf von der SPD: Neumünster!)

- ach, Neumünster -, die dritte sagt: Gehen Sie nicht so hart und gemein mit unserem Antragsteller um.

Ich sage: Schluss mit der Debatte, Ablehnung des Antrages. Kommen Sie noch einmal mit einem konkreten Antrag, dann diskutieren wir hier auch in der Sache.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW - Zurufe von der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort zu einem Kurzbeitrag - -

(Zurufe)

- Können wir uns darauf verständigen, dass Wortmeldungen durch das Plenum nicht kommentiert werden? Es ist nach der Geschäftsordnung das Recht eines jeden, sich zu Wort zu melden und dann seinen Beitrag hier zu leisten. In dem Sinne hat der Kollege Kalinka das Wort zu einem Kurzbeitrag.

(Zurufe)

- Herr Kollege, es steht Ihnen frei, Zwischenfragen zu stellen. Die Geschäftsordnung sieht das Verfahren vor. Wenn Sie sich diesbezüglich melden wollen, nehmen wir das gern entgegen. - Herr Kalinka!

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es bemerkenswert, welche Aufmerksamkeit das Thema findet und dass die linke Seite gar nicht weiß, wie sie sich zu diesem Thema einlassen will.

(Beifall bei der CDU)

Ihr Problem besteht doch darin, dass Sie im Nerv getroffen sind und keinen Mut zur eigenen Positionierung haben.

(Zurufe von der SPD)

Das ist genau der Punkt, über den wir uns hier zu unterhalten haben.

Wenn alles so wenig diskussionswürdig wäre, wie Sie es darstellen, dann sage ich auch an die Adresse des Kollegen Dr. Garg: Stellen Sie doch einen eigenen Antrag zu diesem Thema. Formulieren Sie es besser. Dann können wir darüber diskutieren.

Ich finde des bemerkenswert, mit welch einer Lebhaftigkeit wir über ein wichtiges Thema sprechen, gleichwohl wird aber so getan, als wäre das dem Thema nicht angemessen. Ich habe mir folgende Aussagen notiert: „Damit beschäftigen wir uns gar nicht", hieß es. Der Nächste sagte, die ganze Richtung passe ihm nicht.

Ja, die Richtung passt euch nicht, das ist mir klar. Aber akzeptiert doch, dass die gesamte Angelegenheit, über die wir uns hier unterhalten, ein politischer Streit und keine Nebensächlichkeit ist.

(Beifall bei der CDU)

Es ist für mich doch nicht einfach: In der CDU bin ich der Linke, im Parlament bin ich der Rechte.

(Heiterkeit und Beifall - Dr. Heiner Garg [FDP]: Und in Plön die Mitte!)

- Der Kollege Garg hat mich wieder versöhnt: In Plön bin ich die Mitte. - Da bin ich Präsident. Genau so ist das.

Meine Damen und Herren, ein letzter kurzer Satz. Wir unerhalten uns immerhin über eine quotale Beteiligung von 39 % an den Systemkosten. Diese Beteiligung macht pro Jahr 380 Millionen € im Landeshaushalt aus. Wir streiten uns häufig über kleine Summen von ein paar tausend Euro, aber ein solch dramatisch wichtiges Thema, bei dem es um Millionen geht, versuchen Sie ins Lächerliche zu ziehen. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall bei der CDU - Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Herr Kollege Kalinka, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Anke Spoorendonk?

Werner Kalinka [CDU]:

Herr Präsident, dies sehend, bin ich gleich geblieben.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Sie haben das Wort, Frau Kollegin.

Anke Spoorendonk [SSW]: Herr Kalinka, können Sie mir bitte schildern, woraus in Ihrem Antrag hervorgeht, dass wir über das quotale System diskutieren sollten?

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Kollegin, das erschließt sich daraus: Bei der Senkung der Sozialhilfekosten sind gleichermaßen die kommunale wie die Landesebene im Verhältnis von 61 % zu 39 % beteiligt; dies zu Ihrer Sachaufklärung.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Zu einem Kurzbeitrag erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Wolfgang Baasch das Wort.

Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Ganze hat seinen Unterhaltungswert und das ist auch gut so. Denn vielleicht kann man dieses ernste Thema so besser behandeln.

Allerdings ist der Antrag selber - das muss man irgendwann eingestehen - nicht in Ordnung. Er ist nicht ausgereift. Er ist nicht gut. Sie selber haben Ihre Diskussion auf Ihrem Parteitag am 21. Juni noch vor sich; das spürt man auch hier im Parlament. Da werden Berichte aus der Region gegeben. Da wird deutlich gemacht, dass die Sozialhilfekosten eigentlich etwas mit aktiver Arbeitsmarktpolitik zu tun haben. Das ist alles zutreffend.

All das findet sich zwar nicht in dem Parlamentsantrag, den wir hier vorliegen haben, wieder, aber eines - und das hat nichts mit links, rechts oder der CDU, Herr Kalinka, sondern mit Ahnung oder Ahnungslosigkeit zu tun - muss man deutlich machen: Wer einfach behauptet, in diesem Bereich werde

(Wolfgang Baasch)

nichts getan, der verkennt die Sozialpolitik in diesem Land.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn man sich das Arbeitsmarktprogramm ASH anschaut, sieht man, dass reagiert und gegengesteuert wird. Wenn man sich die Benchmarking-Prozesse anschaut, sieht man, dass gegengesteuert wird. Ich greife auch das Beispiel aus Heide des Kollegen Steincke auf. Ich könnte Ihnen ein Beispiel aus Lübeck erklären, wo genau dasselbe getan wird: Man versucht, Menschen in Arbeit zu qualifizieren, um sie aus der Sozialhilfe herauszunehmen. Das hat Sinn.

Diese Maßnahmen haben aber noch einen anderen Sinn: Selbst diejenigen, die nicht in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden, haben für eine gewisse Zeit Arbeit. Sie sind dann in der Gesellschaft angekommen und können sich etwas leisten; selbst wenn es nur der neue Fernseher ist.

(Glocke des Präsidenten)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Kalinka?

Wolfgang Baasch [SPD]:

Ja.

Werner Kalinka [CDU]: Herr Kollege, da man beim Thema ASH im Lande gewusst hat, was richtig war oder nicht, frage ich: Warum hat man die Hälfe der Programme korrigiert?

Wir haben ASH seit vielen Jahren. Wir hatten ASH 2000 und nun hatten wir eine Neuausrichtung des Arbeitsmarktprogramms, weil es richtig ist, es an sich ändernde Gegebenheiten anzupassen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Kollege Kalinka, schauen Sie sich einmal an, wie viele Punkte sich jetzt aufgrund der Hartz-Gesetzgebung ändern werden. Wir werden auch darauf reagieren müssen und auch in diesem Fall wird die Regierung ASH anpassen, weil es eben vernünftig ist, ein abgestimmtes Programm zu haben und nicht nur irgendetwas durchzuziehen.

Ich möchte noch einmal auf meine vorigen Ausführungen zurückkommen. - Es geht auch darum, dass die Menschen durch Arbeit in der Gesellschaft ankommen. Sie können Kultur miterleben, weil sie wieder im Arbeitsprozess sind und Kollegen haben. Das ist wichtig. Von daher glaube ich, dass wir durchaus in der Lage sind, nachzuweisen, dass in Schleswig-Holstein viel getan wird und viel getan worden ist; selbst im Kreis Plön ist mit der Beschäftigungsagentur Neuland viel erreicht worden, die auch durch Landesgeld mitfinanziert worden ist.

(Werner Kalinka [CDU]: Wodurch mitfinanziert?)

Da sage ich schlicht und ergreifend: Wenn Sie sich hier hinstellen und sagen, es finde nichts statt, dann dokumentiert das Ahnungslosigkeit. Der Antrag strotzt vor Ahnungslosigkeit und er gehört wirklich abgelehnt.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Im Moment sehe ich keine weiteren Kurzbeitragswünsche. Insofern darf ich für die Landesregierung der zuständigen Ministerin, Frau Dr. Trauernicht-Jordan, das Wort erteilen.

Dr. Brigitte Trauernicht-Jordan, Ministerin für Soziales, Gesundheit und Verbraucherschutz:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Zunächst bedanke ich mich recht herzlich für die vielen sachdienlichen Ausführungen vieler Rednerinnen und Redner zur Sozialhilfe und zum Sozialhilferecht. Dies erlaubt mir, direkt auf den politischen Kern dieser Debatte zurückzukommen, den, meine Damen und Herren von der CDU-Fraktion, Herr Kalinka angeheizt hat, weil er diesen Antrag mit der Ansage des CDU-Spitzenkandidaten zur Landtagswahl 2005, die Sozialhilfeausgaben in Schleswig-Holstein innerhalb von fünf Jahren um 25 % zu senken, in Zusammenhang gebracht hat.

Ich habe durchaus auch differenzierte Aussagen anderer CDU-Abgeordneten zu der Gesamtthematik wahrgenommen, aber wenn solch eine Form von Brandstifterei betrieben wird, muss es auch möglich sein, dass man sich politisch damit auseinander setzt, und das will ich tun.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie wollen die **Sozialhilfeausgaben** um 25 % senken. Wer in Ihr Papier schaut, stellt fest, dass darin ein Weg aufgezeigt wird; ich zitiere:

„Der Missbrauch von Leistungen spielt eine erhebliche Rolle."

(Ministerin Dr. Brigitte Trauernicht-Jordan)

Meine Damen und Herren, das ist eine deutliche Botschaft. Der Faulenzer von nebenan, der es sich in der Hängematte bequem macht und die Sozialhilfe unrechtmäßig mitnimmt, ist das eigentliche politisch zu bearbeitende Problem.

Das ist ein politischer Irrweg, Herr Kalinka, und so charmant Ihr Angebot an mich war: Daraus wird nichts. Wir haben außerordentlich unterschiedliche politische Positionen. Zwischen uns liegen Welten und das werden Sie auch noch merken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie haben für die erfolgreiche **Bekämpfung von Sozialhilfemissbrauch** das Hamburger Beispiel gebracht. Das ist ein gutes Beispiel, um deutlich zu machen, dass Sie hier etwas anders darstellen, als es in Wirklichkeit ist. Es geht um die Frage des Autobesitzes von Sozialhilfeempfängern.

Ungefähr 100.000 Sozialhilfeempfänger gibt es in Hamburg. 7.000 von ihnen fahren ein Fahrzeug und es ist durch Kontrollen festgestellt worden, dass 27 von ihnen dieses Fahrzeug unrechtmäßig fahren. Das sind 0,3 % der Auto fahrenden Sozialhilfeempfänger und ein Promilleanteil aller Sozialhilfeempfänger.

Meine Damen und Herren, die Zahl 27 liegt ziemlich nah an der 25. Aber 25 % Einsparungen erreichen Sie nicht durch diese 27 Sozialhilfeempfänger, die unrechtmäßig ein Auto besitzen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie also bitte diese diffamierenden Spitzen gegen Sozialhilfeempfänger.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Damit nicht genug. Sie üben auch harsche Kritik an den Kommunen. Zitat:

„Es gibt einen regelrechten Wettlauf nach dem Motto ‚Wer zahlt am meisten?'."

Meine Damen und Herren, dass **Kommunen** derart abqualifiziert werden, habe ich in meiner politischen Laufbahn noch nicht erlebt.

Herr Kalinka, halten Sie es wirklich für klug, eine „strenge Auslegung" zu fordern? - Das ist ein bemerkenswerter juristischer Begriff. Es geht um eine korrekte Ausführung und ich gehe davon aus, dass diese auch das Ziel der Kommunen selbst ist.

Ich finde es doppelt ungerecht, auf die Kommunen einzuschlagen, denn unter der CDU-geführten Bundesregierung ist eine Massenarbeitslosigkeit entstanden, die letztlich als eine erdrückende finanzielle und soziale Last bei den Kommunen hängen geblieben ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Auf diese Kommunen, die alles in ihrer Macht stehende tun, um die Sozialhilfeausgaben in den Griff zu bekommen, wird von der CDU auch noch eingeschlagen. Herr Abgeordneter Kalinka, ich hoffe, dass hier noch politische Korrekturen erfolgen.

Insgesamt komme ich zu der Bewertung, dass es hier eher um politische Brandstiftung als um die Ansage geht, die Sozialhilfeausgaben tatsächlich zu senken.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zurufe von der CDU)

Hier sollen Vorurteile und Stammtischurteile bedient werden. Die so mitgeschürte Stimmung soll politisch auch gegen die Sozialdemokratie genutzt werden. Ich sage Ihnen: Damit kommen Sie nicht durch, das ist mit uns nicht zu machen!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sozialhilfemissbrauch und Leistungserschleichung werden auch von der von SPD und den Grünen geführten Landesregierung konsequent verfolgt. Das entspricht unserem Selbstverständnis von Gerechtigkeit!

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Werner Kalinka [CDU]: Nichts anderes steht im Antrag!)

Generell braucht man für eine zukunftsorientierte Sozialhilfe und Einsparungen in diesem Bereich nicht mehr Kontrolleure, sondern weitere Innovationen. Ich will deutlich machen, wie das gehen kann: **Aktivieren statt alimentieren** ist das Grundprinzip, das erreicht werden soll, und zwar durch strukturelle Reformen, von denen ich jetzt einige ansprechen will:

Erstens. Soziale Gerechtigkeit schließt das **Recht auf Arbeit** ein. Deshalb ist von Ihnen, Herr Abgeordneter, zu Recht das Thema Arbeit statt Sozialhilfe angesprochen worden. Es geht darum, arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger mit dem Zukunftskonzept Hartz IV in Arbeit zu bringen. Diese politische Lösung wird von der CDU aber zurzeit blockiert. Selbstverständlich geht es uns darum, dass Hartz IV auf den Weg kommt. Deshalb fordere ich Sie auf: Schließen Sie sich dem Städtetag und dem Gemeindebund an, die

(Ministerin Dr. Brigitte Trauernicht-Jordan)

mit der Bundesagentur für Arbeit einen Weg gefunden haben!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Selbstverständlich werden wir uns dafür einsetzen, dass es zu einer finanziellen Entlastung der Kommunen kommt, und zwar zu einer finanziellen Entlastung, die genau dazu genutzt wird, was Sie, Herr Abgeordneter Steincke, angesprochen haben. Das ist nämlich mein zweiter Punkt: Zu einer weiteren erforderlichen Innovation in der Sozialhilfe gehört auch, den vielen Sozialhilfe beziehenden Alleinerziehenden Ausbildung und Arbeit zu ermöglichen. Das bedeutet Ausbau der Kinderbetreuung und eine familienfreundliche Weiterentwicklung des Arbeitsmarktes. Hier sind wir uns einig. Drittens. Sozialhilfe und Innovationen bedeuten auch, die große Gruppe der Kinder aus der Sozialhilfe zu lösen. Mittelfristig geht es dabei um eine Grundsicherung für Kinder. Kurzfristig geht es darum, den Vorschlag für einen Kindergeldzuschlag beim Arbeitslosengeld II im Rahmen von Hartz IV zu unterstützen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist gerade angesprochen worden: Sozialhilfe, das ist nicht nur das Auszahlen von Geld an diejenigen, die nicht arbeitsfähig und in Not sind. Weitaus mehr als die Hälfte der Sozialhilfeausgaben umfasst nicht die **Hilfe zum Lebensunterhalt**, sondern die **Hilfe in besonderen Lebenslagen**. Das ist zum Beispiel die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen. Das ist auch die Hilfe zur Pflege. Es geht also um Menschen mit Handicaps und um alte und pflegebedürftige Menschen.

Hier sind wiederum fachliche Entwicklungen zu forcieren, die dem Prinzip ambulant statt stationär Rechnung tragen. Der Einsatz der so genannten persönlichen Budgets, das Fallmanagement, passgenaue Hilfen oder Pauschalierung sind Stichworte, die in der Debatte auch schon gefallen sind. Diese weisen den Weg in die richtige Richtung. Damit kann es zu **Sozialhilfeausgabensenkungen** kommen, die allerdings auf **strukturelle Reformen** setzen, damit das politisch in die richtigen Bereiche hineinkommt. Es geht nicht um eine Kürzung um 25 % durch die Beseitigung von Missbrauch und erst recht nicht um eine Kürzung um 25 % dadurch, dass man alten, pflegebedürftigen und behinderten Menschen das Geld wegnimmt. Herr Kalinka, hier erwarte ich von Ihnen noch eine klare Aussage.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Werner Kalinka [CDU]: Das ist eine glatte Verdrehung!)

Im Rahmen eines Benchmarkingprozesses hat die Landesregierung seit 1998 genau diese Entwicklungen, die Sie einfordern, auf den Weg gebracht.

(Werner Kalinka [CDU]: Das ist niveaulos!)

Dies von der Landesregierung zu erwarten, heißt Eulen nach Athen zu tragen.

(Veronika Kolb [FDP]: Aber nicht in Schleswig-Holstein!)

Wenn Sie sich in den Sozialämtern erkundigen, dann merken Sie, dass dies längst auf den Weg gebracht worden ist. Sollten Sie noch anderes Federvieh bemühen wollen, dann wird Ihnen bereits am Eingang des Sozialamtes Plön das Ende gesetzt werden.

Ich fordere Sie also zu einer konstruktiven Auseinandersetzung mit dieser Thematik auf. Verzichten Sie auf die Diskreditierung von Menschen, die Sozialhilfe beziehen müssen, sei es als Hilfe zum Lebensunterhalt, sei es als Hilfe in besonderen Lebenslagen. Auch diese Menschen haben Würde und einen Anspruch darauf, dass wir anständig mit ihnen umgehen. Sie sind in der Regel vom Leben genug gebeutelt. Setzen Sie die Akzente also richtig und vergegenwärtigen Sie sich, dass Sie mit Ihrer politischen Ansage, 25 % der Mittel durch Missbrauchsbeseitigung und bei Behinderten kürzen zu wollen, Menschen verunsichern. Sie verunsichern nicht nur die betroffenen Menschen, sondern auch die zahlreichen engagierten Träger mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in den Werkstätten und den ambulanten und stationären Einrichtungen der Eingliederungshilfe, den Frühfördereinrichtungen und vielen anderen mehr.

(Veronika Kolb [FDP]: Das ist nicht gesagt worden!)

Wir sagen jedenfalls: Diese Träger und Mitarbeiter können sich auf die sozialdemokratische Landesregierung verlassen. Mit uns wird es diese Kürzungen in diesen Bereichen nicht geben!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht Angst und Druck müssen erhöht werden, sondern die politische und gesellschaftliche Anerkennung der Arbeit für diese Zielgruppen. Das ist das soziale Schleswig-Holstein, für das ich mich einsetze.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Veronika Kolb [FDP]: Dann fangen Sie an!)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

(Unruhe - Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

- Sie haben nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung bereits einen Kurzbeitrag geleistet. Nach unserer Geschäftsordnung steht grundsätzlich nur ein Kurzbeitrag pro Redner zur Verfügung.

(Unruhe - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- War das eine Wortmeldung, Herr Kollege? - Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, treten wir in die Abstimmung ein.

Wenn ich das richtig verstanden habe, ist zweierlei beantragt worden: Es ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3371, zur weiteren Beratung an den zuständigen Sozialausschuss zu überweisen. Zweitens ist beantragt worden, über den Antrag in der Sache abzustimmen.

Nach unserer Geschäftsordnung ist es so, dass die Beratung vorgeht. Das heißt also, dass in der Abstimmung die Frage nach der Ausschussüberweisung vorgeht. Wir stimmen also zunächst über den Antrag auf Ausschussüberweisung ab.

Wer den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3371, zur weiteren Beratung an den zuständigen Sozialausschuss überweisen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag auf Überweisung an den zuständigen Sozialausschuss ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP abgelehnt.

Wir treten in die Abstimmung in der Sache ein. Wer dem Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 15/3371, in der Sache seine Zustimmung geben will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenstimmen? - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen der CDU bei einigen Enthaltungen abgelehnt.

(Unruhe)

Ich meine, ich hätte Enthaltungen gesehen. Waren Enthaltungen da? - Keine! Gut, der Antrag ist mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW gegen die Stimmen der CDU abgelehnt. Es gab keine Enthaltungen. Tagesordnungspunkt 15 ist damit erledigt.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 38 aufrufe, will ich geschäftsleitend darauf hinweisen, dass für die Diskussion über den Wirtschaftsbericht 2004, Bericht der Landesregierung, Drucksache 15/3451, nach der ausliegenden Redezeitliste eine Gesamtdiskussionszeit von 60 Minuten angesetzt ist.

(Zuruf von der SPD)

- Herr Kollege, ich will darauf hinweisen, dass es jetzt 17:30 Uhr ist. Wir würden die für heute festgesetzte Tagungsdauer bis 18 Uhr um mindestens 30 Minuten überschreiten. Ich darf fragen, ob das Haus damit einverstanden ist. - Es erhebt sich kein Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 38 auf:

Wirtschaftsbericht 2004

Bericht der Landesregierung
Drucksache 15/3451

Zunächst erteile ich für die Landesregierung dem Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, Herrn Professor Dr. Rohwer, das Wort.

Dr. Bernd Rohwer, Minister für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der **Wirtschaftsbericht 2004** zeichnet ein umfassendes, sehr gründliches Bild von der Entwicklung der schleswig-holsteinischen Wirtschaft im vergangenen Jahr. Zunächst möchte ich unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern herzlich danken. In dem Bericht steckt viel Arbeit und das kann man, denke ich, auch sehen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

2003 war wahrlich kein leichtes Jahr. Das Wachstum war rückläufig und betrug minus 0,6 %. Die Arbeitslosigkeit ist deutlich gestiegen, auch die Zahl der Insolvenzen hat zugenommen. Insofern können wir mit dem Jahr 2003 keinesfalls zufrieden sein.

Über die Ursachen hierfür haben wir zuletzt hier in diesem Hause bei der Diskussion über das Papier 2020 ausführlich gesprochen: Konjunkturprobleme und Wachstumsprobleme. Wohlgemerkt: Wir haben nicht nur Konjunkturprobleme, wir haben Wachstumsprobleme in Deutschland, so auch in Norddeutschland, auch in Schleswig-Holstein. Außerdem haben wir in Schleswig-Holstein seit langem spezifische Strukturprobleme, von denen wir einen Teil abgebaut haben, aber von denen wir eben einen Teil auch noch nicht abgebaut haben. All dies haben wir ja miteinander diskutiert.

Und dann sagt die Opposition, die Landesregierung sei an diesen Problemen schuld. Sinn dieses Wirtschaftsberichtes ist es auch, hierzu ein paar Fakten zu

(Minister Dr. Bernd Rohwer)

nennen. Ich glaube, dass wir sehr gründliche Fakten nennen, die es lohnt, einmal anzuschauen.

So zeigen wir beispielsweise auf Seite 39, dass die Investitionsbank mit ihren Förderinstrumenten im letzten Jahr rund 2.000 Arbeitsplätze gesichert und geschaffen hat, dass die **Bürgschaftsbank** Bürgschaften für 415 Unternehmen übernommen hat, dass die mittelständische Beteiligungsgesellschaft 46 Beteiligungen eingegangen ist. Mit anderen Worten: Mit den vielen Instrumenten, die wir in Schleswig-Holstein anbieten, sind wir in der Mittelstandspolitik und in der Mittelstandsförderung vorbildlich, übrigens auch auf Bundesebene, wie wir wissen und auch von anderen gehört haben.

Wir haben also sehr wohl versucht, gegen Probleme der Unternehmen anzusteuern. Dass dies aber nur begrenzt möglich ist, wissen Sie auch. Das wissen alle. Ich glaube, die Instrumente sind gut. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die sie anwenden, sind auch gut.

(Beifall bei der SPD)

Die Beispiele der übrigens auch von Ihnen gern zitierten Unternehmen Motorola, mobilcom, Orga und andere zeigen übrigens auch, dass es in der Tat Probleme gab, so wie es auch anderswo im Bundesgebiet **Unternehmensprobleme** gab, dass wir uns aber darum gekümmert haben, dass diese Unternehmen neue Zukunftsperspektiven bekommen. Motorola hat eine Zukunftsperspektive, mobilcom hat eine bekommen, übrigens gegen manche Einwände hier in diesem hohen Hause, Orga und andere Unternehmen gleichfalls. Wir wissen, dass die Mitarbeiter uns dafür dankbar sind.

Das Ergebnis dieser Standortpolitik ist ja - auch das bitte ich Sie einmal zur Kenntnis zu nehmen -, dass viele Unternehmen in Schleswig-Holstein wieder neue Stärke gewonnen haben, dass wir als Gründerland eine Spitzenposition haben - Seite 51 -, dass die Insolvenzen wieder rückläufig sind, dass die Exportquote nochmals gestiegen ist - Seite 71 -, dass der Abstand zum Bundesdurchschnitt noch einmal geringer geworden ist, dass wir einen Rekord bei Neuansiedlungen haben, dass wir bei Ausbildungsplätzen spitze sind und als einziges Land Zuwächse haben, dass wir beim Tourismus wieder Zuwächse haben, im letzen Jahr und in diesem Jahr auch. Das heißt: Es gibt viele Indikatoren, die positive Trends anzeigen.

Während Sie - teilweise jedenfalls - noch meckern und lamentieren, optimieren wir unsere Wirtschaftsförderung weiter. Wir fassen unsere **Wirtschaftsförderung** und die ttz zusammen, wir fassen, wie gestern beschlossen, die Stiftungen zusammen. Wir haben die Finanzierungssäule weiter zusammengeführt. Das heißt: Wir sind mit unseren Wirtschaftsförderungsinstrumenten optimal aufgestellt. Und nicht zu vergessen: Wir haben unsere Programme optimiert. Auch das kann sich im Bundesvergleich sehen lassen. Unser Regionalprogramm ist neu positioniert, unser Arbeitsmarktprogramm ASH ebenfalls, wir haben ein Zukunftsinvestitionsprogramm aufgelegt, und, last, but not least, wird auf den Seiten 8 bis 21 unseres Berichts eine sehr klare Clusterstrategie dargestellt. Das, was wir neulich diskutiert haben, wird also auch mit konkreten Maßnahmen unterfüttert.

Fazit: Wir können mit der Entwicklung noch nicht zufrieden sein, aber das, was wir hier im Lande für die Wirtschaft, für die Unternehmen, für die Beschäftigten tun können, das tun wir. Es gibt keine Alternative zu diesem Kurs. Ich wäre überrascht, wenn ich gleich von Ihnen einen konkreten, neuen und Erfolg versprechenden Vorschlag hören würde, um dieses Instrumentarium, das ich dargestellt habe, möglicherweise zu ergänzen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Ich eröffne die Aussprache. Für die Fraktion der CDU erteile ich dem Herrn Abgeordneten Uwe Eichelberg das Wort.

Uwe Eichelberg [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Minister Dr. Rohwer, selbst in einer Kurzdarstellung muss ich sagen: Das war nicht das Resümee eines positiven **Wirtschaftsjahres** 2003. Aber das war ja Ihr letzter Bericht als Wirtschaftsminister und das ist auch gut so. Reden wir nicht mehr darüber.

Wieder wird ein positives Szenario für die Zukunft gemalt, wieder werden Aktivitäten angekündigt und es wird gar nicht mehr darauf hingewiesen, wer eigentlich seit 16 Jahren hier in Schleswig-Holstein die Verantwortung für die Wirtschaftspolitik hat. Wichtig sind nicht nur die positiven Akzente, die Sie aufgezeigt haben, sondern es kommt auf die Ergebnisse hinterher an. Sie haben es ja selber vorgetragen: Nirgendwo gibt es so viele Konkurse, nirgendwo sind die Arbeitslosenzahlen so kräftig angestiegen. Wenn Sie sich die Zahlen Schleswig-Holsteins genau anschauen, Herr Minister, dann sehen Sie, wo die Arbeitsplätze entstanden sind: eben nicht dort, wo Sie sie gefördert haben, sondern im Süden Hamburgs, wo sie von alleine entstanden sind!

(Beifall bei der CDU)

(Uwe Eichelberg)

Meine Damen und Herren, es nützt überhaupt nichts, wenn wir jedes Mal die **konjunkturellen** Ziele hochsetzen. Im letzten Jahr mussten wir laufend herunterkorrigieren, bis wir bei minus 0,6 % gelandet sind. Es nützt überhaupt nichts, immer wieder zu sagen, wenn die Konjunktur in Amerika anspringe, dann werde es hier sehr gut.

In Ihrem Bericht wird wieder einmal die konjunkturelle Erholung angekündigt, wenn - ich zitiere - „die Verbraucher und Investoren verstärkt Vertrauen für die zukünftige Entwicklung gewännen". Meine Damen und Herren, woher sollen die bei den Regierungen in Berlin und Kiel Vertrauen bekommen?

(Beifall bei der CDU)

Es ist schwierig darzustellen, wie wir die Zukunft hier gestalten wollen. Wir haben immer geglaubt, die Brücke nach Skandinavien sei die Zukunft, sei die Chance für uns, in den Ostsee-Anrainerstaaten und im Norden Fuß zu fassen und dort etwas zu erreichen. Aber die Schlusslaterne am rot-grünen Zug ins Nirwana zeigt eindeutig auch in Estland: Wir kommen überall zu spät, der Zug ist abgefahren.

Herr Dr. Rohwer, allein mit Optimismus schaffen wir es in der Wirtschaftspolitik nicht. Gestern haben Sie zur A 20 wieder angekündigt, im Herbst werde mit dem Weiterbau der A 20 von Lübeck nach Geschendorf begonnen. Aber Phantasterei ist doch kein Optimismus. Man muss differenzieren. Man kann den Leuten nicht immer einreden, dass es positiv läuft. Es läuft nicht positiv. Das ist nicht Ihre Schuld allein. Das gebe ich ehrlich zu. Nur, dadurch, dass man jedes Mal vorgaukelt, es werde besser, schafft man keinen Optimismus.

Man muss eine vernünftige Basis haben. Nur wenn man von einer vernünftigen Basis ausgeht, kann man die Zukunft gestalten.

(Beifall bei der CDU)

Lassen Sie mich exemplarisch Ihre **Clusterbildung** nennen. Sie haben uns in einer Lehrstunde erklärt, was Cluster sind. Aber auch bei dieser Definition kann ich Ihnen überhaupt nicht folgen. Wenn man ganz Schleswig-Holstein als ein Tourismus-Cluster sieht, dann hat man nicht verstanden, was Cluster sind. Wenn ich 50 % der Gäste an der Westküste allein auf Sylt habe, dann brauche ich dort ein ganz anderes Profil und dann muss das Cluster für Sylt anders aussehen als das für die Hüttener Berge, für Eckernförde oder für Büsum.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie das nicht richtig können, dann können Sie auch die Ziele nicht richtig definieren und dann können Sie keine vernünftigen Ergebnisse bekommen, dann läuft Ihnen Mecklenburg-Vorpommern davon. Und wenn die A 20 fertig ist und das „Hamburger Abendblatt" titelt: „Endlich freie Fahrt zu den Stränden Mecklenburgs!", dann wissen Sie ganz genau, wohin es geht: an Schleswig-Holstein vorbei, weil Sie nicht erkannt haben, wie man Cluster vernünftig definiert.

Meine Damen und Herren, auf die **Straßenverkehrsprojekte** möchte ich gar nicht weiter eingehen. Wiederum werden neue Daten genannt, so beispielsweise in Ihrer gestrigen Presseerklärung. Ich habe die Kleinen Anfragen der letzten Jahre angeschaut. Jedes Jahr wurde weiter verschoben, auch als es noch gar kein Anti-Stau-Programm und Ähnliches gab. Es wird einfach nur weitergegeben und vielleicht kommentarlos darunter gelitten. - Ich gehe davon aus, dass Sie auch darunter leiden. - So kann es nicht weitergehen. Das ist keine Zukunft. Auch hier müssen Bautermine, die wirklich definiert sind, klipp und klar genannt werden. Dann können wir uns daran orientieren. Wenn dann in den nächsten 20 Jahren etwas nicht läuft, dann müssen wir die eine oder andere Ersatzmaßnahme vorziehen. Aber wir können nicht immer Zielen nur hinterherlaufen. Das ist nicht die Zukunft, die die Wirtschaft braucht.

Ansonsten empfehle ich Ihnen dringend einmal die im April dieses Jahres erschienene Studie über die **Standortbeurteilung** im Land Schleswig-Holstein, die von der hiesigen Universität erstellt wurde. Darin erkennen Sie nämlich ganz eindeutig, was die Firmen bemängeln. Das ist die Ferne zu den Absatzmärkten und zu den Kunden heute und zu den zukünftigen Absatzmärkten. Wir liegen weit weg. Die schlechte Straßenanbindung wird eindeutig an dritter Stelle gesehen. Die Bahn vermisst sowieso keiner, weil sie Cargo hier gar nicht anbietet. Genannt wird auch die geringe Verfügbarkeit von Facharbeitskräften. Zu PISA brauchen wir gar nichts mehr zu sagen. Wir sind auf einem völlig falschen Weg. Vielleicht besuchen Sie nur Firmen, die wir fördern und die Ihnen etwas anderes sagen. Ich empfehle Ihnen: Sehen Sie sich an, was draußen los ist, schauen Sie sich die Standortstudie an. Sie zeigt auch, dass ein besonders gutes Verhältnis zum Ministerium gar nicht gesehen wird.

Meine Damen und Herren, es gibt viel zu tun für Schleswig-Holstein. Packen wir es an, aber im kommenden Jahr!

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Professor Müller.

Klaus-Dieter Müller [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Uwe Eichelberg, ich finde es schon sehr bemerkenswert, wenn die Opposition hier zur Regierung sagt: Ich kann eigentlich nicht nachvollziehen, dass Sie diesen Standort hier optimistisch darstellen. Mit schlechtreden ist noch kein Standort besser geworden.

(Beifall bei SPD und SSW)

Ich finde, dass die Oppositionsparteien mit dem Schlechtreden des Standortes schon genug Schaden angerichtet haben. Vielleicht sollte sich die Opposition ein wenig auch auf die positiven Dinge konzentrieren.

Wir haben natürlich mit einer ganzen Reihe auch von **strukturpolitischen Problemen** zu tun gehabt. Ich will nur die Reduzierung bei der Bundeswehr nennen, die den Hamburger Rand natürlich nicht so stark wie andere Teile des Landes getroffen hat, oder die Strukturveränderungen in der Werftindustrie, die aufgrund des ruinösen Wettbewerbes mit der Konkurrenz aus Fernost keiner beeinflussen konnte. Dennoch haben wir dieses Land zu einem modernen Dienstleistungsland ausbauen können.

Ich will in Anbetracht der uns zur Verfügung stehenden geringen Redezeit einen Satz zu den **Clusterbildungen** sagen. Natürlich ist es richtig, sich gerade in Zeiten knapper Ressourcen auf das zu konzentrieren, wo man etwas vorzuweisen hat. Uwe, du sprichst den Tourismus an. Wir haben im Tourismus eine ganze Menge vorangebracht. Dies war nicht die Regierung allein, es hat durchaus Unterstützung aus der Opposition gegeben. Ich denke daran, dass wir das gesamte **Tourismusmarketing** im Lande, das sich totgelaufen hatte, auf neue Beine gestellt haben. Auch da haben wir rechtzeitig reagiert. Ich glaube, dass die Cluster, insbesondere Medizintechnik, Biotechnologie und auch maritime Wirtschaft, für unser Land richtig definiert wurden und sie vorangetrieben werden müssen. Insofern ist die Politik richtig.

Ich finde es gut, dass, wie im Bericht ausgewiesen, unsere **Exportquote** erheblich steigt. Wir haben hier in der Tat Defizite, das wissen wir. Das hat natürlich auch damit zu tun, dass wir keine Zulieferindustrie und keine internationalen Kontakte unserer kleinen und mittelständischen Betriebe haben, wie es in anderen Bundesländern der Fall ist. Auch wenn ich, wie der Minister gesagt hat, keine Anregungen geben soll, denke ich, wir müssen uns bei der Außenwirtschaftspolitik konzentrieren. Die Länder auf dem Baltikum werden so gern angesprochen. Mein Gott, alle Menschen dort zusammengenommen sind vielleicht so viele, wie man in Berlin und Umgebung an Menschen hat. Auch da muss man sich konzentrieren. Polen ist ein großes Anrainerland mit 40 Millionen Menschen. Wir müssen die Konzentration noch konsequenter durchführen.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen darf ich in diesem Zusammenhang darauf hinweisen, dass Großbritannien immer noch der größte Handelspartner Schleswig-Holsteins ist. Auch dies müssen wir im Auge behalten.

Auch ich möchte - der Minister hat es gesagt - die **Stärkung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft** hervorheben. Die ttz, die jetzt Teil der Wirtschaftsförderung der WSH geworden ist, stellt eine wichtige Technologiekompetenz dar, die wir der Wirtschaftsförderung zugeschlagen haben. Es ist eine wichtige Korrektur dieser Wirtschaftsförderungseinrichtung. Wir haben - auch dies muss gesagt werden - ein wirklich vorbildliches Instrumentarium mit der Investitionsbank, der Mittelständischen Beteiligungsgesellschaft und der Bürgschaftsbank. Die Neuausrichtung der Investitionsbank ist eine ganz wichtige Maßnahme, die wir hier durchgesetzt haben. Was fehlt den kleinen und mittleren Unternehmen? Es fehlen die Finanzmittel auf dem Markt. Dafür kann diese Landesregierung nichts. Das ist ein Problem der Finanzwirtschaft in Deutschland. Die neue Investitionsbank wird hier wichtige Kompensation leisten. Auch hier ist die Politik richtig und vorbildlich gewesen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das sieht man im Übrigen auch daran, dass unsere Gründerquote seit Jahren ganz oben angesiedelt ist und die Insolvenzquote relativ gering ist. Das liegt daran, dass die Bürgschaftsbank und die MBG mit ihren Investitionen immer verbinden, dass Coaching erfolgt, dass die Betriebe sich beraten lassen müssen. Auch hier hat unser Förderinstrumentarium wirklich gegriffen.

Ich komme auf einen anderen Gesichtspunkt zu sprechen. Gerade für ein Bundesland wie Schleswig-Holstein wie für alle Länder, die geographische Nachteile haben - in Bezug auf den europäischen Markt haben wir sie natürlich -, ist eine gut ausgebaute **Verkehrsinfrastruktur** unerlässlich. Das ist für ein solches Land lebensnotwendig. Ich danke dem Wirtschafts- und Verkehrsminister Bernd Rohwer ausdrücklich für seinen enormen Einsatz. Ich glaube,

(Klaus-Dieter Müller)

dass ich es besser als andere in diesem Zusammenhang beurteilen kann. Er hat gegen große Widerstände aus anderen Bundesländern - ich will nicht verhehlen, auch aus der eigenen, etwas entfernteren politischen Umgebung - die für uns alle wichtig erscheinenden Verkehrsprojekte in den Bundesverkehrswegeplan hinein bekommen. Das war nicht ganz einfach, wenn man weiß, was hinter den Kulissen gelaufen ist. Ich möchte ihm ausdrücklich dafür danken, dass er diese Leistung vollbracht hat.

(Beifall bei SPD und SSW)

Als letzten Punkt möchte ich sagen, die Quoten, die wir im Bereich Ausbildung vorweisen können, sind ausgesprochen erfreulich. Auch das ist ein nicht unwesentlicher Verdienst dieses Ministers. In diesem Land brauchen wir keine staatlichen Vorgaben. Die Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Politik schafft es in diesem Land. Das ist diesem Minister nicht unwesentlich zuzurechnen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Rainer Wiegard [CDU]: Tritt der heute Abend zurück oder warum kriegt er diese Hymne?)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Das Wort für die Fraktion der FDP erteile ich jetzt Frau Christel Aschmoneit-Lücke.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe eben erfahren, dass unsere Redezeit wesentlich verkürzt worden ist. Das ist dann vielleicht der Bedeutung der Wirtschaftspolitik dieses Landes auch angemessen.

(Beifall bei der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Ich jedenfalls erinnere mich an Zeiten, in denen wir den Jahreswirtschaftsbericht, Herr Kollege Benker, morgens, vormittags ausführlich debattiert haben

(Beifall bei FDP und CDU)

und nicht am Ende des zweiten Tages der Sitzung, und dann noch mit verkürzten - -

(Lars Harms [SSW]: Im Ältestenrat beantragt!)

- Nein, Kollege Harms. Das ist eben beschlossen worden. Ich mache niemandem einen Vorwurf.

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Frau Kollegin, nur damit kein Missverständnis besteht: Die Redezeit ist im Ältestenrat festgelegt worden. Es gibt keine veränderte Beschlusslage des Ältestenrates. Insofern haben Sie Anspruch auf zehn Minuten, aber keiner ist gezwungen, die zehn Minuten auszunutzen.

Christel Aschmoneit-Lücke [FDP]:

Ich bedanke mich dafür, Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, dass das noch einmal betont worden ist. Aber ich habe unter anderem darauf hingewiesen, dass wir jetzt am Ende der zweiten Tagung dieser Sitzung sind, und entsprechend ist offensichtlich auch die Aufmerksamkeit.

Meine Damen und Herren, ich werde meine Redezeit von zehn Minuten, die mir offensichtlich nach wie vor zusteht, nicht ausnutzen. Aber ich möchte auf einige Dinge dann doch hinweisen.

Herr Minister, Sie sprechen immer von dem Erfolg Ihrer Politik, auch Herr Kollege Müller hat das nicht überraschenderweise getan. Wenn man Ihren **Jahreswirtschaftsbericht 2003** liest - Sie selbst haben es eben mündlich nochmals betont -, stellt man fest, dass die Ergebnisse, gemessen an den allgemein gültigen Indikatoren, allerdings völlig andere sind. Das hat mit Erfolg überhaupt nichts zu tun.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich will in diesem Zusammenhang nur darauf hinweisen, dass die Arbeitslosigkeit in Schleswig-Holstein so hoch ist wie nie zuvor seit 1952.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Herr Minister, wenn Sie immer wieder darauf hinweisen, dass Ihre Wirtschaftsförderungsprogramme so besonders gut sind und dass die ttz und alles gegriffen habe und so besonders toll sei, dann kann ich nur sagen: Die Erfolge werden an diesen Indikatoren gemessen und an nichts anderem.

(Beifall bei FDP und CDU)

Sie haben eben auch gesagt, Herr Minister, wir alle könnten - da stimme ich Ihnen zu - mit dem Jahr 2003 nicht zufrieden sein. Es wäre sehr erfreulich, wenn man diese Aussage dann auch in dem schriftlichen Bericht finden könnte. Ich sehe insbesondere in dem Vorwort des Berichts nur eine Lobhudelei, die man eigentlich nicht mehr ertragen kann.

(Beifall bei FDP und CDU)

(Christel Aschmoneit-Lücke)

Aber, wie auch in anderen Debatten schon gehört, sind diese Tatsachen offensichtlich egal. Man will Schleswig-Holstein in einem rosaroten Licht darstellen, weil man immer noch meint - wie lange eigentlich schon? -, dass diese Selbsttäuschung dann auch zu guten Erfolgen und zu einer guten Zukunft führt.

(Beifall bei FDP und CDU)

Ich bin davon überzeugt, dass das Gegenteil der Fall ist. Ich werde auch nicht müde, es zu wiederholen. Erst dann, wenn man eine vernünftige Analyse der tatsächlichen Situation zugibt, diese Analyse öffentlich verkündet, sich dazu stellt und sagt: „Diese Situation müssen wir ändern", erst dann - -

(Zuruf von Minister Dr. Bernd Rohwer)

- Herr Minister, lesen Sie doch Ihren eigenen Bericht. Sie haben hier gesagt, Sie könnten mit 2003 nicht zufrieden sein. Da sind wir vollkommen einig. Wenn Sie den schriftlichen Bericht, der schließlich auch veröffentlicht wird, lesen, stellen Sie fest, dass da leider etwas völlig anderes drin steht.

Ich will zum Thema **Cluster** kommen. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird immer wieder etwas Neues erfunden, wenn man sonst nichts vorzuweisen hat. Im letzten Jahreswirtschaftsbericht waren die Mittelstandspecials das wesentliche Thema. Die Mittelstandspecials sind inzwischen offensichtlich aufgegeben worden, weil sich der Mittelstand in Schleswig-Holstein bedauerlicherweise nicht an diesen Specials ausgerichtet hat, sondern Pleite geht oder das Land verlässt. Jetzt haben wir Cluster. Wunderbar. Ein neues englisches Wort. Wir alle lieben die Anglizismen.

Im Übrigen ist jetzt auch der **Tourismus** ein Cluster. Es ist für mich völlig neu, dass der Tourismus ein Cluster ist. Der Tourismus war in Schleswig-Holstein immer einer der ganz wesentlichen Wirtschaftsfaktoren und ist das Gott sei Dank auch geblieben und befindet sich auf einem besseren Weg.

Eines kann man sicherlich sagen, nämlich dass das Cluster Chemie und Mineralöl in der letzten Zeit nicht so besonders clustermäßig funktioniert hat. Vielleicht war die Androhung, dieses Gebiet zum FFH-Gebiet zu machen, der Clusterpolitik nicht so ganz förderlich.

(Beifall bei der FDP)

Für mich ist das Fazit: Wirtschaftspolitik ist nicht deshalb erfolgreich, weil der Wirtschaftsminister altbekannten Tatsachen fremdsprachliche Etiketten aufdrückt. Wirtschaftspolitik ist erfolgreich, wenn die wirtschaftlichen Daten zeigen, dass ein Land seine Position im Vergleich mit Ländern mit ähnlichen Rahmenbedingungen und Einflüssen verbessert oder wenigstens nicht verschlechtert. Bei den wesentlichen gesamtwirtschaftlichen Daten fällt Schleswig-Holstein immer weiter hinter die anderen westdeutschen Flächenländer zurück. Meine Folgerung: Die Wirtschaftspolitik in diesem Land ist nicht erfolgreich, sondern bedauerlicherweise sehr wenig erfolgreich.

(Beifall bei FDP und CDU)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt dem Fraktionsvorsitzenden, Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel, das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich halte die Kritik der FDP, dass dieser Tagesordnungspunkt nicht morgens um 10 behandelt wird, für völlig richtig. Es tut mir wirklich Leid, dass ich dieses Mal im Ältestenrat nicht dabei war. Die FDP hat leider nur beantragt, die Elementarpädagogik zu positionieren - als einzige Positionierung überhaupt. Sie hätten die Chance gehabt, andere Schwerpunkte zu setzen. Ich werde mich nächstes Mal dafür einsetzen, dass Ihr Vorschlag, Frau Aschmoneit-Lücke, aufgegriffen wird.

(Martin Kayenburg [CDU]: Sie waren doch dabei!)

- Dieses Mal nicht. Nein, leider nicht.

Der Wirtschaftsminister hat die Hoffnung geäußert, dass in den Beiträgen der Oppositionsfraktionen eine einzige gute neue Idee vorkommt, mit der die Wirtschaftspolitik des Landes bereichert wird, ein einziger Vorschlag, der weiterführt. Ich habe sehr genau gelauscht und einen Vorschlag gehört, nämlich bei der Clusterbestimmung die Hüttener Berge anders zu behandeln als Sylt. Das halte ich für sehr wegweisend. Ansonsten ist mir nichts aufgefallen.

(Zuruf von der CDU: Sie haben nicht zugehört!)

Da wir nur wenig Zeit haben, will ich nur zwei Punkte herausgreifen, von denen ich glaube, dass der Wirtschaftsminister und die Wirtschaftspolitik dieses Landes in der Tat Neuigkeiten haben, die durchaus interessant sind.

Bei der Arbeit der **Wirtschaftsbank** ist mir Folgendes aufgefallen. Sie war in den letzten zehn Jahren übrigens an der Schaffung und Sicherung von circa

(Karl-Martin Hentschel)

60.000 Arbeitsplätzen beteiligt. Sie hat ein neues Existenzgründerprogramm „EGP sofort" aufgelegt, das für Existenzgründer eine verpflichtende Beratung bei Kernproblemen vorsieht. Das hat die Insolvenzquote von Neuunternehmerinnen und Neuunternehmern in den ersten beiden Geschäftsjahren fast halbiert. Das muss man feststellen.

Ein zweites Programm der Bürgschaftsbank, das ausgesprochen interessant ist, heißt BoB. Bürgschaft ohne Bank. Das ist eine Reaktion auf die Schwierigkeiten, die selbst die Sparkassen heutzutage machen, Unternehmen Kredite zu gewähren. Um das zu erleichtern, sind Kreditzusagen bis zu einer Höhe von 100.000 € - also genau in dem kritischen Bereich - in Zukunft für Kreditnehmer möglich. Es ist möglich, eine Kreditzusage für drei Monate zu bekommen, ohne vorher bei Ihrer Hausbank gewesen zu sein. Sie können also bereits mit einer fertigen Kreditzusage zu Ihrer Hausbank gehen und haben damit eine wesentlich bessere Voraussetzung, Kredite zu erhalten.

(Rainer Wiegard [CDU]: Wozu redet der Mann eigentlich?)

Das alles geht nicht ohne Risiko. Das wissen wir. Obwohl die Ausfallsquote bei der Bürgschaftsbank im Durchschnitt nur 3,7 % beträgt, fielen immerhin Ausfälle in Höhe von 10,4 Millionen € an. Das muss man auch zur Kenntnis nehmen. Natürlich sind auch Risiken dabei.

Ich erwähne die Arbeit der Bürgschaftsbank, weil sie für die Arbeit der mittelständischen Wirtschaft in Schleswig-Holstein so entscheidend ist. Diese Arbeit hat gezeigt, dass mit hoher Intelligenz neue Programme kreiert werden und diese Programme funktionieren. Das halte ich für wichtig. Wir alle, auch die klugen Wirtschaftspolitiker der Opposition, sind aufgerufen, Vorschläge zu machen, wie gut wirkende Programme eingebracht werden können, damit die Wirtschaftspolitik des Landes noch besser wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Ich möchte noch auf die Frage eingehen, was zu verbessern ist und ob die Mittel richtig eingesetzt sind. Es gibt einen Punkt, der mir Sorgen macht, nämlich dass wir viel zu viel Geld in alte, traditionelle **Strukturen** stecken und viel zu wenig Geld in die neuen Technologien, in die neuen Strukturen, in das, was immer so schön unter dem Stichwort Hightech läuft. Deswegen fand ich es bemerkenswert, dass vonseiten der Opposition in Zusammenhang mit Motorola der Vorschlag kam, weniger in Hightech zu investieren und mehr in Richtung Lowtech und zu den traditionellen Wirtschaftszweigen zu geben. Das ist die Kernauseinandersetzung, die wir führen müssen. Sie müssen sich dazu bekennen: Wie soll eine zukünftige Wirtschaftspolitik aussehen? Wo sind die Zukunftschancen Schleswig-Holsteins? Sind Sie bei einem Zurück zur alten Förderpolitik, darin, Lowtech, traditionelle Strukturen zu fördern, oder muss man nicht gerade das Neue fördern und nicht immer nur versuchen, das Alte zu erhalten? Diese Diskussion führe ich mit Freude. Ich glaube, dass Sie auf dem Holzweg sind, Herr Kayenburg.

Zum Schluss ein Zitat. Das gönne ich Ihnen. Wie üblich, verrate ich Ihnen erst hinterher, wer es gesagt hat. Es lautet:

„Es ist besser, die Wirtschaft gesundzubeten, als sie totzureden."

Wirtschaftspolitik hat etwas mit Psychologie zu tun. Das ist uns allen bekannt. Wollen Sie wissen, von wem das Zitat stammt? - Ludwig Erhardt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich jetzt dem Herrn Abgeordneten Lars Harms das Wort.

Lars Harms [SSW]:

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Auch ich werde meine Rede etwas kürzen, was nicht bedeutet, dass das Thema bei uns nicht genauso wertgeschätzt wird wie in den anderen Fraktionen. Wir haben uns in der letzten Landtagstagung über das Strategiepapier „Wachstum und Beschäftigung" unterhalten, dort unsere wirtschaftspolitische Diskussion geführt. Jetzt geht es darum, das konkrete Handeln des Wirtschaftsministers und der Landesregierung im letzten Jahr zu bewerten.

Ich glaube, der vorliegende Bericht zeigt deutlich, dass die Landesregierung seitens der Fördermöglichkeiten und im Kreditvergabebereich ein überaus gutes Angebot gerade für den Mittelstand entwickelt hat. Dabei sind die Förderprogramme des Landes gestrafft worden. So wird sich beispielsweise das Regionalprogramm in Zukunft verstärkt mit der Förderung des Tourismus und mit der Unterstützung der Cluster des Landes befassen. Es ist nicht zu unterschätzen, dass man diese Spezialisierung an einzelnen Standorten vornehmen will. Ich glaube schon, dass es der richtige Weg ist, wenn man nur über begrenzte Mittel verfügt. Deshalb sehen wir als SSW diese Straffung als sinnvoll an.

(Lars Harms)

Die öffentlichen **Kreditvergabemöglichkeiten** des Landes für den Mittelstand sind sogar ausgebaut worden. Damit bildet die Landesregierung ein positives Gegengewicht zu den Privatbanken, die, nicht zuletzt bedingt durch Basel II, gerade in diesen konjunkturschwachen Zeiten sehr restriktiv bei der Kreditvergabe für kleinere und mittlere Unternehmen sind. Nach eigenen Angaben - das ist viel wichtiger - sind viele Mittelständler der Auffassung, dass die vielen bürokratischen Hindernisse neues Wachstum und neue Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein verhindern. Hier möchte ich einen konkreten Vorschlag machen. Der Wirtschaftsminister fragte, wie es mit konkreten Vorschlägen ist. Wir wissen, dass die meisten Entscheidungen, die zu großer Bürokratie geführt haben, auf Bundesebene oder in Brüssel beschlossen worden sind. Das heißt, dass die Politik in Schleswig-Holstein diese bürokratischen Hürden zunächst einmal sehr schwer verhindern kann.

Allerdings scheint es in dieser Frage in Berlin jetzt Bewegung zu geben. Bundeswirtschaftsminister Clement hat gerade 29 Vorschläge zum **Bürokratieabbau** durch das Kabinett bekommen. Diese sollen im Sommer nun vom Bundestag verabschiedet werden. Die Vorschläge für diesen Bürokratieabbau wurden mit guten Ergebnissen in einer Testphase in drei Modellregionen für den Bürokratieabbau - unter anderem in der Hansestadt Bremen - erprobt. In einer zweiten Testrunde - darauf bezieht sich nun mein Vorschlag - will das Bundesministerium neue Testpartner, so genannte Innovationsregionen, gewinnen, die weitere Vorschläge für den Bürokratieabbau und für Verwaltungsentschlackung erproben und vorlegen sollen. Meines Wissen gibt es sowohl im Kreis Flensburg als auch im Kreis Nordfriesland von verschiedenen Seiten Überlegungen, sich als Innovationsregion beim Bundeswirtschaftsministerium für die zweite Testrunde zu bewerben. Gerade der Landesteil Schleswig steht vor besonderen strukturellen und wirtschaftlichen Herausforderungen, nicht zuletzt wegen des großen Truppenabbaus in unserer Region. Daher würden wir vom SSW es als ein besonders positives Signal begrüßen, wenn der gesamte nördliche Landesteil als Innovationsregion Vorreiter beim Bürokratieabbau in Deutschland werden würde.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Durch diese Entbürokratisierungsprojekte könnte sich ein neuer wirtschaftlicher Schwung für den nördlichen Landesteil ergeben, den wir dort bitter nötig haben. Deshalb würden wir uns freuen, wenn die Landesregierung den Norden bei dieser Bewerbung bei der Bundesregierung entsprechend unterstützen würde. Ich glaube, dass die Landesregierung genau dies auch tun wird.

Ich füge noch einen zweiten Vorschlag an, der auch wichtig ist. Es handelt sich hier um ein Bundesprogramm. Wir regen an, dass die Landesregierung eigene Vorschläge macht, wie man in den Innovationsregionen auch Landesregelungen auf Entbürokratisierungspotenziale überprüfen kann. So lassen sich über kurz oder lang vielleicht auch Landesregelungen vereinfachen. Wir sollten also Bundes- und Landesregelungen in diesen Regionen abprüfen und darauf schauen, was wir dort verändern können. Damit würden wir, wie ich glaube, der mittelständischen Wirtschaft helfen. Die Landesregierung sollte also diese positiven Vorschläge der Bundesregierung für den Bürokratieabbau offensiv aufgreifen und begleiten.

Ein weiteres Problem für den Mittelstand sind die Hürden, die damit verbunden sind, ab wann Betriebe neue Beschäftigte einstellen können. Diese liegen nicht ausschließlich in den Kündigungsschutzbedingungen begründet. Aus Sicht des Mittelstandes sind es insbesondere die trotz der Agenda 2010 viel zu hohen **Lohnnebenkosten**, die praktisch einer Strafsteuer für die Anstellung von Arbeitnehmern gleichkommen. Wieso ist ein deutscher Handwerker bei gleichem Nettoeinkommen fast 30 % teurer für sein Unternehmen als beispielsweise ein dänischer Handwerker? Wir brauchen eine Senkung der Lohnnebenkosten, die die Betriebe wirklich spüren können. Hier hilft unserer Meinung nach nur eine völlige Änderung der Finanzierung des Sozialstaates. Wir brauchen eine Erhöhung der Mehrwertsteuer zur Senkung der Lohnnebenkosten, wie wir dies aus den skandinavischen Ländern kennen.

Die Landesregierung - auch dies ist, zumindest mittelbar, ein Erfolg des letzten Jahres - hat dazu im Bundesrat konkrete Vorschläge eingebracht. Wir sind also nicht schuld daran, dass sich nichts bewegt. Leider erkennen die Bundespolitiker jedweder Couleur aber nicht den Kern der Idee: Es handelt sich nicht um eine Steuer- oder Abgabenerhöhung, sondern um eine Umverteilung innerhalb des Systems, die fast unter Garantie für mehr Beschäftigung sorgen würde. Oft ist es aber so, dass der Prophet es im eigenen Land schwer hat. Es wird wohl noch einige Zeit dauern, bis man in Berlin die Vorzüge des skandinavischen Gesellschaftsmodells auch für die Wirtschaft und gerade für den Mittelstand erkennt. Trotzdem sollten wir anerkennen, was die Landesregierung hier getan hat. Trotzdem sollten wir nicht aufhören, weiter die entsprechenden Bretter auf Bundesebene zu bohren.

(Beifall bei SSW und SPD)

Vizepräsident Thomas Stritzl:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Damit schließe ich die Beratung.

Ich gehe davon aus, dass der Wirtschaftsbericht 2004, Drucksache 15/3451, zur abschließenden Beratung dem Wirtschaftsausschuss überwiesen werden soll. - Ich sehe heftiges Kopfnicken. Ich frage, wer so beschließen will. - Gegenprobe? - Stimmenthaltungen? - Ich stelle Einstimmigkeit fest.

Ich wünsche allen einen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:04 Uhr